

PANEUROPA ODER MITTELEUROPA

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 34

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels† und Theodor Eschenburg
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

Reinhard Frommelt

Paneuropa oder Mitteleuropa

Einigungsbestrebungen im Kalkül
deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

© 1977 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart.
Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.
Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding
Printed in Germany. ISBN 3 421 01793 X

Inhalt

Einleitung	7
I. Ansätze zu europäischen Einigungsbestrebungen vor Locarno	11
1. Coudenhove-Kalergis politische Philosophie und die Anfänge der Paneuropa-Union	11
2. Pazifistisch-liberale Alternative zu Paneuropa: Der Weg zum Verband für europäische Verständigung	16
3. Zwischen Freihandel und Zollunion: Mitteleuropäische Wirtschaftstagung und Europäischer Zoll-Verein	23
II. Diskussionen um Einigungsbestrebungen in Deutschland 1925–1926	28
1. Stresemanns ‚Verständigungspolitik‘ und die Perspektive eines deutschen ‚Mitteleuropa‘	28
2. Die deutsche Wirtschaft zwischen Weltmarktinteressen und Binnenmarktorientierung	37
3. Die Idee einer Europäischen Zollunion im öffentlichen Widerstreit	41
III. Einigungsbestrebungen im Konfliktfeld wirtschaftlicher Interessen und amtlicher Politik 1926–1929	46
1. Organisatorische Stabilisierung und programmatische Profilierung der Europa-Verbände 1926	46
2. Kalkulierte Distanz der deutschen Wirtschaft zur europäischen Bewegung 1925–1926	52
3. Versuch zur Kartellierung der Europa-Verbände 1927–1928	60
4. Tendenzen zur Funktionalisierung von Einigungsbestrebungen durch wirtschaftliche Interessen und amtliche Politik 1927–1929	62
IV. Europäische Einigungsversuche im Zeichen der Krise der Weltwirtschaft 1929–1931	73
1. Paneuropa oder Mitteleuropa: Alternativen für Deutschlands außenpolitische Orientierung?	73
2. Handelspolitische Polarisierung innerhalb der deutschen Wirtschaft	78
3. Die Krise als Ansatz für Deutschlands forcierten Revisionismus	80
V. Einigungsbestrebungen im europäischen Konflikt zwischen Mitteleuropa und Donauföderation 1931–1933	85

1. Die vollendete Instrumentalisierung der deutschen Europa-Verbände durch wirtschaftliche Interessen und amtliche Politik	85
2. Ansätze und Scheitern von Einigungsbestrebungen im Donaauraum .	93
Ergebnisse und Perspektiven	97
Daten zur Organisationsgeschichte wichtiger Verbände	100
Quellen und Literatur	108
Abkürzungen	128
Personenregister	130

Einleitung

Panuropa oder Mitteleuropa: Mit dieser Formel umschrieben in der Weimarer Republik Publizisten¹, Kreise der Wirtschaft² und nicht zuletzt auch die Vertreter der amtlichen Politik³ Alternativen der politischen Orientierung, vor die sie – namentlich um 1930, also im Zeichen der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise – Deutschland gestellt sahen.

Die Begriffe Panuropa und Mitteleuropa⁴ bezeichnen Varianten zwischenstaatlicher Einigungsbestrebungen, deren es zwischen den beiden Weltkriegen in Europa eine Vielzahl gab und die darum als in mehrfacher Hinsicht charakteristische, wenngleich nicht als dominierende Elemente dieser historischen Epoche gelten können.

Eine geschichtswissenschaftliche Studie über begrenzte Aspekte solcher Einigungsbestrebungen wird, wenn sie weder dem Trend zu voreiligen und die Interpretation verfälschenden Bezügen zur ‚Gegenwart‘ verfallen noch der angesichts einer Flut von Materialien naheliegenden Gefahr perspektivenloser Datenreihung erliegen möchte, vorab die spezifischen historischen Rahmenbedingungen bewußt zu machen haben, innerhalb derer Stellenwert und Funktion der damaligen Einigungsbestrebungen bestimmt sowie Gesichtspunkte für Fragestellung und Werturteil entwickelt werden können.

Auf den ersten Blick sind diese historischen Rahmenbedingungen durch das Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz am Ende des Ersten Weltkrieges gegeben. In ihrem Bemühen um eine dauerhafte Friedensordnung hat sie im wesentlichen zwei aufeinander bezogene Leitgedanken zu verwirklichen gesucht: Sie nahm – von der Idee des nationalen Selbstbestimmungsrechtes geleitet – die lange vor dem Krieg offenkundige Tendenz zur Auflösung übernationaler Machtgebilde wie etwa des Osmanischen Reiches und der Habsburger Monarchie auf und führte so die nationalstaatliche Partikularisierung Europas auf einen Höhepunkt. Zugleich faßte sie, ohne die Souveränität einzelner Staaten im Grundsatz anzutasten, die Staatenwelt

¹ Wilhelm Gürge, Panuropa und Mitteleuropa, Berlin 1929; Friedrich Nelböck, Panuropa oder Mitteleuropa, in: E-W 1 (1930), S. 523–526; Hans Krebs, Panuropa oder Mitteleuropa, München 1931 als Beispiele für diese Diskussion.

² So in der Auseinandersetzung im Europa-Ausschuß des RDI, Sitzung am 13. 2. 1931, BA NL Silverberg 306, 12–40.

³ Exemplarisch die Aufzeichnung im AA: „Stichworte zum Thema ‚Panuropa, Mitteleuropa und europäische Befriedung und Annäherung“ vom 26. 2. 1930, PA Ref Vbd, Panuropa allg, Bd 2, L 503443-47.

⁴ Den politischen Begriff eines (deutschen) ‚Mitteleuropa‘ verwendete die Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre durchweg im Sinne von Friedrich Naumanns gleichnamigem Beitrag zur Kriegszieldiskussion, d. h. zur Bezeichnung einer deutschen Einflusssphäre namentlich in Ostmittel- und Südosteuropa; er ist mit dem geographischen ‚Mittel- oder Zentraleuropa‘ im gegenwärtigen Sprachgebrauch keineswegs deckungsgleich.

in einem Universalität beanspruchenden Völkerbund zusammen und gab so den seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts erstarkenden Tendenzen zu internationaler Organisation institutionelles Gewicht.

Beide Intentionen der Friedenskonferenz haben sich allerdings nur unzureichend realisieren lassen. Die neuen Grenzen in Europa ließen nicht allein das friedensbedrohende Problem der nationalen Minderheiten entstehen, sie zerschnitten zugleich auch lange bestehende wirtschaftliche Beziehungen zwischen agrarischen und industriellen Regionen, zwischen Produktions- und Absatzgebieten. Überdies war die Funktionsfähigkeit des Völkerbundes von Anfang an durch das Fernbleiben der beiden neuen potentiellen Weltmächte beeinträchtigt, der Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußlands.

Die offenkundige Unzulänglichkeit der 1919/20 in Europa erreichten internationalen Ordnung bildete in vielen europäischen Ländern den Ansatzpunkt für zahlreiche Einigungsbestrebungen. Auf ihrem Weg zu dem gemeinsamen Ziel, nationalstaatliche Partikularisierung und überstaatliche Organisationsdefizite zu überwinden, fanden sie aber im Europa der zwanziger und dreißiger Jahre ein Geflecht höchst verwickelter Probleme vor, die nur mit einiger Willkür zu den Problemfeldern der Revision der Friedensverträge von 1919/20, des internationalen Macht- und Entwicklungsgefälles sowie des prekären Verhältnisses zwischen industriewirtschaftlichem System und gesellschaftlich-staatlicher Ordnung auseinandergezogen werden können.

Die einzelnen Elemente dieses Problemgeflechtes markieren sowohl Aufgabenbereiche und Handlungsspielräume wie Erfolgsbarrieren für zwischenstaatliche Einigungsbestrebungen. Außerdem liefern sie Kriterien und Maßstäbe, mit deren Hilfe sich die einzelnen Einigungsbestrebungen nach ihrem gesellschaftlich-politischen Standort, nach ihren Zielen und ihrer Funktion einordnen und damit einem historisch-systematischen Urteil unterwerfen lassen.

Dies gilt zunächst für das Problemfeld des Revisionismus in Europa. Die durch die Pariser Vorortverträge diktierte Nachkriegsordnung hatte eine Kluft zwischen revisionistischen und antirevisionistischen Staaten entstehen lassen, aus der schließlich auch der Anlaß zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges erwuchs. Die Spannungen zwischen den auf Überwindung der Verträge abzielenden Staaten und den an der Stabilisierung des Status quo interessierten Mächten kulminierten in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bzw. dessen osteuropäischen Verbündeten. Europäische Einigungsbestrebungen werden danach zu unterscheiden sein, in wessen Interesse, von welcher Seite und mit welchem Leitbild internationaler Friedensordnung sie die durch die Friedenskonferenz geschaffene Situation in Europa zu überwinden trachteten. Zieltten sie auf ein an Grundsätzen des Völkerrechts orientiertes System gleichberechtigter Staaten oder versuchten sie der Bildung von Machtblöcken mit hegemonialem Anspruch vorzuarbeiten?

Weitere Maßstäbe lassen sich aus der Stellung der Einigungsbestrebungen zu dem universalen wie auch innereuropäischen Macht- und Entwicklungsgefälle gewinnen, das durch das Problem des Revisionismus nur überlagert wurde. So bildete der

Gewichtsverlust Europas gegenüber der übrigen Welt ein wesentliches Ergebnis des Ersten Weltkrieges. Sinnfälligen Ausdruck fand dieser Wandel in dem Aufstieg der Vereinigten Staaten vom Schuldner zum Gläubiger Europas. Interalliiertes Schuldenproblem und Reparationsfrage waren darum Dauerthemen für die internationalen Beziehungen der Zwischenkriegsepoche und weisen auf die gewichtige Rolle hin, die die Vereinigten Staaten in der europäischen Politik zu spielen vermochten. Selbst wenn sich die USA der unmittelbaren Verantwortung für die europäische Friedensordnung einschließlich des Völkerbundes entzogen, so blieben sie doch am europäischen Markt sowie – als Voraussetzung für dessen Funktionsfähigkeit – an der Stabilität der wirtschaftlich-staatlichen Ordnung Europas vor allem gegenüber einer befürchteten „Bolschewisierung“ interessiert. Zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienten sich die USA einer offensiven Zoll-, Handels- und Kapitalpolitik, wobei Deutschland eine Schlüsselposition einnahm. Auch hier ist zu fragen, inwieweit Einigungsbestrebungen über eine Liberalisierung des innereuropäischen Handels hinaus auf universalen Freihandel zielten und somit der amerikanischen Wirtschaftsoffensive vorarbeiteten oder aber – vornehmlich mit dem Instrument einer Europäischen Zollunion – einen Kontinentalblock gegen die Tendenz zur Domination der USA in Europa schaffen wollten. Derselbe Maßstab ist freilich auch auf das Verhältnis Europas zu wirtschaftlich oder politisch schwächeren Regionen, so zu den europäischen Kolonien bzw. Mandatsgebieten, anzulegen: Sollte die von Einigungsbestrebungen erhobene Autonomieforderung auch außerhalb Europas gelten oder wollte man lediglich die gefährdete Stellung Europas in der Welt auf kolonialer Basis restaurieren?

Innerhalb Europas bestanden graduelle Unterschiede zwischen den europäischen Großmächten und insbesondere gravierende Differenzen zwischen dem industrialisierten Zentraleuropa und den soeben erst zu politischer Eigenständigkeit gelangten Nachfolgestaaten im Donaauraum. Die überwiegend agrarischen Länder Ostmittel- und Südosteuropas sahen sich zum Aufbau eigener Industrien genötigt, wenn sie ihre ökonomische und politische Unabhängigkeit auf Dauer sicherstellen wollten. Daher suchten die Staaten ‚Zwischeneuropas‘ die Ansätze zu einer nachholenden Industrialisierung vor den Einwirkungen der fortgeschritteneren Industriestaaten durch hochprotektionistische Maßnahmen zu schützen. Zielten die Einigungsbestrebungen darauf ab, mit dem Freihandelsargument diese Schutzmaßnahmen zu unterlaufen und jene Staaten der Domination durch wirtschaftlich und politisch mächtigere Länder zu erschließen, oder zielten sie auf eine internationale Ordnung, die autochthone Entwicklungschancen zumindest nicht beeinträchtigt hätte?

Schließlich standen in der Epoche zwischen den Weltkriegen industriewirtschaftliches System und gesellschaftlich-staatliche Ordnung in Europa, namentlich in der Weimarer Republik⁵, in einem prekären Verhältnis zueinander. Die dem Staat

⁵ Vgl. dazu die unter dem nicht ganz unproblematischen Stichwort des ‚Organisierten Kapitalismus‘ laufende Diskussion, z. B. Charles S. Maier, Strukturen kapitalistischer Stabilität in

während des Ersten Weltkriegs zugewachsene Kompetenz, den gesellschaftlichen Interessenausgleich zu organisieren und sich zum demokratisch legitimierten Wohlfahrtsstaat weiterzuentwickeln, wurde gerade in Deutschland zur heftig umstrittenen Kernfrage der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Versuchten zwischenstaatliche Einigungsbestrebungen, etwa in Form von Kartellabsprachen, die Entscheidung über handelspolitische, mittelbar also über gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutsame Daten den Instanzen der parlamentarischen Demokratie zu entziehen? Hätte umgekehrt die von Einigungsbestrebungen vorgeschlagene Schaffung eines einheitlichen europäischen Marktes die Massenkaufkraft steigern und damit – im Gegensatz zur deflatorischen Krisenstrategie – zur Stabilisierung der parlamentarisch-demokratischen Staatsform beitragen können?

Diese Vorüberlegungen deuten an, daß die Einigungsbestrebungen in der Epoche zwischen den Weltkriegen nicht einfach als modernere Alternative zur herkömmlichen Souveränität der Nationalstaaten bewertet werden sollten. ‚Kooperation‘, ‚Verständigung‘, ‚Einigung‘ und ‚Integration‘ stellen nicht von vornherein positive Werte dar. Sie dienen vielmehr auch als Instrumente für politische Ziele gesellschaftlicher Gruppen, wirtschaftlicher Interessenten und staatlicher Bürokratien und sind von hierher einer historischen Bewertung unterworfen.

Darum wird in der folgenden Studie – einer für den Druck überarbeiteten Konstanzer Dissertation – nicht nur nach den Trägern, d. h. nach der gesellschaftlichen Grundlage von Einigungsbestrebungen in der Weimarer Republik gefragt, sondern vor allem nach Stellenwert und Funktion dieser Bewegungen im Konfliktfeld von Interessen wirtschaftlicher Gruppierungen und den Zielen amtlicher Außenpolitik.

Bei meinem Bemühen, der Untersuchung dieser vielschichtigen Thematik eine hinreichende Materialgrundlage zu schaffen, habe ich im Bundesarchiv Koblenz, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, im Zentralen Staatsarchiv Potsdam sowie seitens der Bibliothek der Universität Konstanz viel dankbar empfundenes Entgegenkommen gefunden.

Herr Professor Dr. Martin Broszat, dessen Konstanzer Seminare mein Interesse an der zeitgeschichtlichen Forschung erregt haben, Herr Univ.-Doz. Dr. Lothar Burchardt und Herr Professor Dr. Dr. Horst Rabe haben das Entstehen dieser Studie mit wertvollen Ratschlägen und toleranter Kritik begleitet und gefördert.

Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

den zwanziger Jahren: Errungenschaften und Defekte, in: Organisierter Kapitalismus, hrsg. von H. A. Winkler, S. 195–213.

I. Ansätze zu europäischen Einigungsbestrebungen vor Locarno

1. Coudenhove-Kalergis politische Philosophie und die Anfänge der Paneuropa-Union

Die Bezeichnung ‚Paneuropa‘ ist schon vor dem Ersten Weltkrieg verwendet worden¹. Doch war es Richard Graf Coudenhove-Kalergi, der in der Nachkriegszeit als erster diese Wortschöpfung aufgriff, sie mit spezifischem Inhalt füllte und ‚Paneuropa‘ damit zu dem politischen Schlagwort machte, das in der Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre eine so bedeutsame Rolle spielte.

Daß ‚Paneuropa‘ so schnell Eingang in den damaligen Sprachgebrauch finden konnte, deutet darauf hin, daß es offensichtlich einer politischen Erwartung formelhaft Ausdruck verlieh, die in weiten Bereichen der europäischen Öffentlichkeit latent vorhanden war. Im Laufe der Zeit überschritt jedenfalls ‚Paneuropa‘ den unmittelbaren Wirkungskreis der gleichnamigen Organisation Coudenhoves und wurde oft als Oberbegriff für alle europäischen Einigungsbestrebungen gebraucht, auch für solche, die mit Coudenhove konkurrierten².

‚Paneuropa‘ kann darum nicht einfach und für jede Zeit mit der spezifischen Ausprägung des Paneuropa-Gedankens bei Coudenhove gleichgesetzt werden. Dessen politische Philosophie hatte gerade in der Zeit der Revolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs ihr eigentümliches, subjektiv geprägtes Profil gewonnen; im Rahmen dieser Philosophie sind auch Stellenwert und Eigenart der von ihm formulierten Idee eines ‚Paneuropa‘ zu bestimmen.

„Die Wurzel der großen politischen Krise, die wir durchleben“, schien Coudenhove „in der Krise der Weltanschauung zu liegen“. „³ Elemente dieser Krise sah er nicht allein im äußeren Gewichtsverlust Europas gegenüber den neuen, aufsteigenden Mächten, den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, sondern auch, ja in erster Linie in der Ausbreitung der parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.

Demgegenüber stellte er fest: „Unser demokratisches Zeitalter ist ein klägliches Zwischenspiel zwischen zwei großen aristokratischen Epochen: der feudalen Aristokratie des Schwertes und der sozialen Aristokratie des Geistes.“⁴ Er forderte die Einführung eines ‚neo-aristokratischen Prinzips‘. „Will die Menschheit sich aus dieser trostlosen Lage retten“, schrieb er 1919, „so muß sie mit (dem) Prinzip der allgemeinen, gleichen, direkten Wahl brechen und an die Stelle dieser Demokratie eine neue Aristokratie setzen.“⁵

¹ Vgl. etwa Schücking, Das paneuropäische Bureau (1909).

² So z. B. in der Ausarbeitung des RDI: „Die verschiedenen Organisationen auf dem Gebiete der paneuropäischen Bestrebungen“, September 1926, BA NL Silverberg 126, 121–130.

³ Kampf um Europa, S. 78.

⁴ Adel, S. 25.

⁵ Die Zukunft des Neo-Aristokratischen Prinzips (1919), in: Krise der Weltanschauung, S. 69.

Mit solchen Gedanken hatte Coudenhove Zugang zu jenem Kreis von Schriftstellern gefunden, die in der Tradition des ‚Aktivistenbundes‘ Kurt Hillers und dessen ‚Ziel‘-Jahrbücher standen. So zählte Coudenhove zu den Urhebern des ‚Politischen Rates geistiger Arbeiter‘ im November 1918, dessen Programm einerseits die „Umwandlung kapitalistischer Unternehmen in Arbeiterproduktivgenossenschaften“ und ein „Verbot aller militärischer Einrichtungen“ forderte, zugleich aber einem auf allgemeinem und gleichem Wahlrecht beruhenden Reichstag einen ‚Rat der Geistigen‘ zur Seite stellen wollten, der „kraft der Pflicht des Geistes zur Hilfe – aus eigenem Recht“ entstehen sollte⁶.

„Ein nicht materialistischer Sozialismus war, was ich suchte und nicht fand“⁷, berichtete Coudenhove später über diese politischen Versuche der Jahre 1918/19, bei denen pazifistische, sozialistische und ‚aristokratische‘ Elemente zu einem eigentümlichen Programm verschmolzen. Die Absichten der im „Politischen Rat“ vereinigten Schriftsteller, auf den Gang der deutschen Revolution Einfluß zu gewinnen, schlugen freilich fehl.

Noch ehe Coudenhove sein Paneuropa-Programm dann in seinem 1923 erschienenen Buch „Paneuropa“ zusammenhängend formulierte, versuchte er wiederum, für seine Vorstellungen politischen Einfluß zu gewinnen. Allerdings wählte er hierfür einen anderen Weg, der den potentiell anti-demokratischen Affekt seines Denkens offenbarte.

Mit einem offenen Brief wandte sich Coudenhove im zweiten Halbjahr 1922 an Mussolini⁸: „Ich appelliere an Sie im Namen der europäischen Jugend: Retten Sie Europa!“ Er forderte den Duce des italienischen Faschismus auf, als „Erbe des Marius und Cäsar“ eine „paneuropäische Konferenz“ einzuberufen, die zur Gründung der „Paneuropäischen Union“ führen solle. „Die Gefahr für Europa“, beschwor er Mussolini, „droht wirtschaftlich vom Westen – politisch vom Osten. Ein zersplittertes Europa muß rettungslos der amerikanischen Konkurrenz erliegen – ein uneiniges Europa der russischen Hegemonie“. Darum müsse die „europäische Monroe-Doktrin verkündet werden: Europa den Europäern!“

Die Notwendigkeit, Europa zu einigen, leitete Coudenhove nun ausschließlich aus äußeren Gefahren ab; über die innere Ausgestaltung der Union machte er keine Aussage, insbesondere nicht über die Rolle demokratisch-parlamentarischer Willensbildung bei der Formierung einer europäischen Union. Daß über die innere Staatsform alle Angaben fehlen, Coudenhove zudem die Rettung Europas gerade von Mussolini erwartet, läßt nach der inneren Affinität zwischen Paneuropa-Idee und italienischem Faschismus fragen. Zwar machte Coudenhove später geltend, der außenpolitische Kurs des ehemaligen Sozialisten, Pazifisten und Internationalisten sei 1922 noch unbestimmt gewesen, doch verbanden ihn mit Mussolini eine Reihe weltanschaulicher Elemente, was es mit sich brachte, daß Mussolini ab 1933 Coudenhove Audienzen gewährte⁹.

⁶ Hiller, *Leben gegen die Zeit*, S. 121–127.

⁷ *Kampf um Europa*, S. 69.

⁸ *Kampf um Europa*, S. 92–94.

⁹ *Kampf um Europa*, S. 181–187, 199–201.

„Die Idee des Faschismus“, so legte Coudenhove bei einer solchen Gelegenheit dem Duce dar, „geht zurück auf Nietzsches antidemokratische Philosophie“, und er hob weiter hervor, „daß Nietzsche ein Vorläufer der Paneuropa-Bewegung“ sei¹⁰. Neben der gemeinsamen Sympathie für ein anti-demokratisches Führerprinzip gründete sich die Affinität beider politischer Ideologien auf den Willen zu einer Neuorientierung Europas gegenüber außereuropäischen Mächten sowie gegen den Bolschewismus als einer äußeren und inneren Gefahr für Europa.

1922 erhielt Coudenhove noch keine Antwort aus Rom. Damit betrachtete er seine Versuche als gescheitert, „Paneuropa als Regierungsaktion“¹¹ in die Wege zu leiten.

Dies gab ihm Anlaß, sich – ähnlich wie 1918/19 im ‚Politischen Rat‘ – an die Öffentlichkeit zu wenden und über eine Massenorganisation zu versuchen, seine Ziele zu verwirklichen. Die Grundlage dafür bildete sein der Jugend Europas gewidmetes Buch „Pan-Europa“, das im Oktober 1923 erschien und sein politisches Programm in ausführlicher Form enthält. Den engen Zusammenhang mit seiner politischen Philosophie stellte Coudenhove selbst heraus, als er ebenfalls 1923 seine Schriften ‚Adel‘, ‚Krise der Weltanschauung‘ sowie ‚Ethik und Hyperethik‘ herausbrachte und dazu bemerkte: „Europas Niedergang ist eine Folge seines moralischen Verfalles: Europa geht am Europäer zugrunde! . . . Den Weg zur Erneuerung der europäischen Ethik sucht die Hyperethik – den Weg zur Erneuerung der europäischen Politik sucht Pan-Europa. Die Hyperethik will die zusammenbrechende Ethik im Geiste des Konfuzius und Sokrates, Goethes und Nietzsches ohne dogmatische Krücken auf den ewigen Fundamenten der Schönheit wiederaufrichten. Die paneuropäische Bewegung will das politische Testament Komenskys, Kants, Napoleons und Mazzinis vollstrecken und an die Stelle des zerbrochenen Europas ein einiges freies und föderatives setzen. Dieser europäische Dauerfrieden soll den Rahmen schaffen für eine neue Blüte der europäischen Kultur.“¹²

Sind somit seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen seinen philosophischen Schriften zu entnehmen, in denen er sich für eine Erneuerung des Aristokratismus ausspricht¹³, so beschränkte er sich in „Pan-Europa“ auf die Darlegung seiner außenpolitischen Ziele.

Ähnlich wie im offenen Brief an Mussolini wurden die „Skylia der russischen Militärdiktatur und die Charybdis der amerikanischen Finanzdiktatur“¹⁴ beschworen, zwischen denen „nur ein schmaler Weg in eine bessere Zukunft“ führe, nämlich Pan-Europa. Die gedankliche Grundfigur einer entstehenden bipolaren Welt verfolgte Coudenhove allerdings nicht konsequent weiter, sondern entwarf eine Welt aus „fünf planetaren Kraftfeldern“¹⁵, die er zu künftigen Weltreichen aufsteigen

¹⁰ Kampf um Europa, S. 184.

¹¹ Kampf um Europa, S. 94.

¹² Krise der Weltanschauung, S. VII–IX.

¹³ Insbesondere in: Adel, S. 25–44 und: Krise der Weltanschauung, S. 65–77.

¹⁴ Pan-Europa, S. XI.

¹⁵ Pan-Europa, S. 22.

sah. Die aus dem amerikanischen, dem britischen, dem russischen, dem ostasiatischen und schließlich dem europäischen ‚Kraftfeld‘ gebildete Pentarchie deckt sich nun keineswegs mit den Kontinenten, zumal Großbritannien nicht Europa zugeordnet wurde, das europäische ‚Kraftfeld‘ hingegen vom Nordkap bis zum Kongo und Angola reichen, mithin die kolonialen Besitzungen einschließen sollte.

Nur auf der Grundlage eines Neo-Kolonialismus glaubte demnach Coudenhove einem zu bildenden Pan-Europa die Macht zu künftiger militärischer und wirtschaftlicher Selbstbehauptung in Aussicht stellen zu können, sofern dieses Kolonialreich einheitlich organisiert und rationell erschlossen würde: Das Ziel eines tendenziell autarken Pan-Europa war für Coudenhove grundsätzlich nur realisierbar, wenn der Kolonialismus aufrechterhalten und intensiviert worden wäre¹⁶.

Neben dem Kolonialismus erscheint „die russische Gefahr“¹⁷ als weiteres konstitutives Element eines europäischen Zusammenschlusses. Den seit Peter dem Großen anhaltenden russischen Anmarsch gegen den Westen sah Coudenhove in einem Expansionismus des weißen wie des roten Rußland unverändert fortgesetzt: „So rüstet das rote Rußland, wie vor ihm das weiße, zu einer neuen Völkerwanderung auf den Wegen Attilas und Dschingiskhans“¹⁸.

Der von Coudenhove empfohlenen Bildung eines paneuropäischen Garantiepaktes gegen die Sowjetunion stand die im Rapallo-Vertrag sich ausdrückende „russische Orientierung Deutschlands“ als „eine der größten Gefahren für die Zukunft Europas“¹⁹ im Wege. Um eine innereuropäische Auseinandersetzung zwischen Antirevisionisten und Revisionisten in Europa zu verhindern, bei der Deutschland sich in die Arme der Sowjetunion werfen könnte, sollte das deutsch-französische Verhältnis bereinigt werden und den Kern einer paneuropäischen Friedensorganisation bilden. Auf italienische, d. h. auf Mussolinis Initiative hin solle eine paneuropäische Konferenz einberufen werden, bei der allerdings territoriale Fragen aus der Debatte auszuschalten seien, ja eine paneuropäische Garantie der Versailler Grenzen gegeben werden müsse²⁰ – ein angesichts der revisionistischen Forderungen gerade Deutschlands wohl nicht zu realisierender Vorschlag.

Trotz der unübersehbaren programmatischen Akzente, die in die Richtungen des Kolonialismus, des Anti-Bolschewismus und des Anti-Revisionismus wiesen, waren freilich viele Formulierungen geeignet, auch bei Pazifisten und Sozialdemokraten Zustimmung zu finden. Das Ziel der paneuropäischen Bewegung Coudenhoves, „den Völkerbund in Gruppen aufzulösen“ und „für die Autonomie Pan-Europas“²¹ einzutreten, deutete gleichwohl schon 1923 auf die Richtung der auszutragenden Konflikte hin. Als gefährlichste und mächtigste Gegner Paneuropas bezeichnete Coudenhove ursprünglich noch die nationalen Schutzzollindustrien. Ihnen gegen-

¹⁶ Pan-Europa, S. 37–38.

¹⁷ Pan-Europa, S. 53.

¹⁸ Pan-Europa, S. 57.

¹⁹ Pan-Europa, S. 61.

²⁰ Pan-Europa, S. 114, 152.

²¹ Pan-Europa, S. 89.

über wollte er paneuropäische Monopolindustrien, „die durch den innereuropäischen Freihandel nur neue Märkte gewinnen würden“²², zusammenschließen.

Um wirkungsvoller für den Eintritt in seine im Frühjahr 1924 gegründete ‚Pan-Europa-Union‘ zu werben, veröffentlichte Coudenhove am 1. Mai 1924 ein weit- aus kürzer gefaßtes „Europäisches Manifest“²³, das er ganz offensichtlich als Parallele zum Kommunistischen Manifest verstanden wissen wollte.

‚Pan-Europa‘ empfahl er darin als Rettung vor dem innereuropäischen Krieg, vor der Eroberung durch Rußland und vor dem wirtschaftlichen Ruin, der zur „Ver- sklavung der europäischen Arbeiterschaft durch das amerikanische Kapital“ führen werde. Dem Kampf um sein ‚Pan-Europa‘ gab er dabei Vorrang vor allen anderen politischen Problemen, gerade auch vor jeder Gesellschaftspolitik in den überwie- gend noch labilen, krisengeschüttelten europäischen Demokratien: „Erst muß ein Haus gebaut sein, bevor der Streit um die Tapeten beginnt!“²⁴

Ebenfalls im Frühjahr 1924 begann die Monatsschrift ‚Paneuropa‘ zu erscheinen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Coudenhoves politische Philosophie von den um 1919 vertretenen sozialistisch-pazifistischen Elementen gelöst, während sowohl ein gegen Rußland gerichteter Anti-Bolschewismus wie ein gegen Amerika orientier- ter Anti-Kapitalismus als ideologische Dominanten hinzugetreten waren. Gleich- wohl vereinigte sein Paneuropa-Programm zu dieser Zeit eine Reihe heterogener, ja widersprüchlicher Elemente, wodurch es in die Lage versetzt wurde, ein breites Spektrum der politischen Öffentlichkeit anzusprechen. Eine klare Orientierung der Paneuropa-Union war damit noch nicht gegeben, zumal die Organisation sich aus verständlichen Erwägungen verpflichtete, parteipolitische Neutralität strikt einzu- halten und nur zwischen Pan-Europäern und Anti-Europäern zu unterscheiden.

Das Buch ‚Pan-Europa‘ war im Oktober 1923 in einem eigens für die paneuro- päische Bewegung gegründeten Verlag in Wien erschienen. Nachdem sich darauf- hin ohne Beitragsverpflichtung über eintausend Mitglieder gemeldet hatten, traf Anfang 1924 durch die Vermittlung des Barons Rothschild eine Spende des Ham- burger Bankiers Max Warburg in Höhe von 60 000 Goldmark ein²⁵. Mit ihr sollte der Aufbau der Organisation in Deutschland und in Österreich subventioniert wer- den. Max Warburg schien mit dieser Subvention eine entschiedenere Orientierung der Paneuropa-Bewegung auf finanzkräftige und im Parteienspektrum rechtsste- hende Kreise einleiten zu wollen, verlangte er doch, „die Idee (dürfe) nicht nur von linksstehenden Kreisen getragen werden“²⁶. In dieser Meinung wurde er durch Katharina von Oheimb(-Kardorff) bestärkt, die von Warburg forderte, „daß die Bewegung von den Besitzenden, nicht von den Proletariern ausgehen“²⁷ müsse, und auf das potentielle Interesse der Schwerindustrie an Paneuropa hinwies²⁸.

²² Pan-Europa, S. 163.

²³ Text in: Paneuropa 1922–1966, S. 104–118.

²⁴ Ebda, S. 106, 115.

²⁵ Kampf um Europa, S. 99.

²⁶ BA NL Katharina von Kardorff 21, 163; 10. 11. 1924.

²⁷ Ebda, 21, 164; 11. 11. 1924.

²⁸ Ebda, 21, 168; 12. 11. 1924.

Zeichnete sich bereits in der Anfangsphase der paneuropäischen Bewegung eine gewisse Rechtsorientierung ab, so gab doch Coudenhove die aus den Kriegs- und Revolutionsjahren bestehenden Verbindungen zu sozialistisch-pazifistischen Kreisen keineswegs auf; auch gelang es ihm, trotz seiner antirevisionistischen Programmelemente in Österreich wie in Deutschland sogar Anhänger der Anschlußbewegung zu gewinnen, von denen etwa der Sozialdemokrat und Reichstagspräsident Paul Löbe an die Spitze der 1926 gegründeten deutschen Sektion trat²⁹.

Wenn es der Paneuropa-Union gelingen wollte, über prominente Persönlichkeiten hinaus Resonanz und Unterstützung bei breiteren gesellschaftlichen Schichten zu finden, so hatte sie sich um ein Arrangement mit bestehenden politischen Bewegungen zu bemühen. Auf der Suche nach einer Massenbasis hat Coudenhove in den ersten Jahren seiner Bewegung etliche Versuche unternommen, den internationalen Pazifismus, den bürgerlichen Linksliberalismus und die Sozialdemokratie für sein Programm zu gewinnen.

2. Pazifistisch-liberale Alternative zu Paneuropa: Der Weg zum Verband für europäische Verständigung

Der Grundgedanke von Coudenhoves ‚Paneuropa‘, zwischen nationalstaatlicher Partikularisierung und universaler Friedensorganisation eine Ebene von ‚Kontinentalassoziationen‘ zu schaffen, erregte zunächst nicht so sehr Widerspruch von nationalistischer Seite, sondern vielmehr das nicht unbesorgte Interesse der internationalen Friedensbewegung, die schon im ausgehenden 19. Jahrhundert die Idee eines weltumfassenden Völkerbundes vertreten hatte.

Als im Oktober 1924 der 23. Weltfriedenskongreß in Berlin tagte, wurde Coudenhove aufgefordert, vor dem Forum des internationalen Pazifismus seine Forderung zu erläutern, „den Völkerbund in Gruppen aufzulösen“³⁰, und zum Verhältnis regionaler und universaler Organisation Stellung zu beziehen.

Coudenhove bemühte sich zwar darzulegen, „dass Pan-Europa und Völkerbund keine Gegensätze, sondern Ergänzungen“ seien, ja sogar, „dass eine Dezentralisierung des Völkerbundes nicht zu seiner Auflösung – sondern zu seiner Vollendung“³¹ führe. Doch seiner Folgerung, „Pan-Europa (sei) also eine unbedingte Forderung des europäischen Pazifismus“, vermochte sich der Kongreß nicht anzuschließen.

Die Vorbehalte und Einwände der pazifistischen Völkerbunds-Anhänger trug Walther Schücking vor. Wie schon vor dem Ersten Weltkrieg³² wollte er einen europäischen Zusammenschluß allenfalls als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer weltumfassenden Staatenorganisation gelten lassen. Er verwies unter dem

²⁹ Kampf um Europa, S. 105.

³⁰ Pan-Europa, S. 89.

³¹ Bulletin officiel, p. 70.

³² Die Organisation der Welt, S. 62–69 und: FW 11 (1909), S. 224–225.

Eindruck des Weltkrieges auf die globale Dimension des Friedensproblems und bezeichnete von daher die „Idee besonderer Kontinentalassoziationen“ als „eine nicht geringe Gefahr“ für den Genfer Völkerbund³³. In diesem institutionellen Rahmen dürften Staatengruppen sich nur unter der Bedingung bilden, daß sie „im Interesse der Einheit des Ganzen sozusagen nur technischen Zwecken dienen“³⁴. Weitere namhafte Vertreter des Völkerbundsgedankens in Deutschland teilten im wesentlichen diese Bedenken³⁵; Coudenhove mußte sich sogar „macchiavellistischen Pazifismus“ vorhalten lassen³⁶.

Seinen Versuch, die internationale Friedensbewegung und die Anhängerschaft des Völkerbunds-Gedankens als Verbündete im Kampf um Paneuropa zu gewinnen, sah Coudenhove als gescheitert an³⁷. Dies war umso mehr begründet, als sich bereits im Mai 1924 Parlamentarier aus den Parteien der ehemaligen Weimarer Koalition zusammengefunden hatten, um eine „Interessengemeinschaft der europäischen Völker“ ins Leben zu rufen³⁸. Zu ihnen zählte neben dem Sozialdemokraten Paul Löbe seitens der Liberalen auch Walther Schücking, der in der Paneuropa-Propaganda einen ernsthaften Konkurrenten für den in Deutschland noch wenig verbreiteten Völkerbunds-Gedanken erkannte. Darum setzte er sich dafür ein, die anwachsende Bereitschaft zu europäischer Verständigung in einer Organisation aufzufangen, die sich ausdrücklich an der Idee eines universalen Völkerbundes orientierte.

Die Vorverhandlungen im Ausland waren indes nicht von Parlamentariern selbst, sondern von einem in Berlin lebenden Polen, Dr. Alfred Nossig, geführt worden, der dabei im Kontakt mit dem Referat Völkerbund des Auswärtigen Amtes stand. Im März 1924 übersandte er dem Amt seine Broschüre ‚Neueuropa‘ und suchte um eine wohlwollende Erklärung des Außenministers zu seinem Vorschlag eines ‚Europäischen Friedensbundes‘ nach, die ihm die Gründung eines entsprechenden deutschen Komitees erleichtern würde³⁹.

Ähnlich wie Coudenhove beklagte Nossig darin, daß „Europa seine Welthege- monie eingebüßt“ habe und „zum Kampfobjekt der außereuropäischen Welt- mächte“ zu werden drohe. Die Gefahren der „wirtschaftlichen Expansion Pan- Amerikas“ und der „Völkerwanderung Pan-Rußlands und Pan-Asiens“ erforderten eine Lösung der „gegenwärtigen europäischen Zentralfrage“, nämlich des deutsch-französischen Konflikts, durch eine politische Friedensregelung sowie

³³ Bulletin officiel, p. 72.

³⁴ Bulletin officiel, p. 73.

³⁵ Vgl. Acker, Walther Schücking, S. 182 sowie die Resolution des 23. Weltfriedenskongresses, in: FW 24 (1924), S. 304.

³⁶ So Gerhart Seger in: FW 24 (1924), S. 270–272.

³⁷ Coudenhoves Abrechnung mit der Friedensbewegung: ‚Pazifismus‘ in: Praktischer Idealismus (1925).

³⁸ Bericht über die Gründung der „Interessengemeinschaft der europäischen Völker“, Oktober 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

³⁹ Schreiben Nossig an AA, 21. 3. 1924 nicht bei den Akten; Inhalt seines Vorschlags eines ‚Europäischen Friedensbundes‘ kann aus der Antwort erschlossen werden: AA (Köpke) an Nossig, 1. 4. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

durch einen – über einen „Weltkredit“ finanzierten – Lastenausgleich zwischen beiden Staaten. Dann könne der ‚Europäische Friedensbund‘, dem die Sowjetunion nicht angehören solle, mit einer internationalen Armee ausgestattet werden und so die mangelhafte Friedenssicherung des Völkerbundes ersetzen⁴⁰.

Zwar kritisierte das Referat Völkerbund die Vorschläge einer solchen Armee wie des Ausschlusses der Sowjetunion, wünschte auch die Forderung nach Revision der Friedensverträge deutlicher betont, stellte jedoch in Aussicht, die deutsche Regierung werde dem Vorschlag wohl „grundsätzlich“ zustimmen⁴¹. Dementsprechend empfahl Bülow dem Außenminister, eine „wohlwollende Prüfung des Entwurfs“ zuzusagen, denn „jede Kundgebung im Sinne des Friedens (sei) zur Zeit erwünscht, ebenso jedes Projekt, das die mangelhafte Friedenssicherung des Völkerbundes aufweist“⁴².

Stresemann hingegen lehnte dieses Ansinnen strikt ab. Er begründete dies zum einen mit der Aussichtslosigkeit eines derartigen Vorhabens und hob zum andern hervor, er wolle kein Projekt unterstützen, „das im gegenwärtigen Zeitpunkt als ein Versuch ausgelegt werden könnte, den Völkerbund zu sabotieren“⁴³. Die dezidierte Äußerung des Außenministers ließ zwar das Referat Völkerbund vorläufig reservierter über die Unternehmungen Nossigs urteilen⁴⁴, konnte jedoch auf Dauer den Dissens zwischen Köpke und Bülow einerseits, Stresemann andererseits über die Methoden deutscher Revisionspolitik nicht ausräumen, der in der Einschätzung des Völkerbundes und des späteren „Verbandes für europäische Verständigung“ mehrfach zutage trat.

Schon hier zeichnete sich ab, daß Stresemann einem europäischen ‚Kontinentalprogramm‘ wie dem Coudenhoves nicht zustimmen konnte, das die Beziehungen zu außereuropäischen Mächten, insbesondere zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion, aber auch zum Völkerbund hätte beeinträchtigen können. Er griff damit über die Vorstellungen Köpkes und Bülows hinaus, die aus Gründen der Revision von Versailles lediglich die Sowjetunion als potentiellen Partner einbeziehen und gegebenenfalls sich auch gegen den damals von Frankreich maßgeblich bestimmten Völkerbund wenden wollten.

Stresemanns Aussage hat der Linie Schückings innerhalb des entstehenden deutschen Komitees offensichtlich zum Durchbruch verholfen; Nossig war vorläufig zurückgedrängt und sah sich daraufhin bewogen, eine programmatische Schwenkung zur universal orientierten Haltung der in der Mehrzahl liberalen Komitee-Mitglieder zu vollziehen. Dies brachte ihn in kurzer Zeit in schroffen Gegensatz zu Coudenhoves Paneuropa-Idee, der er ursprünglich nahegestanden hatte.

So hielt er der Argumentation Coudenhoves beim 23. Weltfriedenskongreß ent-

⁴⁰ Alfred Nossig, *Neueuropa. Programmatische Gedankengänge* (Broschüre, 9 S.); PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

⁴¹ AA (Köpke) an Nossig, 1. 4. 1924, ebda.

⁴² Vermerk 27. 6. 1924, ebda.

⁴³ AA (Bülow) an Schücking, 4. 7. 1924, ebda. Schücking zählte zu den von Nossig für das deutsche Komitee in Aussicht genommenen Persönlichkeiten.

⁴⁴ Z. B. AA (Bülow) an Dt Botsch Paris, 12. 8. 1924, ebda, und Vermerk, 22. 11. 1924, ebda.

gegen, angesichts der nach dem Weltkrieg entstandenen „Weltarbeitsgemeinschaft“ nehme sich „der Zukunftsgedanke: die Einigung Europas, beinahe reaktionär“ aus. Auch wegen der gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen griff er die Pan-europa-Union scharf an, denn diese trage „den Keim zu einer faschistisch-imperialistischen Bewegung“ in sich, stelle „den vollendeten Typus einer anti-demokratischen Organisation“ dar, wie denn auch die „geistigen Wurzeln ‚Pan-Europas‘ . . . für die europäische Demokratie ebenfalls nicht Beruhigendes“ enthielten.

Immerhin befürwortete Nossig die Bildung einer „wirtschaftlichen Interessengemeinschaft der europäischen Länder“, durch die Europa „zu einem wirtschaftlichen Konzern großen Stils“ werden sollte⁴⁵. Dies hing gewiß damit zusammen, daß Nossig in diesen Monaten seitens der deutschen Parlamentariergruppe mit der Aufgabe betraut war, die Bildung eines solchen Wirtschaftskomitees zu betreiben. Auf Anregung des Präsidenten der französischen Chambre des Députés, Painlevé, und des Vorsitzenden der britischen League of Nations Union, Professor Gilbert Murray, nahm Nossig mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft Kontakt auf⁴⁶. Dabei kamen ihm Empfehlungen durch den Präsidenten des Hansa-Bundes für Industrie, Handel und Gewerbe, den DDP-Abgeordneten Hermann Fischer, zugute⁴⁷.

Ziel der Verhandlungen mit den Repräsentanten der deutschen Wirtschaft war die Schaffung eines „Europäischen Wirtschaftskomitees“, das nach den Vorstellungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie von der Interessengemeinschaft der Parlamentarier allerdings getrennt bleiben sollte⁴⁸ – eine Doppelkonstruktion von politisch-parlamentarischen und wirtschaftlichen Komitees, der sich der Hansa-Bund-Präsident heftig widersetzte⁴⁹.

Der deutschen Wirtschaft stellte Nossig in Aussicht, über ein solches Wirtschaftskomitee könne sich Deutschland „in dem Prozeß des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas bei loyalster Wahrung der Interessen aller anderen europäischen Länder eine zentrale Stellung sichern“⁵⁰. An den nun folgenden Verhandlungen beteiligten sich neben dem Reichsverband der deutschen Industrie der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Zentralverband des Deutschen Großhandels, der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankier-Gewerbes sowie der Hansa-Bund⁵¹. Sie waren dabei offenkundig von dem Interesse geleitet, die noch immer bestehende, vom Weltkrieg und dem Versailler Vertrag ausgehende Isolierung der deutschen Wirtschaft gegenüber Frankreich und Großbritannien abzubauen. So beantworteten sowohl RDI⁵² als auch DIHT⁵³ die Vorschläge Nossigs in so positiv

⁴⁵ Artikel: Die Politik des Weltfriedens, in: ‚Berliner Volks-Zeitung‘ Nr. 510, 26. 10. 1924.

⁴⁶ RDI an Nossig, Nov. 1924, BA R 11/1353, 109–110.

⁴⁷ BA R 11/1353, 96–97.

⁴⁸ RDI an Nossig, Nov. 1924, BA R 11/1353, 109–110.

⁴⁹ Fischer an DIHT, 19. 2. 1925, BA R 11/1353, 42–42 Rs.

⁵⁰ Bericht (Nossig) über Konstituierung der Interessengemeinschaft der europäischen Völker, 31. 10. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

⁵¹ Nossig an AA, 20. 11. 1924, ebda.

⁵² RDI an Nossig, Nov. 1924, BA R 11/1353, 109–110.

⁵³ DIHT an Nossig, 18. 11. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

gehaltenen Schreiben, daß dieser in Paris und in London geradezu als Beauftragter der beiden Spitzenverbände auftreten konnte.

Im Auswärtigen Amt hingegen stieß Nossigs Reiseplan auf Ablehnung. Bülow notierte, „man solle Paris und London warnen“⁵⁴, was dann auch telegraphisch geschah mit der unzutreffenden Begründung, die Spitzenorganisationen hätten „nur ganz vage Erklärungen abgegeben“, „da das Projekt von ihnen sehr skeptisch beurteilt werde“⁵⁵.

Auf die Verhandlungen Nossigs reagierten die angesprochenen Wirtschaftskreise in Frankreich und Großbritannien mit bezeichnenden Unterschieden. Die Nachrichten über Nossigs Aktivitäten in Paris sollen – wie die Deutsche Botschaft in London sogleich meldete – „in hiesigen Handelskammerkreisen eine peinliche Ueberraschung, ja Verstimmung ausgelöst haben“, denn es entstehe „der im gegenwärtigen Augenblick zweifellos unerwünschte Verdacht . . . , dass die Vorschläge Dr. Nossig’s eine deutsche Gegenaktion gegen die Internationale Handelskammer darstellen“⁵⁶.

Die Reaktionen in Frankreich fielen hingegen günstiger aus. Botschafter Hoesch teilte aus Paris mit, „daß man sich hier für die von Nossig betriebene Gründung von Nationalausschüssen zur Entwicklung einer internationalen Zusammenarbeit lebhaft interessiert“. Er sei selbst von Painlevé aufgesucht worden, der seine Bereitschaft erklärt habe, das Präsidium des französischen Komitees zu übernehmen. Dringlich empfahl der Botschafter, der Angelegenheit mehr Beachtung zu schenken, um nicht Frankreich Anlaß zu der Behauptung zu geben, „Deutschland habe eine sich bietende Gelegenheit zur Schaffung einer der Verständigung dienenden internationalen Organisation versäumt“⁵⁷.

Daraufhin wurde ein Einladungsschreiben Nossigs, mit dem er namhafte Industrielle zur Gründung des „Europäischen Komitees für wirtschaftliche Kooperation“ auffordern wollte, vom Auswärtigen Amt positiv aufgenommen. Den Industriellen sollte seitens des Amtes empfohlen werden, „ihre Mitwirkung an dem von Dr. Nossig vorgeschlagenen Komitee nicht von vornherein ab(zu)lehnen“⁵⁸.

Die Spitzenverbände hatten jedoch in der Zwischenzeit den Eindruck gewonnen, Nossig habe den ihm gewährten Verhandlungsauftrag weit überzogen, insbesondere in die Beratungen um Deutschlands Eintritt in die Internationale Handelskammer eingegriffen.

Solche Befürchtungen mochten nicht ganz unbegründet sein. Zwar empfahl Nossig den deutschen Wirtschaftsverbänden den baldigen Eintritt in die Internationale Handelskammer, die ausdrücklich weltwirtschaftlich orientiert war. Doch hielt er ein „Europäisches Wirtschaftskomitee“ vor allem deshalb für dringlich, weil es mit der Zielrichtung der Internationalen Handelskammer nicht übereinstimmte. „Die Beteiligung an der I. H., speziell für Deutschland, (könne) keineswegs jenes

⁵⁴ Notiz (Bülow), 20. 11. 1924, ebda. ⁵⁵ Vermerk 22. 11. 1924, ebda.

⁵⁶ Dt Botsch London an AA, 22. 12. 1924, ebda.

⁵⁷ Dt Botsch Paris (Hoesch) an AA, 25. 1. 1925, PA Ref Vhd, Allg B 2, Bd 1.

⁵⁸ Bülow an Ritter, 4. 2. 1925, ebda.

Komitee ersetzen“, berichtete er über seine Verhandlungen aus Frankreich, denn „bei der neuen wirtschaftlichen Weltverteilung, die gegenwärtig vor sich geht, muß sich Deutschland die richtige Stelle sichern“⁵⁹. Einem auf Europa beschränkten Wirtschaftskomitee wäre dabei die Rolle eines Gegengewichts gegen den angelsächsischen Einfluß in der Internationalen Handelskammer zugefallen und hätte eine Entwicklung eingeleitet, die die deutsche Wirtschaft an die Seite der französischen gestellt und so mit einem anti-amerikanischen Akzent versehen hätte. Dies lag freilich nicht im Interesse der beteiligten deutschen Spitzenverbände, nachdem der deutsch-amerikanische Handelsvertrag und die nach dem Dawes-Abkommen nach Deutschland fließenden Anleihen die Rückkehr Deutschlands in die Weltwirtschaft eingeleitet hatten.

Auf Initiative von RDI und DIHT wurde daraufhin Nossig die Zusammenarbeit aufgekündigt⁶⁰. Die großen Wirtschaftsverbände setzten damit zugleich den vom Hansa-Bund-Präsidenten Fischer unternommenen Bemühungen ein Ende, in einem europäischen Komitee Parlamentarier verschiedener Parteien und Vertreter der Wirtschaft zu vereinen und die Verhandlungen durch politische Vertreter führen zu lassen. Für internationale Kontakte bedienten sich die Spitzenorganisationen in der Folgezeit nahezu ausschließlich eigener Gremien und interner Repräsentanten.

Damit war das Vorhaben, eine von parlamentarischer Seite getragene Initiative mit den Interessen wirtschaftlicher Spitzenverbände unter förderndem Wohlwollen seitens der amtlichen Politik zu koppeln, fürs erste gescheitert.

Je mehr die Interessengemeinschaft der Parlamentarier in den ersten Monaten des Jahre 1925 an Gestalt gewann⁶¹, umso dringlicher erschien eine Klärung des Verhältnisses zwischen beiden in Deutschland bestehenden europäischen Bewegungen. Zunächst erschien es als möglich, daß beide Organisationen zusammenwirken könnten. Dafür setzte sich vor allem der DDP-Politiker Wilhelm Heile ein. Er war schon frühzeitig zu Coudenhove-Kalergi gestoßen und war von ihm unter Zahlung eines Gehaltes mit der Position des „Generalsekretärs der paneuropäischen Union Deutschlands“ betraut worden⁶². Zur selben Zeit gehörte Heile zu dem Kreis von Parlamentariern, die sich um die Bildung der ‚Interessengemeinschaft‘ bemühten. Aus der unterschiedlichen Aktionsform der Verbände – die Paneuropa-Union wollte sich der Massenpropaganda, die Interessengemeinschaft der Werbung namhafter Politiker widmen – ergäben sich kaum Reibungen, schrieb er an Nossig, so daß „eine herzliche Arbeitsgemeinschaft“ zu erwarten sei⁶³.

⁵⁹ Nossig an DIHT, 24. 12. 1924, BA R 11/1353, 71–82.

⁶⁰ Besprechung über den Bericht von Dr. Nossig am 5. Januar 1925, 8. 1. 1925, BA R 11/1353, 96–97; Aktenvermerk DIHT (Riedberg) 17. 2. 1925, ebda 57–59; Riedberg an Nossig, 17. 2. 1925, ebda 50–51.

⁶¹ Eine streng vertrauliche Einladung zu einer ersten informellen Aussprache über das Vorhaben erging am 3. 2. 1925 namens der Abgeordneten Giesberts, Graf Lerchenfeld, Löbe, von Rheinbaben und Schücking, BA NL Dietrich 80, 7–9.

⁶² Coudenhove-Kalergi an Heile, März 1925, BA NL Heile 18.

⁶³ Heile an Nossig, 23. 2. 1925, ebda.

Coudenhove hingegen forderte Heiles Austritt aus der Interessengemeinschaft, deren einseitige Zusammensetzung er bereits moniert hatte⁶⁴. Als dieser sich dazu nicht bereitfand, kündigte Coudenhove – nicht zuletzt aus Sorge um die Förderung seiner Bewegung durch Bankiers wie Warburg und Frisch – die getroffene Vereinbarung mit Heile auf, denn – so hielt er ihm vor – „Ihre Zugehörigkeit zur demokratischen Partei hätte die Bewegung in Deutschland zu einer reinen Links-Bewegung gestempelt“, zumal Heiles Bemühungen um rechtsgerichtete Persönlichkeiten erfolglos geblieben seien. Insbesondere kritisierte er das Demokratieverständnis der in der ‚Interessengemeinschaft‘ vertretenen Politiker und warf Heile vor: „Sie fassen . . . die Demokratie an-archisch auf, während ich das Führerproblem als die Kernfrage betrachte, also in gewissem Sinne eine aristo-kratische Auffassung der Demokratie vertrete“⁶⁵. Heile konnte dem entgegenhalten, daß es gerade an dem eigenwilligen Demokratieverständnis und dem rigoros durchgesetzten Führungsanspruch Coudenhoves lag, weshalb der Paneuropa-Union der Aufbau einer überparteilichen Organisation nicht gelingen wollte⁶⁶.

Bereits in der Anfangsphase der Einigungsbewegungen war damit in Deutschland der Versuch gescheitert, eine das Parteienspektrum der Weimarer Republik übergreifende Organisation für europäische Verständigung zu schaffen. Der von Heile geplante Versuch, in ein breit angelegtes deutsches ‚Komitee für Europäische Zusammenarbeit‘ die deutsche Paneuropa-Sektion als rechten Flügel einzubauen⁶⁷, schlug ebenso fehl wie seine Bitte an Warburg, die ‚Interessengemeinschaft‘ ebenfalls finanziell zu fördern⁶⁸.

Allerdings ist es auch der Paneuropa-Union nicht gelungen, die europäische Bewegung in Deutschland zu monopolisieren. Obwohl sie auch in den Reihen der Liberalen und Sozialdemokraten Mitglieder fand, lag ihr Schwerpunkt bei den Parteien der Mitte und der Rechten, als deren Exponenten sie etwa den DNVP-Abgeordneten Professor Hoetzsch gewinnen konnte.

Nachdem im Frühjahr 1925 auch in Großbritannien und Frankreich Komitees gegründet waren, nannte sich die ‚Interessengemeinschaft‘ nunmehr „Deutsche Sektion für europäische Zusammenarbeit“. Damit standen sich in Deutschland zwei europäische Organisationen gegenüber, die sich nicht nur aufgrund programmatischer Akzente, sondern bereits auch tendenziell in ihrer parteipolitischen Orientierung unterschieden.

Bei allen Differenzen über die Stellung Europas in der Welt, insbesondere über Idee und Realität des Völkerbundes, sahen beide, Paneuropa-Union und ‚Verständigungskomitee‘, das europäische Kernproblem in der Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses.

⁶⁴ Coudenhove-Kalergi an Heile, 11. 2. 1924, ebda.

⁶⁵ Coudenhove-Kalergi an Heile, 3. 4. 1925, ebda.

⁶⁶ Heile an Coudenhove-Kalergi, 23. 3. 1925 und 28. 3. 1925, ebda.

⁶⁷ ‚Konklusionen‘ Heiles, undatiert, ebda.

⁶⁸ Heile an Melchior (Bankhaus Max M. Warburg), 3. 3. 1925, ebda.

3. Zwischen Freihandel und Zollunion: Mitteleuropäische Wirtschaftstagung und Europäischer Zoll-Verein

Ebenfalls in den Jahren 1924/25 konstituierten sich zwei weitere Einigungsbestrebungen, die deutlicher als Paneuropa-Union und Verständigungskomitee an wirtschaftspolitischen Zielen orientiert waren und den Schwerpunkt ihrer Arbeit eher im Bereich der Nachfolgestaaten in Mittel- und Südosteuropa sahen.

Völkerbundsgedanke und Freihandelsidee bildeten in den Anfängen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages den Ansatz, bevor sie von harten Auseinandersetzungen um die Rolle Deutschlands in Mitteleuropa überlagert wurden.

Coudenhoves Ausführungen über das Thema ‚Paneuropa und der Völkerbund‘ auf dem Berliner Weltfriedenskongreß gaben auch hier – wie schon bei der organisatorischen Verfestigung des Parlamentarier-Komitees – einen Anstoß. In die Auseinandersetzungen um Coudenhoves These, daß eine regionale Untergliederung des Völkerbundes notwendig sei, griff auch der DDP-Politiker Georg Gothein ein. Als Schücking die Möglichkeit angedeutet hatte, innerhalb des Völkerbundes Staatengruppen dann zuzulassen, wenn sie nur „technischen Zwecken“ dienten, nahm Gothein diesen Gedanken auf und wies darauf hin, wie sehr der europäische Frieden durch die wirtschaftliche Absperrung bedroht sei, die seit den Friedensverträgen sich in Europa ausgebreitet hätte. „Zweifellos ist dagegen der internationale Freihandel das beste Mittel, aber es ist eine Illusion, an seine Verwirklichung in absehbarer Zeit zu glauben. Daher ist der wirtschaftspolitische Zusammenschluß Europas eine Notwendigkeit.“⁶⁹ An Coudenhoves Paneuropa-Entwurf kritisierte er die Überlastung mit politischen Funktionen und empfahl, sich auf die Bildung einer europäischen Wirtschaftseinheit und auf Minderheitenschutz zu beschränken.

Das Anwachsen des Protektionismus namentlich in den Nachfolgestaaten bedrohte indessen in erster Linie die Stellung Wiens, das dadurch seine ursprünglichen wirtschaftlichen Funktionen gegenüber dem mittel- und südosteuropäischen Raum verlieren mußte. So gab Anfang 1925 der Wiener Großkaufmann Julius Meinl den Anstoß zur organisatorischen Sammlung einer Freihandelsbewegung, die im Juli ein vorbereitendes Komitee bildete. Ihm gehörten vorwiegend Wirtschaftsfachleute und Politiker aus Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei und aus Deutschland an, aber auch Großbritannien und Frankreich waren vertreten. Mitglieder von deutscher Seite waren zum einen die Professoren Brentano, Herkner und Mises, zum anderen – und zwar namens des Hansa-Bundes und des Außenhandelsverbandes – Georg Gothein. Das Komitee rief für Anfang September 1925 zu einer ‚Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung‘ in Wien auf, „um alle europäischen Völker vor dem Weiterschreiten auf dieser gefährlichen Bahn des Wirtschaftskrieges zu warnen“⁷⁰.

⁶⁹ Bulletin officiel, S. 74.

⁷⁰ ‚Neue Freie Presse‘ Wien, 17. 7. 1925, ZStA AA 42993, 2.

In einer Resolution sprach sich die September-Tagung für „die Schaffung eines ausgedehnteren Wirtschaftsgebietes“ auf dem Weg über zwischenstaatliche Abkommen auf den Gebieten des Handels, des Verkehrs und der Währung aus, deren Kernstück – ein Präferenz-Zollsystem – die Souveränität der Einzelstaaten allerdings nicht beeinträchtigen dürfe.

Die territoriale Abgrenzung des von der Tagung angesprochenen ‚Mitteleuropa‘ war offen, wie die Teilnahme von Vertretern aus Frankreich und Großbritannien anzeigte, und jedenfalls anders gefaßt, als sie die deutsche Kriegszieldiskussion vorgenommen hatte⁷¹. Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Elemér Hantos wollte ein solches Präferenzsystem auf die Länder Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien beschränkt sehen. Eine Großmacht – womit er Deutschland meinte – solle in eine solche Kombination nicht eingeschlossen werden. Erst eine Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses würde die Voraussetzung schaffen, unter der beide Staaten als gleichgewichtige Partner an einem mitteleuropäischen Zollverband teilnehmen könnten⁷².

Unter den in Europa gegebenen Machtverhältnissen mußte ein solcher Vorschlag allerdings den Verdacht erregen, das mit der Kleinen Entente verbundene Frankreich könne in der Zwischenzeit vermehrten Einfluß auf diese Staatenkombination gewinnen und so die Expansionsmöglichkeiten für Deutschlands Wirtschaft und Politik beschränken.

Darum setzte sich Georg Gothein mit Nachdruck dafür ein, daß in jede handelspolitische Kombination der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten Deutschland grundsätzlich einbezogen werde. Freilich sah auch er, daß der Schlüssel für eine solche Lösung unter den gegebenen Machtverhältnissen bei Frankreich lag. Aus dieser Erwägung forderte er wiederholt die „deutsch-französische Zollunion als Vorstufe der europäischen Zollunion“⁷³ und wollte selbst den Begriff ‚Mitteleuropa‘ nicht gebrauchen, den ein Satzungsentwurf der Wiener Zentrale der Tagung enthielt. Er halte es „für taktisch verfehlt“, gab er zu bedenken, „den Namen ‚Mitteleuropäische Wirtschaftsunion‘ zu wählen und zu betonen, daß sie die Verwirklichung ihrer Prinzipien zunächst für Mitteleuropa erstrebt. Wie die Kräfteverhältnisse in Europa heute liegen und angesichts der erschwerenden Bestimmungen der Friedensdictate ist es leider ausgeschlossen, ohne Frankreich lediglich mitteleuropäische Staaten zu einer Zollunion zusammenzufassen“⁷⁴.

Zeichneten sich so bereits in den Anfängen der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung Differenzen zwischen der Perspektive eines deutschen Mitteleuropa und den von Hantos vorgetragenen Zielvorstellungen einer Föderation der Donaustaaten ab, so war freilich angesichts der europäischen Machtverhältnisse und auch wegen der relativ schwachen Position der deutschen Vertretung auf der Tagung

⁷¹ Vgl. Meyer, Mitteleuropa.

⁷² Vgl. auch Hantos, Die Handelspolitik in Mitteleuropa (1925).

⁷³ So Gotheins Beitrag in: Europäische Zollunion, S. 70–82 und seine Studie: Ist eine paneuropäische Zollunion durchführbar? S. 12–13.

⁷⁴ Gothein an MWT Wien, 19. 6. 1926, BA NL Gothein 49, 59–60 Rs.

deren endgültige Orientierung noch unsicher. Vorläufig verhielt sich die amtliche Politik gegenüber der Bewegung reserviert, obgleich die deutsche Gesandtschaft in Wien eine Beobachtung der weiteren Aktionen und ihrer Tendenzen für geboten hielt. Unter Bezug auf die Unklarheit der Ziele und die „extrem freihändlerische Einstellung“ der Tagung lehnte das Auswärtige Amt es dann auch ab, den Beitritt deutscher Industrie- und Handelskammern und anderer Organisationen amtlich zu fördern⁷⁵.

Um die Jahreswende 1925/26 entstand als weitere Organisation der ‚Europäische Zoll-Verein‘, der ebenfalls die Forderung erhob, Handelshemmnisse in Europa abzubauen und auf dem Weg über Zollassoziationen zu einer umfassenderen Zollunion zu gelangen.

Die Initiative zur Gründung eines „Comité international d’union douanière européenne“ war im März 1925 von einem kleinen Kreis von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern ausgegangen, zu dem der französische Volkswirtschaftler Charles Gide, der Engländer Norman Angell, aus Ungarn – wie auch bei der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung – Professor Elemér Hantos zählten. Deutschland war mit Professor Ludwig Stein, Moritz Stein sowie mit dem Leiter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, Edgar Stern-Rubarth, vertreten, der dann die Leitung der deutschen Landesgruppe übernahm⁷⁶.

Im März 1926 wandte sich das Komitee mit einem Aufruf „An alle Europäer!“ an die Öffentlichkeit⁷⁷. Darin forderte es, angesichts der großen außereuropäischen „Staats- und Wirtschaftskörper“, d. h. vor allem der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die innereuropäischen Zölle abzubauen und „ohne Beeinträchtigung der nationalen Selbständigkeit und der nationalen Kulturen“ einen Europäischen Zollverein zu bilden. Für dieses wirtschaftliche Gebilde prägte das Programm den Begriff des ‚Wirtschafts-Großraumes‘, worunter es allerdings nur die arbeitsteilige Zusammenfassung selbständiger Nationen verstand – autarkistische Tendenzen, wie sie das Coudenhovesche ‚Paneuropa‘ enthielt und die seit dem Beginn der dreißiger Jahre mit Programm und politischer Durchsetzung einer ‚Großraumwirtschaft‘ untrennbar verknüpft waren, waren hierin nicht enthalten⁷⁸.

Der organisatorische Rahmen des Europäischen Zoll-Vereins blieb im ganzen bescheiden. So konstituierten sich unter dem Dach des ‚Comité international‘ Landesgruppen in Deutschland (August 1926), in Ungarn, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Polen und der Tschechoslowakei; in anderen Staaten wie Großbritannien, Spanien, Italien und Rumänien hingegen blieben Gründungsversuche erfolglos⁷⁹. Aufgrund der vorwiegend wissenschaftlichen Zielsetzung, die eine Massen-

⁷⁵ Dt Ges Wien an AA, 26. 3. 1926, ZStA AA 42993, 44–47.

⁷⁶ Truchy, *L’union douanière européenne*, p. 586. Société des Nations, *Repertoire*, p. 317.

⁷⁷ BA R 13 XII/1.

⁷⁸ Die Begriffsschöpfung ‚Großwirtschaftsraum‘ nimmt Stern-Rubarth (. . . aus zuverlässiger Quelle verlautet, S. 124) für sich in Anspruch. Zur Großraumwirtschaft vgl. Alan S. Milward, *Der deutsche Handel und der Welthandel 1925–1939*, in: *Industrielles System*, S. 472–484.

⁷⁹ Truchy, *L’union douanière européenne*, p. 587.

propaganda schwerlich zuließ, blieb auch der Kreis der Mitglieder klein. Er hat in Deutschland kaum einhundert überschritten. Aus parlamentarischen Kreisen gehörten ihm u. a. Carl Cremer, Ludwig Kaas, Wilhelm Külz und Marie-Elisabeth Lüders an, von wirtschaftlicher Seite waren der in der Europa-Bewegung engagierte Linoleumfabrikant Richard Heilner und der Textilindustrielle Gustav Winkler beteiligt⁸⁰.

Vorwiegend förderte der Verband wissenschaftliche Untersuchungen zur europäischen Zollunion, die in einer von Hantos redigierten Schriftenreihe sowie ab 1930 in den von Wilhelm Grotkopp herausgegebenen Monatsheften ‚Europa-Wirtschaft‘ erschienen. Über Hantos ergab sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen Landesgruppe und den von ihm dirigierte Mitteleuropa-Instituten, die innerhalb des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages auf eine Deutschland nicht einschließende Donauföderation hinarbeiteten⁸¹. Geringere Kontakte bestanden hingegen zu dem stärker politisch orientierten ‚Verband für europäische Verständigung‘, der aus der ‚Interessengemeinschaft‘ hervorgegangen war; die Verbindung zur Paneuropa-Union wurde insbesondere durch Richard Heilner aufrechterhalten.

Damit hatten sich in der Zeit vor dem Locarno-Vertrag vier Organisationen formiert, die der zwischenstaatlichen Einigung in Europa vorarbeiten wollten. Die Initiativen dazu waren im wesentlichen aus dem Ausland nach Deutschland hereingetragen worden: die vorwiegend politisch orientierte Paneuropa-Union nahm ebenso wie die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung ihren Ausgang im ehemaligen Zentrum der Habsburger Monarchie, die im einzelnen sehr unterschiedlichen Programme zielten auf eine Überwindung der nationalstaatlichen Partikularisierung im mittel- und südosteuropäischen Raum. Beiden Bewegungen war in der Anfangsphase gemeinsam, daß für sie die Lösung des französisch-deutschen Konfliktes, d. h. die Überwindung der Kluft zwischen dem am Status quo orientierten Sicherheitsdenken und dem deutschen Revisionismus, eine unabdingbare Vorbedingung für jeden Fortschritt der Einigungsbemühungen darstellte.

Dies galt allerdings auch für die beiden anderen Organisationen, die in einer politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas nicht mehr als eine Vorstufe zu einer universalen Friedens- und Wirtschaftsordnung erblickten. Beide, die vom Völkerbundsgedanken getragene Bildung eines europäischen Verständigungskomitees wie der Europäische Zoll-Verein, hatten ihren Schwerpunkt in den westeuropäischen Hauptstädten: Die Entstehung der parlamentarischen ‚Interessengemeinschaft‘ wurde von der britischen League of Nations Union sowie – aus nicht unbedingt denselben Motiven – von französischen Politikern und Wirtschaftsführern wenn nicht initiiert, so doch mit Interesse verfolgt und ermutigt; daraus erklärt sich überdies die betont englandfreundliche Haltung des Verbandes, der wegen dieser Frage fortgesetzt mit Coudenhoves Paneuropa im Streit lag. Der Europäische

⁸⁰ Dritter Jahresbericht des EZV, 25. 6. 1929, BA R 13 XII/1.

⁸¹ Stern-Rubarth, . . . aus zuverlässiger Quelle verlautet, S. 122. Vgl. Hantos, Europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft (1928).

Zoll-Verein war die deutsche Sektion der ‚Union Douanière Européenne‘, deren Sitz in Paris lag.

Alle diese Bestrebungen trafen in Deutschland auf Resonanz, insbesondere in parlamentarischen Kreisen, in der Wirtschaft und auch in der amtlichen Politik. Bereits die ersten Reaktionen auf die Einigungsbewegungen waren unterschiedlich ausgefallen; eine Parteien, Wirtschaft und amtliche Politik übergreifende einheitliche Bewegung schien angesichts der heterogenen Programme und der von ihnen mobilisierten gesellschaftlichen Gruppen vorläufig nicht möglich – im Gegenteil: Ansätze zu einer solchen Vereinheitlichung waren bis 1925 auf der Strecke geblieben.

Erst die von Stresemann entschieden verfochtene ‚Verständigungspolitik‘, wie sie sich gerade in den Locarno-Vereinbarungen ausdrückte, schien dann zu einem integrierenden Faktor der unterschiedlichen Bestrebungen zu werden⁸².

⁸² Nicht nur die Einigungsbestrebungen selbst interpretierten den (freilich mißverstandenen) Locarno-Vertrag als Beginn der politischen Verwirklichung ihrer Ziele, auch die wissenschaftliche Literatur identifiziert z. T. bis heute Verständigungspolitik und europäische Bewegung. Vgl. z. B. für die sozialistische Geschichtswissenschaft den Artikel ‚Paneuropa-Bewegung‘ in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd 2, S. 467.

II. Diskussionen um Einigungsbestrebungen in Deutschland 1925–1926

1. Stresemanns ‚Verständigungspolitik‘ und die Perspektive eines deutschen ‚Mitteleuropa‘

Als parlamentarisches Vorspiel zur Locarno-Politik debattierte im Mai 1925 der Reichstag über die Frage eines Sicherheitspaktes und über einen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Dabei sprachen verschiedene Redner auch das Problem einer europäischen Einigung, der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘, an¹.

Die Sprecher von Sozialdemokraten und DDP interpretierten den Gedanken der europäischen Verständigung als Alternative zu nationalegoistischer Machtentfaltung. Rudolf Breitscheid forderte für das Deutsche Reich eine Außenpolitik, die das Ziel konsequent verfolge, „sich gleichberechtigt einzuordnen in ein System europäischer Staaten“². Auch der Sprecher der DDP, Graf von Bernstorff, verlangte eine solche außenpolitische Orientierung, wobei er das paneuropäische Programm Coudenhoves deutlich ablehnte³.

Im Zentrum wurden solche Pläne offenbar nur vordergründig gebilligt. Zwar plädierte Kaas dafür, Deutschland möge sich an der Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung beteiligen⁴, und auch Bell empfahl, den Gedanken einer europäischen Einigung nicht von vornherein abzulehnen. Freilich solle dies „aus durchaus nationalen Erwägungen und vaterländischen Gründen“ geschehen, da ein Einigungsprozeß in Europa in engem Zusammenhang stehe „mit dem doch von uns allen heiß ersehnten Wiederaufbau unseres Vaterlandes, mit der Wiedererlangung unserer Freiheit und Selbständigkeit, mit unserem nationalen Wiederaufstieg, mit der Gesundung unserer Wirtschaft und Finanzen“⁵. Die auf dem Weg und mit dem Instrument einer Einigung zu erringende Gleichberechtigung sollte auf Europa nicht beschränkt bleiben, sondern sich gerade auch auf die Kolonien erstrecken. „Soll der Geist der Versöhnung und der Gerechtigkeit wirklich wieder den ihm gebührenden Platz in der Kulturwelt erhalten“, so formulierte Bell als Bedingung, „dann muß man auch auf Wiederherstellung unserer schwer gekränkten nationalen Ehre und Würde bedacht sein und unseren berechtigten kolonisatorischen Ansprüchen gerecht werden.“⁶

Sprachen sich auch Rheinbaben von der DVP und Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei grundsätzlich für den Gedanken einer europäischen Verständigung aus, wobei sie dem Coudenhoveschen Programm mit großer Skepsis begeg-

¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd 385, S. 1885 bis 1992.

² Sten. Ber. 385, S. 1893.

³ Sten. Ber. 385, S. 1934.

⁴ Sten. Ber. 385, S. 1906–1907.

⁵ Sten. Ber. 385, S. 1963.

⁶ Sten. Ber. 385, S. 1965.

neten⁷, so erhofften sie sich davon in erster Linie Vorteile bei der Lösung nationaler Fragen, so etwa des Problems deutscher Minderheiten im Ausland⁸.

Das Fernziel für eine Politik der europäischen Verständigung oder gar Einigung wurde zwar je nach der Parteirichtung unterschiedlich bestimmt. Der Weg zu einem Vereinigten Europa wurde hingegen nicht mit der Abgabe nationaler Souveränitätsrechte in Verbindung gebracht⁹, sondern im Gegenteil daran gemessen, ob und inwieweit über ihn nationale, revisionistische, wenn nicht gar neo-koloniale Ziele sich leichter erreichen ließen. Dabei schien eine europäische Politik der Ausöhnung und Verständigung im Reichstag grundsätzlich überparteiliche Zustimmung erwarten zu dürfen; in der spezifischen Ausprägung Coudenhoves traf der Europa-Gedanke allerdings überwiegend auf Ablehnung. Die Sprecher der Mitte-Rechts-Parteien verdächtigten ihn eines illusionären Internationalismus, der über die nationalen Interessen Deutschlands zu dominieren drohe, auf der Linken stieß man sich an dem ungeklärten, möglicherweise feindlichen Verhältnis ‚Pan-Europas‘ zum Völkerbund und zu England¹⁰.

Die in der Reichstagsdebatte überwiegend zutage getretene Absicht, den Gedanken der europäischen Verständigung als Instrument nationaler Politik – und das bedeutete in der Weimarer Republik: für eine Revision des Versailler Vertrages – einzusetzen, wurde auch von der amtlichen Außenpolitik geteilt, deren Kurs bis 1929 Stresemann maßgeblich bestimmte. Seine politische Konzeption, die als „liberaler Imperialismus“ bezeichnet werden kann¹¹, zielte darauf hin, Deutschland wieder in den Kreis der Großmächte aufsteigen zu lassen. Da für ihn die Anwendung militärischer Mittel ganz offensichtlich nicht zur Disposition stand, kalkulierte er die durch Krieg und Friedensvertrag nur mittelfristig geschwächte wirtschaftliche Kapazität Deutschlands als Produktions- und Absatzgebiet als wesentlichen Faktor für einen politischen Wiederaufstieg ein.

Eine enge Bindung an die wirtschaftlich-finanziell dominierenden Vereinigten Staaten sollte zur Grundlage für den wirtschaftlichen Machtzuwachs Deutschlands werden; das Dawes-Abkommen markierte 1924 einen ersten Erfolg dieser politischen Linie. In ihm kam die Parallelität finanzwirtschaftlicher und politischer Interessen zwischen beiden Staaten zum Ausdruck. So erwartete die amerikanische Seite nicht allein, den ungestörten Rückfluß der interalliierten Kriegsschulden zu sichern, sondern in erster Linie auch, über die Stabilisierung des wirtschaftlichen und politischen Systems in Deutschland die Grundlagen für eine dauerhafte Wirtschaftsexpansion im Zuge ihrer Open-Door-Policy in Europa zu schaffen¹². Umge-

⁷ Z. B. Rheinbaben, Sten. Ber. 385, S. 1919.

⁸ So etwa Lerchenfeld, Sten. Ber. 385, S. 1945.

⁹ Allenfalls weisen Formulierungen von Breitscheid (SPD) in eine solche Richtung.

¹⁰ Der Sprecher der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Schröder, warf in diesem Zusammenhang den Bankiers Frisch und Warburg vor, während des Ruhrkampfes unter der Parole ‚Paneuropa‘ versucht zu haben, die deutsche Wirtschaft der französischen anzugliedern. Sten. Ber. 385, S. 1981.

¹¹ Maxelon, Stresemann und Frankreich, S. 276.

¹² Dt Botsch Washington an AA, 5. 3. 1923, ZStA AA 42999, 73–74.

kehrt hoffte Stresemann, die Vereinigten Staaten am Wohlergehen ihres wichtigsten Schuldners zumindest solange zu interessieren bzw. im Dienste des deutschen Wiederaufstiegs zu engagieren, bis es Deutschland gelingen würde, die wiedergewonnene Wirtschafts- und Finanzkraft in die politische Revision des Versailler Vertrags vorwiegend in östlicher Richtung umzusetzen¹³.

Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen einer solchen letztlich gegen Frankreich und dessen osteuropäisches Bündnissystem gerichteten revisionspolitischen Perspektive, in deren Kalkül daneben auch Sowjetunion und Völkerbund als weitere wichtige außenpolitische Faktoren einbezogen wurden, bestand darin, daß dem französischen Sicherheitsbedürfnis hinreichend Rechnung getragen würde. Diesem Ziel dienten in erster Linie die Locarno-Vereinbarungen vom Oktober bzw. Dezember 1925, die die deutsche Westgrenze festschrieben, daneben aber auch das Bestreben Stresemanns, Frankreich wirtschaftlich eng an Deutschland zu binden. Die im Rahmen dieser Art von ‚Verständigungspolitik‘ entstehende deutsch-französische Wirtschaftsgemeinschaft war freilich keineswegs als Vorstufe einer europäischen Einigung zu verstehen, sondern erfüllte im Blick auf Deutschlands Revisionsziele im Osten lediglich eine instrumentale, wenn nicht gar transitorische Funktion. „Wenn Stresemann den Frieden bejahte und auf (begrenzte) deutsche Revisionsforderungen (im Osten und Südosten Europas) nicht verzichten wollte, dann gab es für eine intensive deutsch-französische ‚Verständigungspolitik‘ keine Alternative. Ohne Frankreichs Zustimmung war die (künftige) Großmachtposition und territoriale Arrondierung des Deutschen Reiches auf friedlichem Wege nicht zu verwirklichen“¹⁴.

Auf dem Weg zu einer solchen ‚Arrondierung‘ Deutschlands zu einer mitteleuropäischen Großmacht lag indes Österreich, dessen finanzielle Sanierung durch den Völkerbund in den Genfer Protokollen 1922 an die Bedingung geknüpft worden war, ohne Zustimmung der Garantiemächte seine politische Selbständigkeit nicht aufzugeben. Dies richtete sich gegen potentielle Anschlußversuche Österreichs an Deutschland.

Nicht zuletzt im Blick auf das Fernziel, diese Barriere für Deutschlands ‚Arrondierung‘ im Südosten zu überwinden, betrieb Stresemann den deutschen Eintritt in den Völkerbund, wobei er freilich – um nicht Argwohn zu erwecken – die Anschlußfrage als nicht aktuell zu bezeichnen sich bemühte¹⁵. Bei seinen Versuchen, auch den Völkerbund in den Dienst des Revisionismus zu stellen, führte Stresemann nur die Politik seiner Amtsvorgänger weiter. Bereits im Oktober 1920 hatte das Auswärtige Amt einen Antrag der Deutschen Liga für Völkerbund auf eine erhebliche Subvention mit der Begründung befürwortet, daß es die Liga benutzen wolle, um gegenüber den entsprechenden Organisationen im Ausland „den deutschen Standpunkt zur Geltung“ zu bringen und so überdies ein Bekenntnis zum Völkerbundsgedanken abzulegen, gerade weil Deutschland dem Völkerbund noch

¹³ Link, S. 276–277.

¹⁴ Maxelon, S. 291.

¹⁵ So z. B. gegenüber dem britischen Botschafter am 4. 6. 1925, PA NL Stresemann 272.

nicht angehörte. Daraufhin soll die Liga aus amtlichen Mitteln mit jährlich 450 000 Mark unterstützt worden sein¹⁶.

Auch die Völkerbundliga selbst verstand ihre Rolle als Instrument deutscher Revisionspolitik, als sie 1924 hervorhob: „Ist doch die Völkerbundligen-Bewegung der gegebene Schrittmacher für die Umformung des Völkerbundes in deutschem Sinne und demzufolge auch für die Unterhöhnung der Friedensverträge.“¹⁷

Wenn Stresemann bemüht war, den französischen Einfluß im Völkerbund allmählich zurückzudrängen und die Frage des Anschlusses Österreichs bis zu einer für Deutschland günstigeren Konstellation in Genf dilatorisch zu behandeln, so mußte er in der Zwischenzeit versuchen, die österreichische Frage für Deutschland offenzuhalten.

Die Tschechoslowakei unternahm aber seit den Friedensschlüssen mit französischer Unterstützung Vorstöße, mit Österreich eine Zollunion oder eine Wirtschaftsgemeinschaft einzugehen sowie die 1921 gegründete ‚Kleine Entente‘ zu einem wirtschaftlichen Bündnis auszubauen. Auswärtiges Amt und Deutsche Gesandtschaft in Wien machten sich darum fortlaufend gegenseitig auf die hier drohenden Gefahren aufmerksam¹⁸. „Es liegt auf der Hand“, instruierte Berlin die Gesandtschaft, „dass eine auch nur lose wirtschaftspolitische Einigung Österreichs mit den Nachfolgestaaten politisch und ideell dem Anschlußgedanken Abbruch tut, aber auch in rein wirtschaftspolitischer Beziehung die Stellung Deutschlands gegenüber jedem einzelnen der Nachfolgestaaten ungünstig beeinflussen müßte. Es entstände durch eine solche wirtschaftspolitische Einigung eine Art südöstliches Mitteleuropa unter Ausschluß Deutschlands, wie es nicht zuletzt auch der französischen Politik vorschwebt.“¹⁹

Die Tendenzen zu einer solchen Annäherung Österreichs an die Nachfolgestaaten schienen sich im Laufe des Jahres 1924 zu verstärken²⁰. Daraufhin gab die Gesandtschaft den Rat, in den deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen beschleunigt größere Zugeständnisse zu machen, „um die oesterreichisch-Wiener Balkaninteressen mit dem reichsdeutschen Bestreben eines gesteigerten Verkehrs nach Südosten zu beiderseitigem Nutzen in Einklang zu bringen“. Denn „je mehr Deutschland darauf bedacht ist, Wiens Stellung als Vermittlungsplatz für Geschäfte nach dem Süd-Osten zu erhalten und zu stärken, umso mehr wirkt es der Gefahr einer Donauföderation entgegen“²¹.

Auf diese Gefahr, die den deutschen wirtschaftlichen und politischen Expansionschancen gegenüber Südosteuropa drohte, reagierte Stresemann rasch und mit be-

¹⁶ Aufzeichnung 1. 10. 1920, PA Ref Vbd, Allg B 1a – allg, Bd 1, K 660060–61. Vgl. auch die Aufzeichnung über die „Bedeutung der Deutschen Liga für Völkerbund (Zur Vertretung vor dem Reichsrat)“, 24. 11. 1925, ebda Bd 3, K 660375–77.

¹⁷ Dt Liga für Vbd an AA, 10. 6. 1924, als Begründung der Bitte, das AA möge den RDI-Vorsitzenden Sorge zum Eintritt in ihr Präsidium bewegen, ebda Bd 2, K 660311–13.

¹⁸ Die Dt Ges Wien berichtete ab 1920 laufend über das „Einströmen von Entente-Kapital in Österreich“ und forderte zu deutschen Gegenmaßnahmen auf. Vgl. ZStA AA 43187.

¹⁹ AA an Dt Ges Wien, 18. 1. 1923, ZStA AA 42999, 2–7.

²⁰ Aktenvermerk 15. 11. 1924, ebda 96–97.

²¹ Dt Ges Wien an AA, 18. 11. 1924, ZStA AA 42999, 110–112.

merkwürdigen Methoden. Um Österreich an der Seite Deutschlands zu halten, schlug er ein das Nachbarland begünstigendes Zusatzabkommen zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag vor, das wegen der als bedrohlich empfundenen internationalen Situation umgehend durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 in Kraft gesetzt werden sollte. Als im Reichsinnenministerium gegenüber einem solchen Verfahren ernste verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht wurden, beschwor Stresemann in einem ausführlichen Schreiben Innenminister Dr. Jarres, „sich angesichts der geschilderten Zwangslage“ seiner Meinung anzuschließen, „daß eine Verordnung auf Grund Art. 48 den einzigen Weg aus diesem Dilemma bietet“²².

Denn bei einer Verzögerung des Zusatzabkommens drohten neben „unmittelbaren wirtschaftlichen Schädigungen“ – so Stresemann – „vor allem auch ernste politische Gefahren“. Angesichts der von Beneš, aber auch von Nitti betriebenen Donauföderationspläne müsse Deutschland „vor allem auf handelspolitischem Gebiet alles vermeiden . . . , was solche Pläne und Ziele in Österreich selbst fördern könnte. Dies wäre zweifellos der Fall, wenn Österreich durch uns in die Zwangslage versetzt wird, sein Wirtschaftsabkommen mit der Tschechoslowakei zugleich mit seinem neuen Zolltarif in Kraft zu setzen, ohne daß es auch gleichzeitig Deutschland gegenüber die für alle deutschen Exportwaren wichtigen Vertragsätze des deutsch-österreichischen Zusatzvertrages anwenden kann. Denn der österreichische Markt würde sich infolge des unvermeidlichen Ausbleibens der deutschen Waren zwangsläufig tschechoslowakischen Bezugsquellen zuwenden, was sowohl in Österreich als auch in der Tschechoslowakei eine Stärkung der oben geschilderten, auf enge wirtschaftliche Verbindungen zwischen diesen beiden Staaten gerichteten Bestrebungen zur Folge haben müßte“²³.

Stresemanns Aktivität in der österreichischen Frage beschränkte sich nun keineswegs auf solche Interventionen auf dem Felde bilateraler Handelsbeziehungen, wobei er die von der Weimarer Verfassung gebotenen Kompetenzen des Reichspräsidenten über Gebühr beanspruchen wollte. Er förderte zudem zielstrebig die Kapital- und Industrieverflechtung zwischen Deutschland und Österreich. Mehrfach wies die Gesandtschaft in Wien auf die Schlüsselposition der Alpinen Montan AG innerhalb der österreichischen Wirtschaft und auf deren wachsende Verflechtung mit tschechischen Eisenwerken hin²⁴. Darüber hinaus machte die Gesandtschaft in bezug auf den „Balkan“ darauf aufmerksam, „daß dieser gegenwärtig noch nicht stärker industrialisierte Markt angesichts der seit Kriegsbeginn eingetretenen industriellen Verschiebung heute für Deutschland ungleich höhere Bedeutung besitzt als 1914, und daß daher seine Offenhaltung für deutsche Produkte ein erhebliches deutsches Interesse darstellt“²⁵.

²² Stresemann an Jarres, 24. 11. 1924, ZStA AA 42999, 98–98 Rs.

²³ Ebd.

²⁴ Z. B. Dt Ges Wien an AA, 18. 11. 1924, ZStA AA 42999, 110–112.

²⁵ Dt Ges Wien an AA, 27. 1. 1924, ZStA AA 42999, 121–122.

Der Außenminister teilte die von der Gesandtschaft vorgetragene Meinung, „dass die Gründung von Interessengemeinschaften zwischen deutschen und österreichischen Industrien eines der geeignetsten Mittel sein dürfte, um den Anschluss Österreichs an Deutschland, soweit dieser unsererseits bewusst gefördert werden soll, wirksam vorzubereiten“²⁶, und setzte sich beim Reichswirtschaftsministerium für die Verwirklichung des Vorschlags ein, die Industrie beider Länder als Schrittmacher der deutschen Politik gegenüber Österreich und Südosteuropa zu verwenden²⁷.

Freilich durften solche Aktivitäten nicht an die Öffentlichkeit dringen, um die nach Westen gerichtete ‚Verständigungspolitik‘ nicht vorzeitig in Frage zu stellen. Angesichts der sorgsam beachteten Geheimhaltung all dieser Maßnahmen konnte der Eindruck entstehen, daß „der Anschlußgedanke von der Reichsregierung nicht die gebotene Förderung erfahre“ – wie es anfangs 1925 dem Auswärtigen Amt die Abgeordneten Hoetzsch (DNVP) und Stoecker (KPD) vorwarfen. Dem konnte das Amt freilich entgegenhalten, „was alles im Einzelnen in dieser Richtung schon geschehen sei und was an Maßnahmen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet noch unsererseits beabsichtigt werde“²⁸.

Aus der Diskrepanz zwischen der offen propagierten ‚Verständigungspolitik‘ gegenüber den westeuropäischen Ländern, namentlich Frankreich, und den zielstrebigem, allerdings den Blicken der Öffentlichkeit bewußt entzogenen Versuchen, den Weg für die Schaffung eines deutschen Mitteleuropa offenzuhalten, erklärt sich auch, daß die Locarno-Vereinbarungen als erster Schritt zu einer gesamteuropäischen Organisation mißverstanden werden konnten.

Im Unterschied zu Stresemann, der mit seiner ‚Verständigungspolitik‘ das Fernziel verfolgte, „in Frankreich (ebenso natürlich bei den übrigen Westmächten) die Bereitschaft für eine Revision der deutschen Ostgrenzen, d. h. für eine territoriale Verkleinerung Polens (und dann auch für den Anschluß Deutsch-Österreichs) zu fördern“²⁹, meinten Coudenhove-Kalergi wie auch der aus der parlamentarischen Interessengemeinschaft entstandene Verband für europäische Verständigung, den Locarno-Vertrag als Modell für eine Garantie der gesamteuropäischen Grenzen empfehlen zu können.

So rief Coudenhove zu einem ‚paneuropäischen Locarno‘ auf, d. h. „für die Schaffung eines zweiten Locarno-Paktes“, der – wie man im Auswärtigen Amt vermerkte – „das Friedenssystem von Locarno auf alle europäischen Staaten ausdehnen soll und der sich in seinen Gedankengängen und Bindungen stark dem Genfer Protokoll nähert. Vom deutschen Standpunkt scheint daher dem Aufruf und dem Plan des Grafen Coudenhove gegenüber größte Zurückhaltung geboten“³⁰.

Der von Coudenhove in den zwanziger Jahren in immer neuen Variationen vorge-

²⁶ Dt Ges Wien an AA, 21. 1. 1925, ZStA AA 42999, 141–141 Rs.

²⁷ AA an RWM, März 1925, ZStA AA 42999, 143–143 Rs.

²⁸ Aktennotiz 19. 2. 1925, ZStA AA 42999, 183–185.

²⁹ Maxelon S. 204–205.

³⁰ Aufzeichnung 12. 9. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 1.

tragene Gedanke, Paneuropa auf der Grundlage der durch die Friedensverträge entstandenen Nachkriegsordnung zu konstituieren und den anderen, außereuropäischen Machtgruppen entgegenzustellen, widersprach sowohl den langfristigen Zielen wie auch den Methoden der Revisionspolitik Stresemanns. Dessen politisches Kalkül baute zum einen auf eben jene, wenngleich nur temporär gedachte ‚Amerikanisierung‘ Deutschlands und Europas, die das Paneuropa-Programm verhindern wollte, zum andern auf jene im Berliner Vertrag 1926 erneuerte ‚östliche Rücken- deckung‘ seiner Westpolitik durch begrenzte deutsch-sowjetische Interessenparallelität gegenüber dem ‚Versailler System‘, auf dessen territorialen Ergebnissen Coudenhove die paneuropäische Union zu errichten gedachte. Dies macht erklärlich, weshalb Coudenhove von seiten Stresemanns wie der Ministerialbürokratie stets sehr distanziert beurteilt wurde und zu keinem Zeitpunkt materielle Förderung erfuhr³¹.

Im Gegensatz zur Paneuropa-Union erfreute sich hingegen die europäische Verständigungsaktion der ‚Interessengemeinschaft‘ der deutschen Parlamentarier über lange Zeit des Wohlwollens Stresemanns und teilweise auch der Bürokratie des Auswärtigen Amtes. Zwar war im Februar 1925 der auch vom AA behutsam geförderte Plan mißlungen, in einem deutschen Komitee Parlamentarier und Wirtschaftsführer im Dienste europäischer Kooperation zusammenzufassen³². Dennoch gelang es der Verständigungsaktion, ihre Attraktivität für die amtliche Politik zu erhalten. Nachdem im Frühjahr 1925 neben dem deutschen auch ein britisches und ein französisches Komitee gegründet waren, plante die „Deutsche Sektion für europäische Zusammenarbeit“ – wie sie sich inzwischen nannte –, sich zur Massenorganisation zu entwickeln, die der amtlichen Verständigungspolitik in der Öffentlichkeit den Weg bereiten sollte. „Die von der Regierung geführte Verständigungspolitik“ – so stellte Nossig noch vor dem Locarno-Vertrag dem AA in Aussicht – „würde nicht mehr auf die bisherigen inneren Widerstände stoßen, sondern von einer die öffentliche Stimmung beherrschenden, einheitlichen nationalen Riesenorganisation unterstützt werden . . . Der Verband kann demnach zu einem der Hauptinstrumente der Regierung auf innen- und außenpolitischem Gebiete werden.“³³

Im Auswärtigen Amt war man von der Aufwärtsentwicklung der parlamentarischen Verständigungsaktion sichtlich beeindruckt und hielt es immerhin für „zweckmäßig, sie mit einiger Zurückhaltung zu fördern, um die etwa zu Stande

³¹ Aufzeichnung 27. 6. 1928, ebda, Bd 2. Detaillierte Darstellung der Beurteilung Coudenhoves durch das AA bei Lippens, Europäische Einigungsidee, bes. S. 63–71 und 82–89, der allerdings die amtliche Stellung zur Paneuropa-Idee Coudenhoves mit der Einschätzung der europäischen Einigungsidee überhaupt gleichsetzt.

³² Graf Kessler an AA, 13. 2. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1. Als Mitglieder des Komitees waren in Aussicht genommen seitens der Parteien: Löbe, Bernstein (SPD); Schücking, Nuschke, Fischer (DDP); Bell, Marx (Z); Rheinhaben, Schnee, Kardorff (DVP); Hergt (DNVP); seitens der Wirtschaft: Duisberg, Deutsch, Carl Siemens, Bücher, Riesser, Edm. Stinnes, Ravené, Kalckreuth.

³³ Nossig an AA, 22. 5. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

kommende Organisation für andere Zwecke – eventuell ohne Nossig – zu verwenden“³⁴. Selbst der sonst so skeptische Bülow billigte nun dem Verband unter allen „paneuropäischen“ Bewegungen den bislang größten Erfolg zu. Er äußerte ein „wesentliches politisches Interesse“, „dass ein starkes Komitee für europäische Verständigung zustande kommt“, das er allerdings entschieden in den Dienst nicht nur der amtlichen Politik, sondern zugleich auch der wirtschaftlichen Spitzenverbände zu nehmen gedachte.

„Der Idealzustand wäre“, stellte er sich angesichts der heftigen Konkurrenz mehrerer europäischer Bestrebungen auf deutschem Boden vor, „dass eine von den verschiedenen Aposteln unabhängige Verständigungsaktion zustande käme, und dass jedenfalls die Geldgeber nicht die Apostel und ihre Impresarios direkt unterstützen, sondern in eine gemeinsame Kasse zahlen, von der aus nach Bedarf das jeweils aussichtsreichste Unternehmen unterstützt werden könnte und zwar im allgemeinen nur für einen bestimmten, vorher vereinbarten Zweck. Dann behielte man die ‚Bewegung‘ in der Hand und brauchte sich nicht mit der Person Nossig oder anderer zu identifizieren. Ob sich in diesem Sinne auf den Reichsverband, die anderen Spitzenverbände und die anderen möglichen Geldgeber einwirken liesse?“³⁵

Auch diesen neuerlichen Bemühungen des Auswärtigen Amtes, in die selbst Reichsgerichtspräsident Simons eingeschaltet wurde, eine von der amtlichen Politik und den wirtschaftlichen Spitzenverbänden gemeinsam getragene Förderung der Verständigungspolitik und ihrer parlamentarischen Grundlage zu erreichen, war jedoch kein Erfolg beschieden. Zwar begrüße man in Kreisen der Wirtschaft die Bildung eines solchen Verbandes, teilte Kastl vom RDI mit, doch solle „eine derartige Arbeit nur von Wirtschaftskreisen und nicht von Parlamentariern oder Politikern verfolgt werden“³⁶.

Die ablehnende Haltung des Reichsverbandes entzog auch den seitens einiger Großbanken unternommenen Ansätzen den Boden, den entstehenden Verband materiell kräftig zu fördern³⁷. Darüber hinaus ließ der weiter anhaltende Konflikt zwischen dem Verständigungsverband und Coudenhove-Kalergi das Interesse Bülows an der ganzen Aktion deutlich absinken und gab schließlich auch Simons Anlaß, aus dem Präsidium des Verbandes wieder auszuschcheiden, um nicht mit Rücksicht auf sein Amt als Präsident des Reichsgerichtes in „so unklare Verhältnisse“ gezogen zu werden³⁸.

Im Unterschied zur schwankenden Meinung in der Ministerialbürokratie konnte sich jedoch die von Nossig initiierte, von Schücking und Heile wesentlich getragene Arbeit des Verständigungskomitees dauerhaften Wohlwollens bei Stresemann selbst erfreuen. Als Heile im Juni 1926 seine Bitte um eine weitere amtliche Subvention

³⁴ Aufzeichnung 22. 5. 1925, ebda.

³⁵ Bülow an Ritter, 27. 5. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

³⁶ RDI an Nossig, 29. 5. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

³⁷ Über Verhandlungen mit der Disconto-Gesellschaft berichtet Nossig an AA (Bülow), 10. 6. 1925, ebda.

³⁸ Simons an Bülow, 15. 6. 1925, ebda.

seines Verbandes mit der Erklärung verknüpfte, „dass wir mit unserem Verbands nichts Anderes wollen als die dauernde, von innenpolitischen Schwankungen unabhängige Sicherung des durch den Namen Locarno gekennzeichneten derzeitigen Kurses der deutschen Aussenpolitik“³⁹, traf er eben die Erwartungen, die der Außenminister seinerseits in die Aktion setzte. „In weitesten Kreisen wird der von diesem Verband geplante Arbeit grosses Verständnis entgegengebracht“, schrieb Stresemann an Finanzminister Reinhold, „und es besteht die beste Aussicht durch diese planmässige Arbeit für den Gedanken einer europäischen Verständigung, wie sie durch unsere Politik in Locarno eingeleitet worden ist, die Zustimmung breiter Volkskreise zu gewinnen.“ Da es nicht gelungen sei, von anderer Seite – womit sicherlich auch die deutsche Wirtschaft gemeint war – ausreichende Mittel aufzubringen, bestünde für den Verband allerdings „die Gefahr, dass er seine Arbeit, die ich auch als Reichsaussenminister aufs lebhafteste begrüesse, und politisch für überaus nützlich und notwendig bezeichnen muss, aus Mangel an Mitteln nicht beginnen kann. Ich würde das gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der Entwicklung der europäischen Politik für besonders nachteilig halten“⁴⁰.

An der beständigen Sympathie Stresemanns für den Verband änderte sich auch nichts, als es über Ziel und Inhalt dessen, was als „Politik in Locarno“ zu verstehen sei, zu einem Dissens kam. Hatte der Aufruf des deutschen Verbandes im Frühjahr 1926 den Locarno-Vertrag als einen „Anfang“ bezeichnet, so präziserte der im September 1926 veröffentlichte Aufruf des ‚Internationalen Bundes für europäische Verständigung‘ dies zu der Forderung: „Schließlich muß das, was in Locarno dank der Initiative einiger Staaten geschaffen wurde, zu einem gemeinsamen Unternehmen ganz Europas werden.“⁴¹

Im AA hingegen betonte man den im Dienste revisionistischer Ziele instrumentalen Charakter des Locarno-Vertrages, der jeden Gedanken an ein entsprechendes ‚Ost-Locarno‘ oder gar ‚paneuropäisches Locarno‘ von vornherein ausschloß, und bestand auf Änderung dieser Formulierungen in den Aufrufen der Aktion. „Wie nochmals nachdrücklich betont werden muß“, begründete das Amt seine Forderung, „ist das Abkommen von Locarno kein Versuch, sondern ein Ergebnis, das auch nicht aus den Bemühungen des Völkerbundes, sondern aus der Initiative der Deutschen Regierung hervorgegangen ist.“⁴²

Für die der amtlichen deutschen Auffassung widersprechende Locarno-Fehlinterpretation wurde innerhalb des Verbandes Nossig verantwortlich gemacht, der wegen offenbar unüberbrückbarer Differenzen zu Heile in den folgenden Monaten aus der deutschen Organisation hinausgedrängt wurde. In der Sache entsprach die im internationalen Aufruf verbreitete Version über Locarno auch keineswegs den Vorstellungen Schückings und Heiles, die den Gedanken einer internationalen Ver-

³⁹ Heile an AA, 22. 6. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 2.

⁴⁰ Stresemann an RFM (Reinhold), 28. 5. 1926, ebda.

⁴¹ Für europäische Verständigung, S. 9, 20.

⁴² AA an Nossig, 12. 10. 1926, ebda.

ständigkeit mit völkerrechtlich gebundenen, auf friedlichem Wege zu erstrebenden Revisionszielen sehr wohl zu vereinbaren wußten⁴³. Beide kamen darin der Linie Stresemanns nahe, und dieser sah auch keinen Anlaß, seine Bemühungen um Förderung des Verbandes zu vermindern⁴⁴.

In seinen nachhaltigen Versuchen, der ‚Verständigungspolitik‘ parlamentarische Basis und Rückhalt in der öffentlichen Meinung zu sichern, schien Stresemann umso mehr bestärkt, je geringer die Aussichten wurden, in Fragen der europäischen Verständigung zu einem „Arrangement zwischen industriellem und politischem System“⁴⁵ zu gelangen. Eine amtliche Förderung der von Bankiers und einigen Industriellen⁴⁶ maßgeblich getragenen Paneuropa-Union kam wegen programmatischer Differenzen nicht in Betracht; die vom AA überwiegend gebilligten, zeitweilig auch geförderten Ansätze, die ‚Interessengemeinschaft‘ bzw. den ‚Verband für europäische Verständigung‘ zum organisatorischen Dach einer die öffentliche Meinung, amtliche Politik und wirtschaftliche Interessen übergreifenden Verständigungsaktion zu entwickeln, waren immer wieder am Widerstand wirtschaftlicher Spitzenverbände gescheitert.

Die Gründe für die Verweigerung der Großindustrie und des Großhandels sind zunächst in der Polarisierung ihrer handelspolitischen Interessen, sodann in ihrem Verhältnis zum politischen System der Ära Stresemann zu suchen.

2. Die deutsche Wirtschaft zwischen Weltmarktinteressen und Binnenmarktorientierung

Von den grundlegenden Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft im und nach dem Ersten Weltkrieg sind die einzelnen Sektoren der deutschen Wirtschaft unterschiedlich betroffen worden⁴⁷. Die durch den Krieg beschleunigte Steigerung der Kapazitäten industrieller und agrarischer Produktion in außereuropäischen Ländern beeinträchtigte zwar sowohl die traditionellen Marktchancen der deutschen Exportindustrien auf dem Weltmarkt wie auch die Behauptung des Binnenmarktes für die inländische Agrarwirtschaft⁴⁸. Doch gelang es den einzelnen Zweigen der industriellen Halb- und Fertigwarenproduktion, durch kapitalintensive Rationali-

⁴³ Bezüglich Schücking siehe Acker, S. 186–190; Heiles Auffassung geht hervor aus seinem Buch: Nationalstaat und Völkerbund, bes. S. 65.

⁴⁴ Nur Bülow gab die Empfehlung, angesichts der in den Verband investierten amtlichen Unterstützung die Frage des Rückzuges der Unterschrift des Reichskanzlers unter den Aufruf „in der Schwebe zu lassen“. Aufzeichnung 13. 10. 1926, PA Ref Vbd Allg B 2, Bd 2.

⁴⁵ Vgl. Lothar Albertin, Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918–1928, in: Industrielles System, S. 658–674.

⁴⁶ Unter ihnen z. B. Robert Bosch und Richard Heilner. Vgl. Heuss, Robert Bosch, S. 523–525 und BA NL Gothein 50, 16–19.

⁴⁷ Vgl. Wolfram Fischer, Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, in: Industrielles System, S. 26–50.

⁴⁸ Dazu Harms, Die Strukturwandlungen (1928).

sierungsmaßnahmen die Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten seit der Stabilisierung der Währung und der Beseitigung der Handelsrestriktionen des Versailler Vertrages ab 1924 zunehmend zurückzugewinnen. Schwieriger stellte sich die Lage für die Grundstoffindustrien dar, deren Produktivitätsrate sich durch Rationalisierungen nur begrenzt steigern ließ. Um ihre Rentabilität auch bei verkleinertem Marktgebiet wenigstens zu erhalten, waren sie in erster Linie auf einen von ausländischer Konkurrenz abgeschirmten Binnenmarkt angewiesen, in dem ein hohes Preisniveau künstlich gesichert werden sollte.

Am stärksten war indessen die europäische Landwirtschaft von der Ausdehnung der Agrarproduktion in überseeischen Gebieten betroffen. Die mangelnde – sicherlich auch strukturell bedingte – Anpassung der deutschen Landwirtschaft an die veränderte Situation auf dem Agrarmarkt erschwerte hier wie auch in den agrarischen Staaten Südosteuropas die Bildung von Kapital, das in Modernisierung und Rationalisierung hätte umgesetzt werden können.

Angesichts dieser im einzelnen noch differenzierteren Interessenstruktur der deutschen Wirtschaft konnte der Aufbau und Ausbau eines die Exportindustrien begünstigenden Systems von Handelsverträgen auf der Grundlage des Meistbegünstigungsprinzips nur gelingen, solange den auf den Schutz des Binnenmarktes orientierten Wirtschaftssektoren, d. h. vornehmlich der Schwerindustrie und der Landwirtschaft, ausreichende Kompensationen geboten werden konnten. Einen solchen Interessenausgleich stellte einerseits das AVI-Abkommen zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie und der Eisen- und Stahlindustrie über Exportvergütungen, andererseits die Kleine Zolltarifvorlage dar, die sowohl der Großlandwirtschaft wie der Eisenindustrie erhebliche zollpolitische Vorteile garantierte⁴⁹.

Die auf Exportsteigerung orientierte Handelsvertragspolitik Deutschlands in den Jahren zwischen dem Dawes-Abkommen und dem deutsch-österreichischen Zollunionsprojekt beruhte somit auf einer sehr labilen Grundlage. Denn schon um 1925 reaktivierte die rheinisch-westfälische Schwerindustrie den traditionellen Solidarprotektionismus mit der Großlandwirtschaft, der sich gegen die Begünstigung der Exportinteressen richtete und mit den Mitteln des Schutzzolls und der Kartellierung den deutschen Binnenmarkt abzuschirmen und ertragreich zu gestalten suchte.

Im Solidarprotektionismus entstand damit eine Koalition wirtschaftlicher Interessen, in deren Rahmen sich die Beziehungen namentlich zwischen dem Langnam-Verein und der Großlandwirtschaft verdichteten und trotz aller Divergenzen – etwa über den deutsch-polnischen Handelsvertrag 1928 – jenes schwerindustriell-agrarische Machtkartell vorformte, das unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise zum Motor einer aktiven Mitteleuropa-Politik wurde.

Angesichts der hinter der Fassade des übergreifenden Reichsverbandes der deut-

⁴⁹ Vgl. Dirk Stegmann, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/25–29 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: *Industrielles System*, S. 499–513.

schen Industrie ablaufenden Polarisierung handelspolitischer Interessen überrascht nicht, daß die Haltung des Spitzenverbandes zur Frage einer möglichen europäischen Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet, d. h. einer europäischen Zollunion, nicht einheitlich ausfallen konnte.

Zwar verzichtete die Denkschrift des RDI über „Deutschlands Wirtschafts- und Finanzpolitik“ vom Dezember 1925 darauf, „den an sich durchaus begrüßenswerten Gedanken einer europäischen Zollunion näher zu erörtern“, hielt es aber für „notwendig, den Gedanken nicht nur zu verfolgen, sondern auch Untersuchungen darüber anzustellen, ob und inwieweit eine europäische Zollunion in absehbarer Zeit geschaffen werden“⁵⁰ könne.

Zum Studium dieser Frage war Ende 1925 unter Leitung des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Kastl ein Ausschuß eingesetzt worden, der der Handelspolitischen Kommission des RDI zugeordnet war. Anfang 1926 veranstaltete die Kommission eine vertrauliche Umfrage unter dreizehn führenden Mitgliedern der deutschen Industrie⁵¹. Ganz im Unterschied zu der günstigen Einstellung, wie sie der Formulierung in der für die Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift zu entnehmen war, distanzierte sich der RDI in dem vertraulichen Fragebogen vom Ziel einer Europäischen Zollunion, jedenfalls in der Form, in der sie von der „meist schlagwortartigen Propaganda“ gefordert werde.

Aus zwei Motiven – so hieß es – befasse sich der Reichsverband dennoch mit dieser Frage: Eben diese Propaganda gefährde die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Europas, da sie unerfüllbare Hoffnungen wecke. Die daraus entstehenden „Enttäuschungen können dann leicht den Anstoß für Gegenbestrebungen bilden, die in der Richtung wirtschaftlicher Absperrungsmaßnahmen gegen das Ausland verlaufen“. Ein solcher Protektionismus würde also die in der deutschen Industrie dominierenden Exportinteressen beeinträchtigen.

Neben der Absicht, die öffentliche Diskussion über eine europäische Zollunion „in den engen Rahmen sachlicher Arbeit einzuspannen“, sah der RDI darüber hinaus „auf dem weiten Wege zu diesem Ziel Möglichkeiten, die Beachtung verdienen“. Würden Zollmauern erniedrigt und Zollunionen gebildet werden, dann setzte dies eine internationale Nivellierung all der Faktoren voraus, durch die die industrielle Produktion in den einzelnen Ländern bislang unterschiedlich belastet oder gefördert werde. Zu diesen Faktoren zählten insbesondere das Steuer- und Abgabewesen, die Transporttarife und nicht zuletzt Inhalt und Ausmaß der staatlichen Sozialpolitik. „Auf diesen Gebieten eine internationale Annäherung und Angleichung der staatlichen Massnahmen herbeizuführen, um damit die internationale Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Industrien wieder allein auf die natürlichen Bedingungen der Produktion und die persönliche Leistung von Unternehmer und Arbeiter abzustellen, betrachten wir als die wesentliche Aufgabe, die wir fördern und einer Lösung entgegenführen wollen.“

⁵⁰ Zit. nach Europäische Zollunion, S. 6.

⁵¹ Entwurf und endgültiger Text des RDI-Fragebogens: BA R 13 XII/1.

Bei dieser Politik, die nicht allein die deutsche Wirtschaft von den internationalen Kriegsfolgelasten wie etwa den Reparationen befreien, sondern auch, wenn nicht gar vorrangig, den Abbau sozialpolitischer Errungenschaften der Weimarer Republik erleichtern sollte, gedachte sich der Reichsverband der internationalen Verständigungsbereitschaft in der Öffentlichkeit zu bedienen. „Solche Bestrebungen bedürfen in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung einen hervorragenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik jedes Landes ausübt, eines idealen Zieles“.

Bei der sachlichen Frage an die einzelnen Industriezweige, „ob eine Europäische Zollunion vom Standpunkt der deutschen Industrie überhaupt wünschenswert sei“, sollte davon ausgegangen werden, daß ein internationaler Ausgleich der seitens des Staates auferlegten Belastungen der Industrie, so etwa der interalliierten Schulden und Reparationen, der Steuern und der Sozialgesetzgebung bereits erfolgt sei, daß die Zollunion nur „das kontinentale Europa unter Ausschluss von Russland“ umfassen sollte, daß sie nach außen eine einheitliche Zollgrenze besitze und im Innern auf Binnenzölle grundsätzlich verzichte.

In seiner Antwort gab der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands⁵² zu bedenken, wie unterschiedlich die Produktionsbedingungen innerhalb der Branche seien, so daß es nur „sehr wenig Erzeugnisse der chemischen Industrie“ gebe, „für die im Hinblick auf die europäische Zollunion auch nur annähernd die gleichen Verhältnisse vorliegen.“ Gerade das Verhältnis von Inlandsabsatz und Export sei sehr unterschiedlich; die hohe Export- und Importabhängigkeit der deutschen Chemieproduktion bleibe auch im Falle einer europäischen Zollunion erhalten und werde schon dadurch beleuchtet, daß 1924 etwa 45 % des Chemieexportes und etwa 40 % des Chemieimportes Deutschlands mit Ländern außerhalb der angenommenen Zollunion abgewickelt wurden. Bei einer Europäischen Zollunion fänden überdies zahlreiche Zweige der chemischen Industrie günstigere Produktionsbedingungen in außerdeutschen Gebieten vor; einzelne Produkte bedürften auch weiterhin eines Zollschatzes gegenüber der Weltproduktion. Im ganzen sei allerdings ein Schutzzoll für die chemische Industrie nicht notwendig. Ohne die Frage nach der Wünschbarkeit einer europäischen Zollunion im allgemeinen zu beantworten, empfahl der Chemieverband doch als ersten Schritt, die Einfuhrzölle der vorgesehenen Zollunionsstaaten allmählich abzubauen.

Im Unterschied zur abwägenden Stellungnahme der chemischen Industrie fiel die Antwort der Eisen- und Stahlindustrie eindeutig ablehnend aus⁵³. Das materialreiche Gutachten stellte vor allem die für die französische Schwerindustrie günstigeren Produktionsbedingungen in den Vordergrund und betonte, in welch hohem

⁵² Ebda, BA R 13 I/209, 1–6.

⁵³ Dazu die eine europäische Zollunion betreffenden Ausführungen in der Sitzung des Hauptvorstandes des VDESI sowie des Fachgruppenausschusses der Eisen schaffenden Industrie beim RDI, BA R 13 I/100, 1–9 Rs und 10–71, bes. 67–68.

Maße die militärische Stärke eines jeden Landes von der Leistungsfähigkeit der nationalen Eisenindustrie abhängig sei. Ob andere Staaten bereit seien, zugunsten einer Zollunion auf den Schutz ihrer nationalen Schwerindustrie zu verzichten, sei darum zu bezweifeln. Bei einem Verzicht auf die deutschen Eisenzölle sei zu befürchten, daß die deutsche Eisenindustrie „allmählich auf die Hälfte ihrer Bedeutung herabsinken würde“. Zwar könnten durch „Organisationen zur Milderung oder Beseitigung des Wettbewerbs“, d. h. durch Kartelle, Syndikate und Trusts⁵⁴, die Nachteile einer Zollunion gemildert werden, doch ändere dies nichts an der Tatsache, daß „eine europäische Zollunion mit einem Abbau oder gar einer völligen Beseitigung der Zwischenzölle der deutschen Eisenindustrie ungeheuren Schaden bringen würde“ und darum grundsätzlich abzulehnen sei.

Die beiden, mehr als nur graduell sich unterscheidenden Stellungnahmen zu einer europäischen Zollunion beleuchteten die gravierenden Interessendivergenzen in der Frage der Zoll- und Handelspolitik innerhalb der deutschen Industrie⁵⁵. Angesichts der Kluft zwischen den auf den Weltmarkt drängenden Exportindustrien und den strikt binnenmarktorientierten Grundindustrien vermochte der RDI als Spitzenverband der deutschen Industrie um 1926 noch keine entschiedene Meinung zur europäischen Zollunion zu äußern. War er somit nach innen zu immobiler Distanz verurteilt, so schloß das doch nicht aus, daß der Reichsverband durch wohlwollende, wenngleich unverbindliche Stellungnahmen zur europäischen Einigung den Versuch unternahm, die in der ‚Paneuropa‘-Parole sich ausdrückende Verständigungsbereitschaft in der Öffentlichkeit seiner wirtschaftlich-politischen Strategie nutzbar zu machen und dabei nach außen Interessenkonflikte zu harmonisieren.

3. Die Idee einer Europäischen Zollunion im öffentlichen Widerstreit

In der kurzen Zeitspanne zwischen dem Locarno-Vertrag 1925 und der Weltwirtschaftskonferenz 1927 verdichtete sich die Diskussion über politische und wirtschaftliche Aspekte einer europäischen Verständigung. Dabei suchten sowohl die amtliche Politik wie die Industrie mögliche Ziele und Funktionen von Einigungsbestrebungen in Europas Wirtschaft und Politik zu bestimmen, um die von gesellschaftlichen Kräften maßgeblich initiierte und getragene Verständigungsbereitschaft eigenen Interessen unterordnen zu können.

Die öffentliche Debatte über Chancen, Funktion und Grenzen europäischer Ver-

⁵⁴ Den internationalen privatwirtschaftlichen Kartellvereinbarungen wies Reichert die Aufgabe zu, den durch die staatliche Handelsvertragspolitik verschärften Wettbewerb auf dem Weltmarkt für bestimmte Wirtschaftszweige zu mildern bzw. auszuschalten. Vgl. Jacob W. Reichert, Internationale Wirtschaftsverbände (Kartelle, Syndikate, Trusts), in: Das Werden in der Weltwirtschaft, S. 168–192, bes. 181–182.

⁵⁵ Ähnlich wie die chemische Industrie hatten offenbar auch die Braunkohlen-, die Maschinen- und die Elektroindustrie votiert; bei der Landwirtschaft hingegen stieß der Zollunionsgedanke auf Ablehnung. Stegmann, in: Industrielles System, S. 512.

ständigung und zwischenstaatlicher Einigung fand ihren Niederschlag in einem im Mai 1926 erschienenen Sammelband über die ‚Europäische Zollunion‘⁵⁶. Die dort vereinigten Beiträge enthüllen die Spannweite all der politischen Programme, die europäische Einigung oder zumindest Verständigung wenn nicht als Ziel, so doch überwiegend als Mittel zum Zweck einzusetzen beanspruchten und sich dabei eines je unterschiedlichen Verständnisses der Schlagwörter ‚Europa‘, ‚Paneuropa‘, ‚Mitteleuropa‘ und ‚europäische Zollunion‘ bedienen.

Dabei fällt nicht allein auf, daß die Beiträge zum Problem einer europäischen Zollunion die Vorschläge zu seiner Lösung beträchtlich überwiegen, sondern mehr noch, welche unterschiedlichen, ja gegensätzlichen politischen Lagern die wenigen Befürworter einer europäischen Zollunion angehörten. Zu ihnen zählten etwa der Mannheimer Professor Arthur Blaustein, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg die internationale Wirtschafts- und Kapitalverflechtung als „eine der stärksten Friedensgarantien im kapitalistischen Zeitalter“⁵⁷ interpretiert hatte, das Vorstandsmitglied des ADGB, Eggert, der sich eine „Verbesserung der Lebenshaltung der Volksmassen“⁵⁸ erhoffte, sowie der ‚Gouverneur z. D.‘ Heinrich Schnee, der damit Kolonien für Deutschland zurückzugewinnen trachtete⁵⁹.

Die fast ausschließlich von Nicht-Ökonomen vorgetragene wirtschaftliche Argumente zugunsten einer europäischen Zollunion wiederholten sich weitgehend. Von der Erweiterung des europäischen Binnenmarktes – die nach der Beseitigung aller Handelshemmnisse eintreten sollte – erhoffte man die Durchsetzung rationaler Arbeitsteilung in Europa, Steigerung von Produktivität durch vermehrte Rationalisierung und Vermehrung von Kaufkraft und Wohlstand.

Über geographischen Umfang und politische Zielrichtung eines solchen wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Europa gingen die Meinungen freilich weit auseinander. Daß eine Zollunion nichts anderes als eine Etappe zu einer freihändlerischen Weltwirtschaft darstellen sollte, war das Anliegen eines Teiles der Autoren. „Die Anhänger einer europäischen Zollunion, die sie eben mit dem Freihandelsargument ‚bewiesen‘ haben, werden kaum imstande sein, zu begründen, daß das Freihandelsargument gegen die außereuropäischen Staaten (oder nach dem engeren Paneuropa-Programm Coudenhoves sogar gegen England und Rußland) auf einmal nicht gelten soll“, schrieb Gustav Stolper⁶⁰, und auch Theodor Heuss⁶¹ warnte vor einer europäischen ‚Monroe-Doktrin‘ gegenüber den Vereinigten Staaten.

Unter den Autoren, die einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß auf europäische Gebiete beschränken wollten, blieben indessen Methode und Ziel einer Einigung umstritten. Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse in

⁵⁶ Europäische Zollunion, hrsg. von Hanns Heiman.

⁵⁷ Arthur Blaustein, *Die Lage Europas und die europäische Zollunion*, a. a. O., S. 268.

⁵⁸ W. Eggert, *Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion*, a. a. O., S. 99.

⁵⁹ Heinrich Schnee, *Die europäische Zollunion und die deutsche Außenpolitik*, a. a. O., S. 67.

⁶⁰ Gustav Stolper, *Staat – Nation – Wirtschaft. Zur Problematik der Europäischen Zollunion*, a. a. O., S. 47.

⁶¹ Theodor Heuss, *Der Einfluß von Krieg und Frieden auf das europäische Problem*, a. a. O., S. 35.

Europa konnte nach Ansicht von Max Cohen-Reuss⁶² und Georg Gothein⁶³ die gewünschte europäische Zollunion nur erreicht werden, wenn ihr eine Lösung der zentralen europäischen Frage, die Überwindung der Kluft zwischen dem revisionistischen und dem anti-revisionistischen ‚Lager‘, in Form einer deutsch-französischen Zollunion vorausgegangen wäre. Auch der Österreicher Richard Riedl⁶⁴ – ein entschiedener Anhänger des Anschlußgedankens – argumentierte in diese Richtung, obgleich er eine gesamteuropäische Union von vornherein für eine Utopie hielt und stattdessen den Abbau von Handelshemmnissen im regionalen Rahmen empfahl.

In schroffem Gegensatz zu einer solchen ‚paneuropäisch‘ orientierten Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich plädierten andere Autoren, unter ihnen der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, dafür, das Instrument der Zollunion zu nutzen, um ein deutsches ‚Mitteleuropa‘ als Grundlage für die wirtschaftliche und politische Expansion Deutschlands zu schaffen. „Anschluß nach dem Westen von Europa“ – so warnte Kalckreuth⁶⁵ – „bedeutet den Versuch, den Weltkrieg ungeschehen zu machen und die politische Spannung durch wirtschaftliche Annäherung zu überwinden. Dies scheint mir ein unmögliches Beginnen.“ Aus dem Kriegsausgang sei vielmehr zu folgern, daß Deutschland aus dem Wettlauf um den überseeischen Weltmarkt ausscheiden und „Entwicklungsmöglichkeiten in der anderen Richtung, nach dem bisher weniger erschlossenen Osten suchen“ müsse. Als ersten Schritt empfahl er, sich „von den Fesseln des heutigen Weltkapitalismus“ und aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt zu befreien, stattdessen den Binnenmarkt zielbewußt zu stärken, „damit das der Vergangenheit nachträumende und die Erkenntnis der Wirklichkeit scheuende Deutschland der Gegenwart nicht die Entwicklungsmöglichkeiten seiner künftigen wirtschaftlichen Grundlagen und damit auch seine Zukunft verträumt.“

Der Ansatz, die Zollunion als Instrument deutscher Expansion nach dem weniger entwickelten europäischen Osten und Südosten einzusetzen, wurde ergänzt durch die Ausführungen Heinrich Schnees, der diese Expansion auch auf außereuropäische Gebiete, insbesondere auf Afrika, auszudehnen beabsichtigte. In einer Beteiligung Deutschlands an einer gesamteuropäischen Ausbeutung des afrikanischen Kontinents könne sich das „wirtschaftliche Solidaritätsgefühl Europas“ entfalten; unter dieser Bedingung schien eine Übereinkunft mit westeuropäischen Staaten bei aller ‚mitteleuropäischen‘ Orientierung attraktiv und wünschenswert⁶⁶.

Europäische Solidarität in bezug auf eine gemeinsame Kolonialpolitik wurde frei-

⁶² Max Cohen-Reuss, *Schutzzoll und Freihandel innerhalb und außerhalb einer europäischen Zollunion*, a. a. O., S. 144.

⁶³ Georg Gothein, *Deutsch-französische Zollunion als Vorstufe der europäischen Zollunion*, a. a. O., S. 81.

⁶⁴ Richard Riedl, *Mögliche Wege zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, a. a. O., S. 181–182.

⁶⁵ Eberhard Kalckreuth, *Westeuropäische Zollunion – osteuropäische Zollunion?* A. a. O., S. 94–95.

⁶⁶ Schnee, a. a. O., S. 67.

lich nicht bloß von seiten der nationalen Rechten – ähnlich wie schon im Pan-europa-Programm Coudenhoves – gefordert; selbst ein sozialdemokratischer ‚Europäer‘ wie Wladimir Woytinsky – der spätere Leiter des Statistischen Büros des ADGB – konnte sich 1926 die Wirtschaft in den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ „ohne eine koloniale Basis“⁶⁷ nicht vorstellen.

Die sich hier immer deutlicher abzeichnende Tendenz, wirtschaftliche und politische Einigungen mehr oder minder bewußt als Instrument einer expansionistischen, letztlich imperialistischen Politik gegenüber weniger entwickelten Regionen in Europa oder in anderen Kontinenten einzusetzen, stieß sogleich auf Kritik. Der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Professor Franz Eulenburg⁶⁸ wies auf die gefährlichen Wirkungen wirtschaftlicher Zusammenschlüsse auf die Zukunftschancen weniger entwickelter Gebiete und Staaten hin. Unter den Bedingungen des internationalen Entwicklungsgefälles sei es „nicht angängig, ein junges Land von vornherein auf die vorhandenen Produktionszweige zu beschränken, die Erziehung neuer Industriezweige auszuschließen und dafür auf ältere Länder zu verweisen, wie die deutschen Industriellen es so gern tun.“ Gerade in solchen Ländern müßten „neue Industriezweige geschaffen werden, um der wachsenden Bevölkerung Beschäftigung zu geben, selbst auf die Gefahr hin, daß andere europäische Länder ihnen die Erzeugnisse hinreichend und besser zu liefern vermöchten. Es befinden sich eben die europäischen Staaten noch in verschiedenen Stadien der Entwicklung: jüngere Länder werden sich nicht abhalten lassen, selbst solche Gewerbe zu schaffen, die scheinbar von den älteren Ländern voll befriedigt werden können.“

Dem europäisch verbrämten Neo-Kolonialismus, der in den Programmen Coudenhoves, Woytinskys und Schnees zum Ausdruck kam, trat mit einer umfassenden Kritik ein weiterer Autor, Hans-Herbert Hohlfeld⁶⁹, entgegen. Zudem deckte er an Coudenhoves Entwurf die „Mängel an Sachkenntnis und realpolitischer Klarheit“ auf, bezeichnete sein ‚Paneuropa‘ als „Symptom für den tiefen Defaitismus der europäischen Menschheit des Jahres 1925“ und machte auf den merkwürdigen Befund aufmerksam, wie wenig gerade auch Autoren sozialistischer Richtung wie Eggert und Woytinsky sich der zu wünschenden oder zu befürchtenden gesellschaftspolitischen Begleiterscheinungen und Folgewirkungen eines übernationalen Zusammenschlusses in Europa annähmen.

Im ganzen hatten die mehr und mehr öffentlich geführten Debatten über politische und wirtschaftliche Aspekte der europäischen Einigungsbestrebungen in den Jahren 1925 und 1926 deren programmatische Heterogenität erwiesen. ‚Paneuropa‘, ‚europäische Verständigung‘ und auch ‚Mitteleuropa‘ bezeichneten kein von vornherein fixiertes politisches Programm, sondern boten sich unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, der amtlichen Politik und wirtschaftlichen Interessen-

⁶⁷ Woytinsky, Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 157.

⁶⁸ Franz Eulenburg, Gegen die Idee einer europäischen Zollunion, in: Europäische Zollunion, S. 118–119; ausführlicher sein Beitrag: Pan-Europa. Der Gedanke einer europäischen Zollunion, in: Das Werden in der Weltwirtschaft, S. 227–255.

⁶⁹ Hohlfeld, Zur Frage einer europäischen Zollunion, bes. S. 5, 55–59, 61–62.

gruppen als formelhafte Instrumente an, die sich zur Durchsetzung auch gegensätzlicher politischer und wirtschaftlicher Ziele eigneten.

Den mannigfachen Tendenzen, Einigungsidee und Einigungsbewegungen zugunsten heterogener Ziele zu funktionalisieren, bemühten sich Ende 1926 die Europa-Verbände entgegenzutreten, indem sie ihre Organisationen zu stabilisieren und ihre Programme eindeutiger zu bestimmen versuchten.

III. Einigungsbestrebungen im Konfliktfeld wirtschaftlicher Interessen und amtlicher Politik 1926–1929

1. Organisatorische Stabilisierung und programmatische Profilierung der Europa-Verbände 1926

Zunächst konstituierte sich im Frühjahr 1926 die Verständigungsaktion als ‚Verband für europäische Verständigung‘ und beteiligte sich dann an der Gründung des internationalen ‚Bundes für europäische Cooperation‘. Seit Wilhelm Heile im Frühjahr 1925 aus den Diensten Coudenhoves ausgeschieden und zur ‚Interessengemeinschaft‘ übergewechselt war, hatte in ihm die Verständigungsaktion unter Leitung Schückings einen rührigen Mitarbeiter gefunden, der den Urheber Nossig allmählich überrundete und anfangs 1927 ganz aus dem deutschen Komitee verdrängte.

Weder die Bemühungen der Aktion, die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Mitarbeit und Förderung zu gewinnen, noch die Versuche des Auswärtigen Amtes, über einen von Wirtschaft und amtlicher Politik unterhaltenen zentralen Fonds die Einigungsbewegungen im ganzen in den Griff zu bekommen, waren im Laufe des Jahres 1925 erfolgreich verlaufen. So mußte sich das Komitee mehr als bisher an die breite Öffentlichkeit wenden, um Rückhalt bei gesellschaftlichen Gruppierungen zu finden. Dabei knüpfte es an die in der Öffentlichkeit erst vereinzelte Bereitschaft zur Verständigung in Europa an, wie sie in Stresemanns amtlicher Locarno-Politik bereits zum Ausdruck gekommen war.

Als ‚Verband für europäische Verständigung‘ trat die Aktion im Frühjahr 1926 mit einem Aufruf¹ an die deutsche Öffentlichkeit. Er interpretierte Locarno als „Zeichen für die Aussöhnung der europäischen Völker“ und als einen „Anfang“ auf dem Wege zum „Zusammenschluß zu positiver Zusammenarbeit“ und forderte zu einer Sammlungsbewegung für „Sicherung der deutschen Interessen und Annäherung der Völker“ auf. Nach der Liste der Unterschriften schien es in der Tat gelungen zu sein, namhafte gesellschaftliche Gruppen, wirtschaftliche Verbände sowie Repräsentanten aller Parteien und politischer Richtungen mit Ausnahme der extremen Rechten und der KPD zu gewinnen. Seitens der Regierung hatten u. a. Reichswehrminister Geßler, Innenminister Külz, Reichskanzler Marx, Finanzminister Reinhold, Außenminister Stresemann sowie einige Minister von Landesregierungen wie der preußische Innenminister Carl Severing unterschrieben; daneben – angeführt von Reichstagspräsident Löbe – Parlamentarier vorwiegend der DDP, der SPD, aber auch des Zentrums und der DVP; auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Reichsverband des deutschen Handwerks sowie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften waren vertreten. Selbst aus Kreisen von Handel, Industrie und Banken war

¹ Für europäische Verständigung, S. 9–19; auch: Berliner Tageblatt, 28. 7. 1926.

Zustimmung gekommen: So von zahlreichen Handelskammer-Präsidenten, vom Hansa-Bund, vom ehemaligen RDI-Vorsitzenden Sorge sowie von den Bankiers Hans Fürstenberg (Berliner Handelsgesellschaft), Herbert Gutmann (Dresdner Bank) und Oscar Schlitter (Deutsche Bank).

Wenngleich wesentliche Kräfte der Gesellschaft der Weimarer Republik dem Aufruf zugestimmt hatten, so darf nicht übersehen werden, daß die nationale Rechte nicht gewonnen werden konnte, was bis zu einem gewissen Grade der Paneuropa-Union mit Hoetzsch von der DNVP gelungen war, und daß überdies nicht viel mehr als ein Bekenntnis zu einer ‚Verständigungspolitik‘ gefordert war, die nicht auf überstaatliche Integration Europas zielte, sondern – freilich mit friedlichen Mitteln – revisionistische Ziele anstrebte.

Die im Sommer 1926 folgenden Bemühungen des Verbandes, gemeinsam mit den sympathisierenden Komitees im Ausland einen internationalen Verband zu schaffen, wurden vom Auswärtigen Amt wiederum beträchtlich unterstützt. Dem Antrag Stresemann um eine Subvention in Höhe von 110 000 Mark vermochte das Finanzministerium zwar nicht in vollem Umfang nachzukommen; immerhin bewilligte es 25 000 Mark².

Allerdings belasteten die anhaltenden Differenzen zwischen dem VEV und Coudenhove-Kalergi die Vorbereitungen für eine Konstituierung namentlich in Frankreich, wo sich Herriot und Painlevé von zwei konkurrierenden Gruppen umworben sahen. Auch in Großbritannien kamen die Vorbereitungen nur schleppend voran, da man dort die europäischen Angelegenheiten in den Händen des Völkerbundes bzw. der Völkerbund-Ligen am besten aufgehoben sah.

Schließlich gelang es in den ersten Septembertagen 1926 in Genf, unter Beteiligung der britischen ‚League of Nations Union‘, eine internationale ‚Fédération pour l’Entente Européenne‘ ins Leben zu rufen³. Wenngleich Nossig die Konstituierung des Bundes als vollen „Sieg über das Paneuropäische Programm, das Hr. Reichstagspräsident Loebe zur Sprache gebracht hatte“, interpretieren wollte, so mußte doch auffallen, daß es wiederum dem neuen Verband nicht gelungen war, auch die nationale Rechte – die sich in der ‚Paneuropa-Union‘ eher heimisch fühlte – zu beteiligen. Unter dem Eindruck, daß die in den nationalen Komitees wirkenden Repräsentanten der Rechten wie Carl Cremer von der DVP, der Franzose François-Poncet und der Engländer Chamberlain an der Tagung am Sitz des Völkerbundes offenbar demonstrativ nicht teilgenommen hatten, sah Wilhelm Heile die Gefahr von „pazifistischen Kundgebungen linksgerichteter Kreise“ gegeben und richtete seine Hoffnung darauf, daß der für den kommenden Monat geplante Kongreß der konkurrierenden ‚Paneuropa-Union‘ in Wien mit einem „eklatanten Mißerfolg“ enden werde⁴.

Der von der Gründungsversammlung verabschiedete Aufruf „An alle Völker Euro-

² PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 2.

³ Europäische Cooperation, S. 5.

⁴ Dt Kons Genf an AA, 5. 9. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 2.

pas!“⁵ stellte ganz offensichtlich einen Kompromiß zwischen französischer und deutscher Auffassung dar. Deutlicher als im Aufruf des deutschen Verbandes vom Frühjahr 1926 forderte der internationale Bund, „was in Locarno dank der Initiative einiger Staaten geschaffen wurde, (müsse) zu einem gemeinsamen Unternehmen ganz Europas werden“ – eine Formulierung, für die das Auswärtige Amt die deutschen Repräsentanten zur Rechenschaft zog. Einig war man sich in Genf hingegen in der Distanz zu Coudenhoves ‚Paneuropa‘; da das Ziel „nur in der endgültigen Stabilisierung des Weltfriedens bestehen“ könne, wurde „jedes Streben nach einem kontinentalen Imperialismus“ abgelehnt.

Nachdem sich in Deutschland die Anhänger einer europäischen Verständigung organisiert und zusammen mit Briten und Franzosen bereits einen internationalen Dachverband gegründet hatten, schien es auch Coudenhove „höchste Zeit, eine feste Zentralorganisation zu schaffen, um eine Zersplitterung der Bewegung zu verhindern“. In den verschiedenen Staaten hätten sich nämlich „spontan Paneuropa-Komitees gebildet ohne genügenden Kontakt mit der Zentrale; und in manchen Ländern bewarben sich sogar rivalisierende Gruppen um meine Anerkennung“⁶ – so aus der Perspektive Coudenhoves.

Unterschlagen wurde mit dieser Formulierung, daß den ‚rivalisierenden Gruppen‘ gerade in Deutschland an einer Anerkennung und Autorisierung durch den Urheber der Paneuropa-Bewegung schon deshalb nicht gelegen sein konnte, weil sie sich als mitteleuropäisch-regionale bzw. pazifistisch-universale Konkurrenz zur kontinentaleuropäisch und anti-demokratisch orientierten Paneuropa-Union verstanden. Für die Selbsteinschätzung Coudenhoves ist bezeichnend, daß in seinen zahlreichen Erinnerungen die Auseinandersetzungen mit anderen Europa-Verbänden, insbesondere mit der in Deutschland politisch mindestens ebenso bedeutenden Interessengemeinschaft der Parlamentarier bzw. mit dem späteren Verband für europäische Verständigung gänzlich verschwiegen und ihm nicht genehme Konkurrenten wie Georg Gothein vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und Professor Walther Schücking von der liberal inspirierten Verständigungsaktion namentlich gar nicht erst genannt werden. Vorwürfe, Coudenhove wolle sich in der europäischen Bewegung „als der Gott fühlen, der keine Götter neben sich duldet“⁷, wurden von verschiedener Seite erhoben und für die unfruchtbare Zersplitterung der Einigungsbestrebungen in den zwanziger Jahren verantwortlich gemacht⁸. Dies galt auch außerhalb Deutschlands. In Frankreich wolle man es keineswegs „länger mit ansehen“, berichtete beispielsweise Botschafter Hoesch⁹, „dass zum Beispiel Graf Coudenhove der Pan-Europa-Bewegung die Gesetze vorschreibe, die die Mit-

⁵ Für europäische Verständigung, S. 20–27.

⁶ Coudenhove-Kalergi, Kampf um Europa, S. 122.

⁷ So etwa Wilhelm Heile an Coudenhove, 23. 3. 1925, BA NL Heile 18.

⁸ Dazu z. B. Italiaander, Richard N. Coudenhove-Kalergi, S. 33: „So aber blieb die Paneuropa-Bewegung ein elitäres, ja fast autoritäres Ein-Mann-Institut“.

⁹ Hoesch an AA, 31. 3. 1927, PA Ref Vbd Allg B 2, Bd 4.

glieder der Organisation annehmen müssten, ob sie sie billigten oder nicht. Die europäische Verständigung sei kein Betätigungsfeld für Diktatoren“.

In dem Bemühen, die entstehende Europa-Bewegung in der Paneuropa-Union zu sammeln und auf sein Programm zu verpflichten, hatte Coudenhove zu einem Paneuropa-Kongreß eingeladen, der Anfang Oktober 1926 in Wien stattfand. Zwar wurde die theatralische Aufmachung der Tagung von verschiedener Seite belächelt, doch läßt sich nicht leugnen, daß der von Coudenhove geschickt inszenierte Kongreß die öffentliche Identifikation seines ‚Paneuropa‘ mit der europäischen Bewegung überhaupt entschieden gefördert hat¹⁰.

Zu diesem für Coudenhove bedeutsamen Erfolg trug die Popularisierung der ‚Paneuropa-Union‘ mit zeitgemäßen Techniken der Massenmobilisierung bei, so die zielbewußte Schaffung von Identifikationssymbolen¹¹ wie des auch als Flagge oder Wimpel erhältlichen ‚Paneuropa-Sonnenkreuzes‘, das die zahlreichen Publikationen des Paneuropa-Verlages zierte, eines ‚Paneuropa-Wahlspruches‘ und nicht zuletzt die konsequente Verwendung des einprägsamen Schlagwortes ‚Paneuropa‘ selbst. Versuche, die Bewegung in Form einer Europa-Partei an Wahlen teilnehmen zu lassen und die Mitglieder in eine Art ‚Paneuropa‘-Uniform einzukleiden, traten 1932 hinzu.

1926 waren solche Ansätze zur geführten Massenbewegung freilich noch nicht so offenkundig. Coudenhove war es immerhin gelungen, namhafte Vertreter des politischen und kulturellen Lebens vieler europäischer Staaten zur Teilnahme in Wien zu bewegen; so beteiligten sich von deutscher Seite Reichspräsident Löbe und der ehemalige Reichskanzler Wirth. Ein Grußtelegramm sandte zwar Briand, nicht aber Stresemann. Um die Organisation zu festigen, wurde ein aus den Vorsitzenden der Nationalkomitees bestehender Zentralrat gebildet, als Präsident der Paneuropa-Union Coudenhove selbst durch Akklamation gewählt¹². Die politisch-programmatische Tendenz der Organisation wurde nicht allein durch die Einladung an Alexander Kerenski unterstrichen, der nach den Worten Coudenhoves „die russische Demokratie“¹³ in Wien vertrat, sondern gerade auch durch einen öffentlich ausgetragenen Konflikt über das für ‚Paneuropa‘ geltende Demokratieverständnis.

So hatte Coudenhove den ihm aus der ‚Aktivismus‘-Bewegung verbundenen Kurt Hiller gewonnen, der vom „neoaristokratischen oder logokratischen Standpunkt aus“ „die Problematik des demokratischen Prinzips“¹⁴ in einem Vortrag über ‚Demokratie?‘ erörtern sollte. Als der Redner Demokratie als „das kolossale Vorurteil unserer Zeit“, als „Götze(n) der Mehrheit, also der Mittelmäßigkeit“ bezeichnete und voraussagte, „daß nicht eher Paneuropa kommen wird und Friede kommen wird . . . , als dieser Götze gestürzt“ und durch die auf Nietzsche sich gründende

¹⁰ Z. B. Dt Ges Wien (Lerchenfeld) an AA, 8. 10. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 1.

¹¹ Vgl. Coudenhove, Kampf um Europa, S. 98.

¹² Kampf um Europa, S. 122–124.

¹³ Ebda.

¹⁴ Hiller, Ratioaktiv, S. 60.

aristokratische ‚Herrschaft der Besten‘ ersetzt werde, provozierte er den heftigen Widerspruch des präsidierenden Sozialdemokraten Paul Löbe, der die Demokratie als ‚Auslese der Besten‘ zu verteidigen suchte.

Nachdem Coudenhoves Bemühen, den internationalen Pazifismus für sich zu gewinnen, gescheitert war und seiner Paneuropa-Union in Gestalt der namentlich von Liberalen getragenen Verständigungsbewegung eine auf breiter öffentlicher Resonanz beruhende Konkurrentin erwachsen war, wurde nun auch das Verhältnis zwischen der Paneuropa-Union und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einer Belastungsprobe unterworfen.

Coudenhove war zunächst bemüht gewesen, die programmatische Übereinstimmung von ‚Paneuropa‘ mit dem ‚Sozialismus‘ zu beweisen. Dabei versuchte er das „europäische Proletariat“ vor die Alternative zu stellen, „sich entweder mit seiner ganzen Macht für die Paneuropa-Bewegung einzusetzen und durch diese Zusammenfassung aller paneuropäischen Kräfte die rechtzeitige Einigung zu sichern – oder durch eine Spaltung der Bewegung in eine bürgerlich-kapitalistische und in eine proletarische die Aktion zu lähmen und so indirekt die Antieuropäer zu unterstützen“¹⁵. Diese Integrationstaktik erklärt auch, weshalb er für das im Mai 1926 geschaffene Präsidium der deutschen Gruppe Paul Löbe (neben den Abgeordneten Koch-Weser und Graf Lerchenfeld) gewinnen konnte¹⁶. Trotz der Popularität, die ‚Paneuropa‘ durch den Kongreß zumindest zeitweilig auch in der Presse errungen hatte, was zahlreiche Eintritte in die Organisation nach sich zog, mußte aber Coudenhove ein Jahr später eingestehen, daß „die Fortschritte der Paneuropa-Union weit hinter denen der Paneuropa-Bewegung zurückstehen“ und es nicht gelungen war, breitere Schichten, gerade aus den Reihen der Arbeiterschaft, zu gewinnen¹⁷.

Diese Entwicklung war freilich unter dem Eindruck des Propagandaerfolges der Wiener Tagung noch nicht abzusehen. Der VEV glaubte sich durch den Paneuropa-Kongreß in Zugzwang gesetzt und veranstaltete im November 1926 im Reichstagsgebäude zu Berlin eine entsprechende, auf öffentliche Wirkung ähnlich bedachte Kundgebung¹⁸. Im Unterschied zu der von Coudenhove straff geführten Paneuropa-Union offenbarten die in Berlin gehaltenen Reden erhebliche programmatische Divergenzen innerhalb des Verbandes für europäische Verständigung. Nicht Locarno, sondern den deutschen Eintritt in den Völkerbund nahm Schücking zum Anlaß, um als Ziel des Verbandes die „rechtliche Organisation der Staatenwelt“ zu bezeichnen. Zugleich unterstrich er die Konzeption des Verbandes als einer überparteilichen Sammlungsbewegung, weshalb man nach einem „pazifistischen Taufschein“ nicht frage. Wilhelm Kahl setzte hingegen die Akzente seiner Rede gänzlich anders. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war, wie Deutschland „aus der Tiefe zur Höhe“ kommen solle – worunter er nichts anderes als „Weltgeltung und Weltstellung“ verstehen wollte. Dazu schien ihm ‚Verständigungspolitik‘ die

¹⁵ Coudenhove, Paneuropa und Sozialismus, in: Vorwärts Nr. 351, 28. 7. 1925.

¹⁶ Vossische Zeitung, Nr. 237, 21. 5. 1926.

¹⁷ Berliner Börsen-Courier Nr. 463, 4. 10. 1927.

¹⁸ Für europäische Verständigung, S. 51–53.

geeignetste Methode. Weder er noch Ludwig Kaas vermochten über den Völkerbund Positives zu sagen. Angesichts dieser Spannungen zwischen rechtlich begründeter Völkerbundsorientierung und pragmatischem Kalkül unter dem Aspekt des nationalen Revisionismus, denen die ‚Verständigungspolitik‘ offensichtlich unterworfen war, forderte Heile – um die Integrationsfähigkeit des Verbandes besorgt – in seinem Schlußwort „Europäer aller Richtungen, Europäer aller Länder“ zur Einigkeit auf.

Im Gegensatz zur Paneuropa-Union fiel es dem Verband schwer, eine einheitliche Darstellung seines Programms in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Schon der mehrfache Wechsel des Namens – in dem man das Ziel der ‚Verständigung‘ zur viel weniger anspruchsvollen ‚Cooperation‘ herunterzuspielen versuchte – erschwerte die Identifikation des Verbandes, der nach den Vorstellungen Schückings nicht bloß ein Instrument, sondern zugleich auch „das Gewissen jeder deutschen Regierung“¹⁹ darstellen sollte, mit einem klaren Programm.

Ob es dem Verband gelingen würde, sich durch Gründung von Ortsgruppen, Provinzial- und Landesverbänden, durch eine Vielzahl von Arbeitsausschüssen und durch ein „bis ins letzte Dorf“²⁰ organisiertes Vortragswesen die gewünschte Resonanz in der Bevölkerung und damit eine eigenständige Grundlage in der Gesellschaft zu schaffen, mußte trotz der Beteiligung namhafter Persönlichkeiten und mächtiger Verbandsgruppen allein schon angesichts der wenig geschickten Propagandamethoden und der Heterogenität einzelner Programmelemente fraglich erscheinen.

Während die westeuropäisch orientierte Europa-Bewegung in die den französischen Anti-Revisionismus eher begünstigende Paneuropa-Union und in den stärker revisionistisch ausgerichteten Verband für europäische Verständigung gespalten war, mehrten sich im Laufe des Jahres 1926 die Anzeichen für eine ähnliche Polarisierung innerhalb der ‚mitteleuropäischen‘ Bewegung. Waren schon bei der ersten Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung im September 1925 die Gegensätze zwischen der von Hantos propagierten ‚Donauföderation‘ und der von Gothein vorgetragenen Forderung einer deutschen Beteiligung in südosteuropäischen Kombinationen aufgebrochen, so trat das AA im Frühjahr 1926 aus seiner Reserve gegenüber dem MWT heraus, als Hantos in Wien es unternahm, ein Mitteleuropa-Institut ohne deutsche Beteiligung zu gründen. Zwar billigte man im Amt das Bedenken der Gesandtschaft in Wien, wonach „eine allzu starke Betonung mitteleuropäischer Tendenzen“ geeignet sei, „in anderen Staaten Mißtrauen zu erregen“²¹, doch empfahl Lindner vom AA vorläufig, „daß wir, gleichgültig nach welcher Richtung die Aktion Meinel-Hantos (sic!) strebt, in dieser Bewegung die Finger haben und auf ihre Entwicklung jeden irgend möglichen Einfluß nehmen müßten“, zumal man „ihr gegenwärtig nicht Gleichwertiges gegenüberstellen“ könne²².

¹⁹ Ebda, S. 34.

²⁰ Ebda, S. 6.

²¹ Dt Ges Wien an AA, 27. 4. 1926, ZStA AA 42993, 68–69.

²² AA (Lindner) an Dt Ges Wien, 29. 7. 1926, ebda, 75–76.

Von nun an hielt es das Auswärtige Amt für zweckmäßig, „wenn das amtliche Interesse an den Veranstaltungen der M. E. W. T. ohne unmittelbare amtliche Beteiligung durch die persönliche Fühlungnahme mit den Mitgliedern der deutschen Gruppe und mit den deutschen Delegierten zu den Tagungen gewahrt bleiben könnte“²³. Hierfür erhielt die in Berlin konstituierte Deutsche Gruppe des MWT ab Dezember 1926 von Fall zu Fall Zuschüsse zu den Reisekosten; eine laufende pauschale Subvention durch das AA, wie sie dem Verband für europäische Verständigung in diesen Jahren gewährt wurde, ist dem MWT jedoch nicht zugeflossen²⁴.

2. Kalkulierte Distanz der deutschen Wirtschaft zur europäischen Bewegung 1925–1926

Als sich 1926 die verschiedenen europäischen Einigungsbestrebungen organisatorisch verfestigt und ihre Programme verdeutlicht hatten, war die Haltung der amtlichen Außenpolitik zu diesen Organisationen bereits weitgehend festgelegt. Im Unterschied hierzu hatte die deutsche Wirtschaft mehr Mühe, zu einer einheitlichen Stellungnahme zu finden, zumal sich einige namhafte Bankiers und Industrielle schon seit längerem in dem einen oder anderen Europa-Verband engagiert hatten. Der Einsatz einzelner Wirtschaftsführer wie Max Warburg, Robert Bosch, Richard Heilner oder Hermann Fischer repräsentierte jedoch nicht die offizielle Stellung der wirtschaftlichen Spitzenverbände zu der europäischen Einigungsbewegung. Zudem hatte schon der Sammelband zur ‚Europäischen Zollunion‘ auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, „der zwischen den programmatischen Erklärungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der etwas auffälligen Zurückhaltung besteht, mit der die deutsche Industrie in ihren wichtigsten Fachorganisationen und ihren berufensten Fachvertretern jede Möglichkeit einer Lösung der europäischen Zollunion – soweit Deutschland dazu beizutragen vermag – zu vertragen weiß“²⁵.

In der Tat entsprachen weder das öffentliche Engagement einzelner Wirtschaftsführer noch die betont positive Außendarstellung dem internen Verhalten des RDI zu den Einigungsbestrebungen. Die Europa-Verbände hatten – wie aus internen Rundschreiben hervorgeht – für die Spitzenverbände der Industrie und auch des Handels einen nur untergeordneten Stellenwert. So empfahlen RDI und DIHT im Juli 1926 in gleichlautenden Schreiben²⁶ generell Zurückhaltung gegenüber „Organisationen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa“. Aus Anlaß des Aufrufs des vorbereitenden Komitees zur Gründung eines ‚Europäischen Zollvereins‘ und der Ankündigung weiterer Mitteleuropäischer Wirtschaftstagungen

²³ AA an Graf Lerchenfeld, 13. 6. 1927, ZStA AA 42994, 49.

²⁴ Aufzeichnung 28. 6. 1927, ebda 56–57.

²⁵ Leon Zeitlin, Die europäische Zollunion als deutsches handelspolitisches Problem, in: Europäische Zollunion, S. 136–137.

²⁶ RDI-Rundschreiben, 24. 7. 1926, BA R 13 XII/1.

warnten sie vor der entstehenden Überorganisation, „die auch im Interesse der zu vertretenden wirtschaftlichen Gedanken vermieden werden sollte“.

Gegenüber den außerwirtschaftlichen Organisationen empfahlen die Spitzenverbände, sich innerwirtschaftlicher Instrumente wie der Internationalen Handelskammer zu bedienen, deren Ziel es war, Handelshemmnisse nicht nur in Europa, sondern auch in weltwirtschaftlichem Rahmen abzubauen.

Daß das ohnehin distanziert formulierte Rundschreiben einen offenbar mühsam errungenen Kompromiß darstellte, geht indes aus der für den Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller umredigierten Fassung hervor²⁷. Der positive Hinweis, wonach zumindest doch die Leitgedanken der europäischen Organisationen anerkannt würden, war dort von Reichert gestrichen worden. Er nahm dann auch das von Wirtschaftswissenschaftlern und Industriellen verfaßte Internationale Wirtschaftsmanifest²⁸ vom Oktober 1926 zum Anlaß, um für die „auf den inneren Markt pochenden Wirtschaftszweige der Industrie und der Landwirtschaft“²⁹ gegen die dort formulierten antiprotektionistischen Forderungen zu protestieren. Dabei leitete ihn die Sorge, die seit kurzem intensivierten Beziehungen zwischen Schwerindustrie und Großlandwirtschaft könnten, „nachdem die Silberbergrede vorausgegangen ist, unter solchen Kundgebungen leiden“³⁰. Der auf der Meistbegünstigung aufbauenden Handelsvertragspolitik sprach er jeglichen Erfolg ab und erhob die Forderung, auf dem Weg über eine rigorose Schutzzollpolitik die nach Deutschland einströmenden Kredite zu drosseln und die Reparationsleistungen auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Die innerwirtschaftliche Auseinandersetzung über Europa-Organisationen und Wirtschaftsmanifest gaben somit den industriellen Gruppen Auftrieb, die auf einen Ausbau des Solidarprotektionismus hinarbeiteten und später unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise nicht ohne Erfolg Verständigungsbemühungen und Handelsvertragssystem torpedierten.

Im September 1926 befaßte sich das Präsidium des RDI eingehender mit den einzelnen Europa-Organisationen³¹. Dabei lag ihm eine vermutlich von Kastl angefertigte Aufzeichnung über „die verschiedenen Organisationen auf dem Gebiete der paneuropäischen Bestrebungen“³² vor. Von den insgesamt fünfzehn Verbänden wurden Europäischer Zollverein und Mitteleuropäischer Wirtschaftsbund gänzlich negativ beurteilt. In bemerkenswertem Unterschied zu der im Juli noch geforderten Distanz wurden die Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen nun als „ernsthaftere Bestrebungen“ bezeichnet, obgleich man noch immer zweifelte, ob dort „die gesamtwirtschaftlichen deutschen Interessen in genügendem Masse zur Geltung“ ge-

²⁷ BA R 13 I/211, 121.

²⁸ BA NL Silverberg 226, 167 (20. 10. 1926).

²⁹ VDESI (Reichert) an die Gruppen des Vereins, 16. 11. 1926, BA R 13 I/212, 62–65.

³⁰ Vgl. Dirk Stegmann, Die Silberberg-Kontroverse 1926, in: Sozialgeschichte Heute, Festschrift Hans Rosenberg, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 594–610.

³¹ Geschäftliche Mitteilungen des RDI Nr. 26, 23. 9. 1926, lfd. Nr. 238, BA NL Silverberg 126, 120.

³² BA NL Silverberg 126, 121–130.

langten. Die übrigen Europa-Organisationen, darunter auch Coudenhoves Pan-europa-Union, erfuhren keinerlei positive Bewertung.

Hingegen wurde zum einen ein Präsidialbeschuß aus dem Jahr 1925 bekräftigt, wonach „nichts dagegen einzuwenden“ sei, wenn Robert Bosch und Bücher der Internationalen Gesellschaft für wirtschaftliche Verständigung (*Société internationale pour l'entente économique*) beiträten. Zum anderen empfahl der RDI für internationale Kontakte grundsätzlich nochmals unter der Regie von Handel und Industrie arbeitende Organisationen wie das von Mayrisch gegründete Deutsch-Französische Studienkomitee, die Internationale Handelskammer und – wenn gleich nur mit Einschränkung – die Weltwirtschaftskonferenz.

Den auf den Weltmarkt orientierten Exportindustrien und dem Handel standen damit die 1920 gegründete Internationale Handelskammer, der Deutschland 1925 beigetreten war³³, und die für 1927 geplante Weltwirtschaftskonferenz zur Verfügung.

Die binnenmarktorientierten Industriezweige hatten sich hingegen für internationale Kontakte eigene Gremien geschaffen, so für die Beziehungen zu Frankreich das Deutsch-Französische Studienkomitee. Diese kurz ‚Mayrisch-Komitee‘ benannte Institution war im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Internationale Rohstahlgemeinschaft³⁴ entstanden, die – wie die meisten der um 1925/27 gegründeten internationalen Kartelle – von der deutschen und französischen Industrie maßgeblich getragen war. Wesentliches Ziel dieser Absprache war, das Problem des angesichts der bestehenden Produktionskapazitäten verengten europäischen und internationalen Marktvolumens durch eine privatwirtschaftliche Absprache über Produktions- und Absatzquoten zu regeln.

Die Gründung der Rohstahlgemeinschaft wie anderer internationaler Kartelle wurde in den zwanziger Jahren namentlich von den Europa-Organisationen³⁵ als Ansatz zur wirtschaftlichen Integration Europas und als Beleg für industrielle Initiativen im Prozeß internationaler Verständigung interpretiert. Die Interessenlage, die zur Kartellvereinbarung geführt hat, legt jedoch eher den gegenteiligen Schluß nahe. Die Entstehungsgeschichte dieses Abkommens macht deutlich, wie sehr die Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Abbruch des Ruhrkampfes und dem Locarno-Vertrag ein Arrangement zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie unausweichlich hat werden lassen, um wenigstens zu einem *modus vivendi* unter den veränderten Konkurrenzbedingungen zu gelangen³⁶. Wie in anderen Fällen wurde auch dieses Kartell „in Form der

³³ Vgl. F. Demuth, Internationale Wirtschaftsvertretungen, in: *Das Werden in der Weltwirtschaft*, bes. S. 268–276.

³⁴ Jacques Bariéty, *Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen ‚schwerindustriellen Projekt‘ des Versailler Vertrages*, in: *Industrielles System*, S. 552–568.

³⁵ Z. B. Coudenhove-Kalergi, *Kampf um Europa*, S. 143–144; diese Interpretation ist weithin von der Sekundärliteratur übernommen worden, vgl. z. B. Brugmans, *L'idée européenne*, p. 49.

³⁶ Bariéty, in: *Industrielles System*, bes. S. 561.

sog. Territorial-Schutzverträge“ abgeschlossen, die die „Konkurrenz durch die Absperrung der Grenzen“ auszuschalten oder wenigstens zu beschränken suchten, „so als ob die Staaten eine prohibitive Schutzzollpolitik treiben würden“³⁷. Den unlöslichen Zusammenhang von internationaler Kartellierung, Schutzzollpolitik und Binnenmarktorientierung rückten zudem die Beteiligten selbst in den Vordergrund, um nicht falschen Erwartungen Vorschub zu leisten. So stellte der Geschäftsführer des VDESI, Reichert, unzweideutig heraus, „der Stahlpakt wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht der Eisenzoll in der seit dem Jahre 1879 bestehenden Höhe aufrecht erhalten geblieben wäre“, und fügte gegenüber dem Abgeordneten Quaatz warnend hinzu: „Sobald am Eisenzoll etwas geändert werden sollte, wird der Stahlpakt gekündigt werden.“³⁸ Eine Förderung internationaler Arbeitsteilung und Kooperation war durch die Kartellierung in aller Regel weder beabsichtigt noch als Folgewirkung zu erwarten³⁹. Als Vorstufen wirtschaftlicher Einigung werden sie darum schwerlich interpretiert werden dürfen.

Es überrascht angesichts der zu überbrückenden Interessengegensätze auch nicht, daß das Abkommen durch die Enthüllung der deutschen AVI-Vereinbarung und die folgenden französischen Reaktionen verzögert wurde und erst nach Vermittlung durch den gegenüber Deutschland und Frankreich neutralen luxemburgischen Industriellen Mayrisch im September 1926 abgeschlossen werden konnte.

Zu den Vermittlungsbemühungen Mayrischs ist auch das von ihm initiierte Studienkomitee zu rechnen, das noch vor der IRG zustandekam. Das AA wurde von dem Plan Mayrischs durch den ehemaligen Krupp-Direktor Bruhn im November 1925 in Kenntnis gesetzt⁴⁰. Er erklärte dem Amt die Absicht, „sowohl in Frankreich wie in Deutschland die Entgiftung der öffentlichen Meinung vorzunehmen“, wozu ein „von nationalem Geiste“ getragener deutsch-französischer Informationsausschuß mit Büros in Berlin und Paris zu gründen sei. Die Reichsregierung wurde um eine jährliche Subvention von 75 000 Mark gebeten, da angesichts der konjunkturellen Lage Handel, Industrie und Landwirtschaft zu einer Finanzierung nicht imstande seien.

Im AA billigte man zwar das mit der ‚Verständigungspolitik‘ übereinstimmende Ziel des geplanten Unternehmens, zog jedoch in Anbetracht der Initiatoren in Zweifel, „ob hier rein objektive Gesichtspunkte für die Gründung maßgebend“ seien. So wurden wenigstens für eventuelle Veröffentlichungen begrenzte Zuschüsse in Aussicht gestellt. Bereits Ende Januar 1926 erhielt das Amt die Mitteilung, daß die Finanzierung des Vorhabens innerhalb der Industrie gesichert sei⁴¹, was die Arbeit des Komitees allerdings der amtlichen Kontrolle entzogen hätte. Dies schien nicht unbedenklich, zumal das Frankreich-Referat daran interessiert war, daß bei der Verwirklichung des Planes „die schwerindustriellen Sonderinteressen,

³⁷ Horst Wagenführ, Internationale Kartelle und Europawirtschaft, in: E-W 3 (1932), S. 187.

³⁸ VDESI (Reichert) an Quaatz MdR, 1. 11. 1926, BA R 13 I/212, 95.

³⁹ Vgl. Wagenführ, in: E-W 3 (1932), S. 191–193.

⁴⁰ Aufzeichnung 7. 12. 1925, PA Pol II Fr-C, Bd 1, H 017868–74.

⁴¹ Aufzeichnung 24. 2. 1926, ebda H 017890–92.

denen er seine wirtschaftliche Fundierung zu verdanken scheint, nicht zu sehr in den Vordergrund kommen, beziehungsweise dass daraus etwas wird, was politisch nützt“. Bülow hingegen vermochte solche Bedenken nicht zu teilen und begrüßte die Fundierung des Vorhabens durch „solide wirtschaftliche Interessen“⁴².

Während zur selben Zeit der ‚Verband für europäische Verständigung‘ den Versuch als gescheitert ansehen mußte, Anhänger bei der nationalen Rechten und bei der Industrie, gerade der Schwerindustrie, zu gewinnen⁴³, machte die Botschaft in Paris auf die großen Chancen aufmerksam, im entstehenden Studienkomitee gerade die Rechtskreise beider Länder zusammenzubringen⁴⁴. Auch Bruhn trug die Bitte vor, solche Herren zu benennen, „die ohne gerade Parlamentarier zu sein, ausgesprochen rechts gerichtet und Anhänger der deutschnationalen Partei sind“⁴⁵. Bülow kam dem mit der Empfehlung nach, u. a. Fritz Thyssen und Reusch in den Ausschuß zu nehmen, und erklärte, daß das AA am Zustandekommen des Unternehmens großes Interesse habe⁴⁶.

Als sich das Deutsch-Französische Studienkomitee (Comité Franco-Allemand d'Information et de Documentation) am 30. 5. 1926 in Luxemburg unter der Ägide Mayrischs konstituierte⁴⁷, also noch über ein Vierteljahr vor dem Abschluß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, gehörten ihm von deutscher Seite unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatsministers von Nostitz-Wallwitz vorwiegend Vertreter der Schwerindustrie an wie Bruhn und v. Wilmowsky (Krupp), Poensgen (Vereinigte Stahlwerke) und später auch Karl Haniel (Gutehoffnungshütte). Die Deutsche Bank war mit v. Stauss vertreten, die Exportindustrien wurden durch v. Simson (IG Farben), Felix Deutsch und Hermann Bücher (AEG) repräsentiert. Aus Handelskammerkreisen kamen v. Mendelssohn (DIHT), Hagen (IHK Köln) und Abraham Frowein, damals zugleich Vizepräsident des RDI. Das AA informierte die deutschen Auslandsvertretungen über die Gründung des Komitees und verpflichtete sie auf die Version, es handle sich um ein „Unternehmen, das auf rein ideell-intellektueller Grundlage und unter Ausschaltung wirtschaftlicher Tendenzen eine Annäherung zwischen den Völkern herbeiführen soll“⁴⁸. Dafür konnte geltend gemacht werden, daß dem Komitee sowohl von deutscher wie von französischer Seite auch Persönlichkeiten aus Politik, Kunst und Wissenschaft angehörten, so etwa die Professoren Henri Lichtenberger und André Siegfried, Erwin von Bekkerath und Ernst Robert Curtius.

Der Initiator des Komitees, Emile Mayrisch, verfolgte offensichtlich das Ziel, über den engeren Bereich der deutsch-französischen Beziehungen hinaus eine europä-

⁴² Aufzeichnung 1. 3. 1926, ebda H 017881–82.

⁴³ Aufzeichnung 29. 3. 1926, ebda H 017902–03.

⁴⁴ Dt Botsch Paris an AA, 20. 3. 1926, ebda H 017904–06.

⁴⁵ Bruhn an AA (Bülow), 30. 3. 1926, ebda H 017915–16.

⁴⁶ AA (Bülow) an Bruhn, 26. 4. 1926, ebda H 017927–29.

⁴⁷ Dt Ges Luxemburg an AA, 30. 5. 1926, PA Pol II Fr-C, Bd 2, H 017957–58; siehe auch: H 017955 sowie die Druckschrift „Deutsch-Französisches Studienkomitee“ (um 1928), BA NL Rechberg 98.

ische Wirtschaftsunion auf dem Wege umfassender Holdinggesellschaften vorzubereiten⁴⁹. Im Unterschied hierzu betonte jedoch eine Information des Komitees, es gründe sich ausschließlich „auf die Idee des deutschen und französischen Nationalinteresses“, sei „streng auf die deutsch-französischen Beziehungen begrenzt“ und falle „nicht zusammen mit der Tätigkeit der verschiedenen Organisationen mit ‚europäischer‘ Tendenz“⁵⁰. Der politische und wirtschaftliche Akzent des Komitees verlagerte sich – wie das AA mit Argwohn vermerkte – in die Richtung einer anti-amerikanischen Entente. „Der Kontinent müsse sich . . . dagegen wehren, in die Abhängigkeit übermächtiger Kapitalkräfte der Welt zu geraten“, forderte der dem Komitee nahestehende Politiker Seydoux, und er erwartete von einer deutsch-französischen Allianz, sie würde in den großen europäischen Fragen gerade auf wirtschaftlichem Gebiete unüberwindlich werden⁵¹. In der Tat scheinen die Veranstaltungen des Komitees derartige Überlegungen gefördert zu haben, „deren Früchte auch auf anderem Gebiet zu reifen beginnen“, so daß sich das Studienkomitee schon im Dezember 1926 veranlaßt sah, vor übereilten Aktionen zu warnen⁵².

Das Studienkomitee bot so der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, neben der Rohstahlgemeinschaft den institutionellen Rahmen für Kontakte zur westeuropäischen, namentlich der französischen Industrie. Sie wurden auch über den Tod Mayrischs (1928) hinaus aufrechterhalten, wenngleich die deutschen Träger bzw. Sympathisanten des Komitees im Verlauf der Wirtschaftskrise offensichtlich wechselten, so daß zu Beginn der dreißiger Jahre nach dem schwindenden Interesse schwerindustrieller Kreise die Vertreter der Elektro- und chemischen Industrie zu dominieren schienen⁵³.

Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie verfügte daneben auch über ein Gremium, in dem die industriellen Beziehungen zu Österreich, d. h. in ‚mitteleuropäischer‘ Richtung koordiniert und geregelt werden konnten. Schon 1926 hatte der Langnam-Verein die Landesgruppe Rheinland (später mit Westfalen) der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft mitbegründet⁵⁴, die ihre Unabhängigkeit auch dann noch betonte, als sie sich 1927 mit den bestehenden Regionalverbänden in Bayern, Berlin, Hessen, Hessen-Nassau und Württemberg zur „DÖAG für das Reich“ mit dem Sitz in München zusammenschloß⁵⁵. Sie monopolisierte von Anfang an die Behandlung aller industriellen Fragen, die das Verhältnis zur österreichischen Wirtschaft betrafen; aus dem Wirtschaftsausschuß der Landesgruppe Rheinland-Westfalen, dessen Vorsitz im Dezember 1926 Max Schlenker vom Langnam-

⁴⁸ AA an dt Missionen, 11. 6. 1926, PA Pol II Fr-C, Bd 2, H 017963–64.

⁴⁹ Vgl. seine Ausführungen vor dem Komitee am 12./13. 12. 1927: ‚Les ententes économiques internationales et la paix‘, in: Emile Mayrisch, Précurseur, pp. 45–54.

⁵⁰ PA Pol II Fr-C, Bd 1, H 017919–26.

⁵¹ Dt Botsch Paris an AA, 9. 10. 1926, PA Pol II Fr-C, Bd 3, H 018157–61.

⁵² PA Pol II Fr-C, Bd 4, H 018317–32.

⁵³ Vgl. Bariéty/Bloch, Une tentative, in: RHMC 15 (1968), pp. 439–444.

⁵⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung der DÖAG München, 12. 6. 1926, ZStA DÖAG 13, 148–161.

⁵⁵ Protokoll über die Gründungsversammlung in Frankfurt a. M., 13. 5. 1927, ZStA DÖAG 13, 59–60.

Verein übernommen hatte⁵⁶, ging 1927 der ‚Reichswirtschaftsausschuß der DÖAG‘ hervor⁵⁷. In ihm blieb die rheinisch-westfälische Schwerindustrie bzw. der Langnam-Verein unter Schlenker dominierend, nachdem im Sommer 1927 der Versuch gescheitert war, den RDI und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Mitarbeit heranzuziehen.

Die Arbeit des Ausschusses wurde dabei von der Erwartung geleitet, „gerade in Hinsicht auf die überseeischen Exportkrisen und nach der allmählichen (sic!) Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse in den osteuropäischen Staaten (würden) die deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten und Aufgaben im nahen europäischen Osten an Bedeutung zunehmen“⁵⁸.

War es dem Langnam-Verein schon 1926 gelungen, auf die österreichische Industrie, insbesondere die Alpine Montan AG, Einfluß zu gewinnen, so benutzte er den harmlosen Rahmen der Arbeitsgemeinschaft, um den deutschen Kapitalextort nach Österreich zu koordinieren. Um eine Überfremdung der österreichischen Wirtschaft durch italienisches und amerikanisches Kapital zu verhindern, forderte er wiederholt „geeignete Massnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich“ und hielt vor allem „deutsche Kapital-Investitionen in Oesterreich und die Erweiterung seines Absatzgebietes“ für notwendig⁵⁹.

Diese vom Langnam-Verein betriebenen Ziele deckten sich weithin mit den langfristigen Absichten der Stresemannschen Revisionspolitik. Eine Parallelisierung der Bemühungen von amtlicher Politik und industriellem Interesse lag darum im Hinblick auf die deutsch-österreichischen Beziehungen und auf eine deutsche Südosteuropa-Politik nahe, und tatsächlich wurde die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft gleichermaßen von Seiten der Reichsregierung wie schwerindustrieller Interessenten subventioniert.

Eine vergleichbare Parallelisierung von amtlicher Politik und industriellen Interessen, wie sie in Richtung auf den ‚Anschluß‘ und später auf ein deutsches ‚Mittel-europa‘ praktiziert wurde, gelang jedoch nicht in bezug auf die nach Westen orientierten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Dem schwerindustriell dominierten Deutsch-Französischen Studienkomitee stand die amtliche Außenpolitik namentlich in der Ära Stresemann grundsätzlich reserviert gegenüber; umgekehrt war es nicht gelungen, die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft über ein Bekenntnis zu den Prinzipien der ‚Verständigungspolitik‘ hinaus zu einer Förderung des amtlich subventionierten VEV zu bewegen.

Selbst im Blick auf die deutsche Völkerbundspolitik verweigerte sich lange Zeit die Industrie den Bemühungen des Auswärtigen Amtes. Bereits im Juni 1924 hatte

⁵⁶ Sitzungsbericht über die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses und der Gesamtarbeitsgemeinschaft im Kölner Klub, 7. 12. 1926, ZStA DÖAG 14, 110–111.

⁵⁷ Niederschrift über den Verlauf der Jahresversammlung der DÖAG für Hessen und Hessen-Nassau, 13. 5. 1927, ZStA DÖAG 14, 35–52.

⁵⁸ Ebda.

⁵⁹ Z. B. 20. 3. 1928, ZStA DÖAG 15, 432–440.

Bülow auf Drängen der Deutschen Liga für Völkerbund versucht, den RDI-Vorsitzenden Kurt Sorge zum Eintritt in das Präsidium der Liga zu bewegen. Denn, so begründete dies das AA, „die Liga sei unser Völkerbundersatz und die Tätigkeit der internationalen Union der Völkerbundsligen wachse ständig an Bedeutung“⁶⁰.

Dem RDI war jedoch lediglich daran gelegen, über eine noch einzurichtende Institution informell und aus der Distanz die Veröffentlichungen des Völkerbundes sowie die Tätigkeit des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Abrüstungskommission zu verfolgen. Zwar gehörten dem Präsidium der Deutschen Liga bereits Schacht und Max Warburg an, doch konnte Sorge sich nicht entschließen, einen solchen für den RDI-Vorsitzenden damals spektakulären Schritt zu tun, den die amtliche Politik von ihm erwartete. So sehr Bülow auch das nationale Interesse Deutschlands an den wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes unterstrich, das „durch Beschickung der wirtschaftlichen Kommission des Weltverbandes der Völkerbundligen wesentlich gefördert werden“ könnte⁶¹, so wenig sah Sorge sich zu einem Beitritt in der Lage, denn er befürchtete, „daß ein solcher Schritt bei meinen noch bestehenden zahlreichen Bindungen zu Wirtschafts- und Fachverbänden zu Mißdeutungen oder Verstimmungen Anlaß geben könnte“⁶².

Dem persönlichen Motiv Sorgen lag freilich die allgemeinere Tatsache zugrunde, daß die Idee oder doch zumindest die Realität des Völkerbundes in weiten Teilen der Industrie heftig umstritten waren und wirtschaftlicher Pragmatismus keineswegs genügte, psychologische Hemmungen – auch im Blick auf die öffentliche Wirkung – zu überwinden. Selbst als der aus der Schwerindustrie stammende Kurt Sorge 1925 im Amt des RDI-Vorsitzenden durch den IG-Farben-Chef Carl Duisberg abgelöst worden war, trat im Verhältnis zum Völkerbund bzw. zur Völkerbund-Liga kein plötzlicher Wandel ein.

Erst Ende 1926 unternahm das AA – im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz – einen erneuten Vorstoß. Noch immer reserviert lautete die Antwort des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Kastl, „daß man innerhalb eines kleinen Kreises des Präsidiums sich wohl darüber verständigen könne, die Deutsche Liga zum individuellen Beitritt freizugeben, vielleicht sogar eine empfehlende Tendenz in die Besprechung hineinzubringen“⁶³. Auf Drängen Bülows um ideelle und materielle Förderung der Liga durch die deutsche Industrie gab Kastl zwar die Zusicherung, den Wunsch des Auswärtigen Amtes in der Präsidialsitzung des RDI im Dezember 1926 befürworten zu wollen⁶⁴. Doch erst im Februar 1928 wurden Moras vom RDI-Präsidium und Siegert vom DIHT in den Wirtschaftsausschuß der Liga gewählt⁶⁵, und es dauerte noch bis zum Dezember des Jahres, bis Handels-

⁶⁰ Aktennotiz Bülow, 24. 10. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 2, K 660292–94.

⁶¹ AA (Bülow) an RDI (v. Düring), 31. 10. 1924, ebda, K 660295–304.

⁶² Sorge an Dr. Ernst Wolff, 13. 11. 1924, ebda, K 660314–15.

⁶³ RDI an AA, 3. 11. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 3, K 660383–84.

⁶⁴ Kastl an AA (Bülow), 18. 11. 1926, ebda, K 660390.

⁶⁵ Protokoll des Wirtschaftsausschusses der Dt Liga für Vbd, 1. 2. 1928, PA Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 5, K 660439–43.

kammern und IG Farben sich für die Völkerbund-Liga interessiert zeigten⁶⁶. An der prekären finanziellen Lage der Liga scheint dieses Interesse indes nicht viel geändert zu haben. Noch im Jahresbericht 1929/30 beklagte die Deutsche Liga, „daß der Völkerbund auch heute noch in Deutschland als ein ‚Kind von Versailles‘ recht unbeliebt ist und daß es aus diesen Gründen schwer möglich ist, aus den Kreisen des Handels und der Industrie Mittel für die Werbearbeit der Liga zu erhalten“⁶⁷.

Bis 1927 bewahrten die wirtschaftlichen Spitzenverbände Distanz zu den einzelnen zwischenstaatlichen Einigungsbestrebungen. Weithin gelang es ihnen auch, die zwischen RDI und DIHT abgestimmte einheitliche Haltung gegenüber der amtlichen Politik wie gegenüber den eigenen Regional- und Fachgruppen zu bewahren. Nur im Falle der bilateral orientierten Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft, d. h. in der Vorbereitung des Anschlusses, deckten sich die Absichten der Reichsregierung mit dem Interesse einer Gruppierung innerhalb der Industrie, nämlich mit der auf ‚Mitteleuropa‘ gerichteten Kapital- und Industrieverflechtung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

Im übrigen blieben die von gesellschaftlichen Gruppen getragenen Einigungsbestrebungen schon wegen ihrer programmatischen Vielfalt und organisatorischen Heterogenität in internen Konflikten befangen, wodurch sie zumindest für die amtliche Politik zu leicht manipulierbaren und – mit Ausnahme der Völkerbund-Liga und des Verbandes für europäische Verständigung – nicht eben wichtigen Organisationen wurden. Auch von den wirtschaftlichen Spitzenverbänden konnten diese Bewegungen weithin vernachlässigt werden, zumal für notwendige internationale Kontakte den einzelnen Gruppierungen eigene Instrumente und Gremien zur Verfügung standen.

3. Versuch zur Kartellierung der Europa-Verbände 1927–1928

Die von Anfang an bestehende Aufsplitterung der Einigungsbestrebungen in Deutschland war im Herbst 1926 durch die Tagungen konkurrierender Organisationen, namentlich der Paneuropa-Union, des Verbandes für europäische Verständigung und der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung, öffentlich demonstriert worden; zusätzliche Spannungen in den einzelnen Verbänden vermehrten noch die Heterogenität der Programme der Einigungsbestrebungen.

In Frankreich stiftete dies einige Verwirrung, da sich namhafte Politiker immer wieder von den beiden Hauptkonkurrenten, der Paneuropa-Union und dem VEV, zugleich umworben sahen. Um diesen Zustand zu überwinden, schufen französische Parlamentarier und Politiker im März 1927 ein übergreifendes Verständigungskomitee, dessen Vorsitz wie schon in der *Fédération pour l'Entente Européenne* Emile Borel übernahm. Die Gründungsformel des neuen Komitees, so be-

⁶⁶ Vermerk 17. 12. 1928, ebda, K 660456.

⁶⁷ Jahresbericht Dt Liga für Vbd, 15. 7. 1930, ebda.

richtete Hoesch⁶⁸, sei „so allgemein gehalten, dass sie sich keineswegs festlegt auf den Verband für europäische Verständigung, sondern ebenso gut das Coudenhove-sche Paneuropa mitdecken kann“. Als Staatspräsident Doumergue das Ehrenpräsidium dieses Komitees übernahm, bat Heile das AA, den Reichspräsidenten Hindenburg zu einem entsprechenden Schritt zu veranlassen⁶⁹. Auf Rückfrage des Amtes betonte Hoesch nochmals die Unabhängigkeit des neuen französischen Komitees und übermittelte den dringlichen Wunsch Borels, „dass sich in Deutschland ein gleich repräsentatives und autoritatives Komitee bilden möge“⁷⁰.

Erst dieser vom Ausland ausgeübte Druck auf die deutschen Europa-Organisationen gab den Anstoß für die sich über ein dreiviertel Jahr hinziehenden Verhandlungen zwischen den einzelnen Verbänden mit dem Ziel, durch eine Kartellvereinbarung die ständigen Reibungen zwischen den Einigungsbestrebungen zu vermindern und womöglich sogar zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufinden. Schon Anfang April 1927 konferierten Coudenhove und Heile über eine mögliche Zusammenarbeit der von ihnen vertretenen Organisationen; freilich ohne Erfolg, da Coudenhove weiterhin auf seinem Führungsanspruch beharrte. Die gemeinsame Abneigung gegenüber Coudenhove führte bald danach Heile und Borel zu einer Reise nach Großbritannien, von der beide die Erkenntnis mitbrachten, daß nur eine enge Anlehnung an die Völkerbund-Ligen oder gar eine Fusion mit ihnen eine dauerhafte Kooperation verspreche.

Da sich Coudenhove weiteren Kartellverhandlungen einfach entzog, mußte Reichstagspräsident Paul Löbe eine Integration versuchen, zu der er aufgrund seiner Mitgliedschaft in beiden konkurrierenden Organisationen prädestiniert schien. Unter seiner Ägide mündeten die seit Sommer 1927 geführten Verhandlungen im Dezember des Jahres schließlich in ein „Deutsches Kartell für europäische Annäherung“⁷¹. Darin vereinbarten die Paneuropäische Union Deutschlands, der Verband für europäische Verständigung, der Europäische Zoll-Verein und der Deutsche Kulturbund, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit „in der Durchführung ihrer Aufgaben jede Polemik zu unterlassen, sich vielmehr gegenseitig zu unterstützen und sich über die Bearbeitung bestimmter Aufgaben zu verständigen“⁷².

Coudenhove freilich verhinderte auch diesmal eine gedeihliche Zusammenarbeit, indem er in Frankreich den Verband für europäische Verständigung als verkappte Anschlußbewegung zu dekouvrieren sich bemühte⁷³. Ein derartiger Vorwurf traf nun viel eher auf Löbe zu, der zugleich Vorsitzender des Österreichisch-Deutschen Volksbundes war. So trugen die fortgesetzten polemischen Angriffe Coudenhoves nicht nur zu einer immer engeren Verständigung zwischen deutschem und französischem Komitee und zur Konstituierung des internationalen „Bundes für europä-

⁶⁸ Dt Botsch Paris an AA, 15. 3. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 3.

⁶⁹ Heile an AA, 28. 3. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

⁷⁰ Hoesch an AA, 31. 3. 1927, ebda.

⁷¹ Heile an AA, 7. 12. 1927, ebda.

⁷² Kartellvereinbarung 19. 12. 1927, ebda.

⁷³ Heile an Schücking, 23. 2. 1928, BA NL Schücking 100.

ische Cooperation' (1928) bei⁷⁴, sie veranlaßten vor allem auch Paul Löbe, den Vorsitz der Paneuropa-Union Deutschlands niederzulegen, den dann Coudenhove selbst übernahm. Damit war das Kartell der Europa-Organisationen seiner Integrationsfigur beraubt; es zerfiel daraufhin noch im Laufe des Jahres 1928.

Der Zerfall des Kartells zwischen den Einigungsbestrebungen in Deutschland verhinderte, daß eine einheitliche, von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragene, mithin also selbständige Organisation entstehen konnte. Die einzelnen Verbände waren darum mehr als zuvor darauf angewiesen, Anlehnung bei mächtigen wirtschaftlichen und politischen Instanzen zu suchen. Damit boten sie sich zugleich als manipulierbare Instrumente im Dienste dieser Instanzen an.

4. Tendenzen zur Funktionalisierung von Einigungsbestrebungen durch wirtschaftliche Interessen und amtliche Politik 1927–1929

Antidemokratische Vorstellungen, die schon 1926 beim Wiener Paneuropa-Kongreß den Konflikt mit Löbe provoziert hatten, und der an französischen Zielen orientierte Anti-Revisionismus entfremdeten nun Coudenhove seiner Anhängerschaft in Deutschland, namentlich bei den Sozialdemokraten. Seine Anlehnungsversuche bei schwerindustriellen Kreisen ließen ihn anti-sozialistische und zunehmend auch antisowjetische Programmziele entwickeln⁷⁵. Daher warf ihm Kurt Hiller vor⁷⁶, er habe „mit der kapitalistischen Demokratie einen offenen Pakt geschlossen“, den „Anschluß der Paneuropäischen Union an die internationale Verschwörung gegen Sowjetrußland und gegen die soziale Revolution vollzogen“; Hiller erklärt seinen Austritt aus der Union.

In der Folgezeit befaßte sich die Paneuropa-Union vermehrt in detaillierten Untersuchungen mit der kolonialen Basis Paneuropas⁷⁷ und der „Besiedlungsfähigkeit Afrikas“⁷⁸. Coudenhove selbst versuchte die Angriffe der italienischen Zeitschrift ‚Antieuropa‘ dadurch zu parieren, daß er die ‚Antieuropäer‘ als „fascistischen Flügel der Paneuropa-Bewegung“⁷⁹ bezeichnete und so doch noch zu integrieren suchte. Diese von Coudenhove vertretene Meinung kann wohl nicht durchweg als repräsentativ für seine Anhängerschaft interpretiert werden.

Immerhin aber empfahl sich spätestens ab 1928/29 die Paneuropa-Union als anti-sozialistische Bewegung. Als der Linoleum-Industrielle Richard Heilner⁸⁰ die „riesige Zahl der sozialistischen Stimmen und drei Millionen kommunistische Stim-

⁷⁴ Europäische Cooperation, S. 3–4.

⁷⁵ Vgl. Coudenhoves Beiträge in: PE, Jahrgänge 1928 und 1929.

⁷⁶ Kurt Hiller contra Coudenhove. Zwei offene Briefe, in: PE 5 (1929) H. 7, S. 14–21.

⁷⁷ Coudenhove in: PE 5 (1929) H. 2.

⁷⁸ Alfred Zintgraff in: PE 5 (1929) H. 10.

⁷⁹ Coudenhove, Antieuropa, in: PE 6 (1930) H. 3.

⁸⁰ Vortrag auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Württembergischer Industrieller in Göppingen, 28. 11. 1928 über: Die deutsche Wirtschaft und der europäische Zusammenschluß, BA NL Gothein 50, 16–19.

men“ bei der Reichstagswahl 1928 beklagte und prognostizierte. Deutschland gehe „der inneren Revolution, den russischen Zuständen entgegen“, falls es weiterhin eine Politik der „Verelendung des inneren Marktes“ betreibe, forderte er, um solchen revolutionären Entwicklungen rechtzeitig Einhalt zu gebieten, die „Schaffung von Paneuropa“, und zwar zunächst in Form einer Zollunion, durch die Kaufkraft und Konsum der Massen gesteigert und damit politische Stabilität erreicht würde. Daß Europa dadurch in einen Gegensatz zu den USA oder Großbritannien geraten könnte, befürchtete Heilner nicht, zumal beide Staaten „auch politisch ein einiges und starkes Europa als Bollwerk gegen die russische Gefahr“ bräuchten. Um ein solches Programm zu unterstützen, rief Heilner jedenfalls zur Förderung der Paneuropa-Union auf und beabsichtigte auch, über den RDI bei der Reichsregierung entsprechende Schritte einzuleiten.

Inwieweit Coudenhove in diesen Jahren in industriellen Kreisen Deutschlands und Frankreichs tatsächlich Resonanz und Rückhalt gefunden hat, ist indes trotz der Sympathieerklärungen einzelner Industrieller und Bankiers nicht leicht nachprüfbar. Coudenhove selbst schreibt sich zu, paneuropäische Wirtschaftsgespräche zwischen einem französischen und einem deutschen Komitee namhafter Wirtschaftsführer zustandegebracht zu haben⁸¹, in denen alle Zweige der Industrie vertreten gewesen sein sollen. Außerdem war die Initiative zu dem die luxemburgische Paneuropa-Sektion konstituierenden Vortrag Coudenhoves von Mayrisch ausgegangen, der dann auch das Präsidium der dortigen Organisation übernahm⁸².

Hingegen fungierte Coudenhove weder als Mitglied des Deutsch-Französischen Studienkomitees noch klärt er in seinen Schriften das Verhältnis zwischen seinem ‚paneuropäischen Wirtschaftskomitee‘ und dem Studienkomitee auf. Da weiterhin die Mitgliederlisten beider Komitees bis auf fünf Personen⁸³ sich nicht decken, die Existenz des Coudenhoveschen Komitees bislang an keiner Stelle in privaten und amtlichen Akten erwähnt wurde, liegt die Annahme nahe, daß Coudenhove hier wie in anderen Fällen⁸⁴ individuelle Sympathieerklärungen einzelner Wirtschaftsführer und informelle Treffen zu einer Institution stilisiert hat, wie sie mit der offiziösen Distanz des RDI zur Paneuropa-Union und der potentiellen Konkurrenz zum Deutsch-Französischen Studienkomitee wohl kaum zu vereinbaren gewesen wäre.

Auch der Wert des Verbandes für europäische Verständigung wurde im Auswärtigen Amt, dem potentiell stärksten Interessenten, in der Zeit vor und nach dem

⁸¹ Coudenhove-Kalergi, Kampf um Europa, S. 142–145.

⁸² Ebda, S. 130.

⁸³ Théodore Laurent, de Peyerimhoff, Bücher, Poensgen, Stauss.

⁸⁴ So behauptet Coudenhove etwa, Stresemann sei „hinter den Kulissen“ einer der „größten Gönner“ der Paneuropa-Union gewesen (Kampf um Europa, S. 106, auch 138); ein Urteil, das die sozialistische Geschichtsschreibung umbesehen übernommen hat (z. B. Die bürgerlichen Parteien, Bd 2, S. 467). Aus den Akten des AA geht jedoch geradezu das Gegenteil hervor; z. B. Aufzeichnung 13. 9. 1928, PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2, wonach Stresemann eine Subvention der PU explizit abgelehnt hat. Vgl. dazu Lipgens, Europäische Einigungsidee, bes. S. 63–71.

Kartell der Europa-Organisationen skeptisch beurteilt. Immer wieder setzte das AA seine Hoffnungen hingegen auf ein wirtschaftliches Europa-Komitee unter Führung der amtlichen Politik und unterstützte darum den von Nossig im November 1926 präsentierten Plan⁸⁵, in Genf ein „Europäisches Wirtschaftskomitee“ zu schaffen. Unter Mitwirkung namhafter Industrieller wie Loucheur, Bücher und Duisberg sollte der Versuch gemacht werden, „die Wünsche des vorbereitenden Weltwirtschaftskongresses, der interparlamentarischen Union, der internationalen Handelskammer, von Paneuropa und des Mayrisch-Komitees und andere unter einen Hut zu bringen“⁸⁶. Dabei ging man von der sicherlich zutreffenden Erwägung aus, „eine den tatsächlichen Widerständen entsprechende europäische Bewegung (könne) . . . nur geschaffen werden, wenn die schon jetzt vorliegende Gemeinsamkeit der europäischen Wirtschaftsinteressen ein Organ findet, in dem diese Gemeinsamkeit konstatiert und entwickelt wird“.

Daß indes eine derartige Zusammenfassung aller politischen und wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen nicht realisiert werden konnte, erklärt sich aus der im Grunde unvereinbaren Heterogenität der Programme und Interessen, die immer wieder zutage getreten war. Indes brachten die einzelnen Europa-Verbände ähnlich illusionäre Pläne auch selbst hervor. So schlug Nossig im ‚Aktionsprogramm des Bundes für Europäische Verständigung‘ für 1926/27 vor, die Lösung der europäischen Kernfrage eines Ausgleichs zwischen revisionistischen und antirevisionistischen Staaten schlicht durch die Verkündung eines europäischen Gottesfriedens zu vertagen⁸⁷.

Dies macht verständlich, daß Köpke angesichts der von Stresemann wiederum beantragten Förderung des Verbandes zur Zurückhaltung mahnte, denn – so schrieb er⁸⁸ – „solange der Verband keine positive Arbeit leistet und sich ähnlich der gleichartigen Gründung des Grafen Coudenhove-Kalergi (Paneuropa) auf die Propagierung zwar recht idealer aber praktisch undurchführbarer Ideen beschränkt, erscheint eine amtliche Unterstützung seiner Bestrebungen nicht unbedenklich“.

Trotz dieser Meinungsäußerung aus der Ministerialbürokratie setzte sich aber Stresemann weiterhin für den Verband und dessen amtliche Subventionierung ein. Eine Aufzeichnung vom Januar 1927 betonte nochmals: „Der Herr Reichsaussenminister verspricht sich, wie er auch dem Verband schriftlich bestätigt hat, von der Arbeit dieser grossangelegten überparteilichen Organisation die Festigung der Grundlagen für die stetige folgerichtige Fortführung der deutschen Aussenpolitik. Auf Grund der Erfolge, die der Verband mit der Anregung zur Begründung gleichartiger Organisationen in nunmehr bereits 26 europäischen Staaten, vor allem Frankreich und England, jetzt erzielt hat, wünscht der Reichsaussenminister durch nachdrückliche materielle Unterstützung des Verbandes diesem die Möglichkeit weiterer für die deutsche Aussenpolitik wichtiger Erfolge zu verschaffen. Die Er-

⁸⁵ Nossig an AA, 3. 11. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 3.

⁸⁶ Aufzeichnung, 11. 12. 1926, ebda.

⁸⁷ Anlage zu Nossig an AA, 3. 11. 1926, ebda.

⁸⁸ Aufzeichnung 6. 1. 1927, ebda.

folge des Verbandes für europäische Verständigung bedeutet (sic!) eine Ebnung der Wege für die Aussenpolitik des Reiches, deren Ziel ja gleichfalls die europäische Verständigung auf der Grundlage der Freiheit und Gleichberechtigung der Nationen ist.“⁸⁹

Die nachdrücklich geäußerte Sympathie Stresemanns für den VEV beruhte nach wie vor auf weitestgehender Übereinstimmung zwischen dem Programm des Verbandes und der amtlichen Außenpolitik⁹⁰. Dies galt nicht allein in bezug auf die Einbeziehung Großbritanniens und der USA in das revisionspolitische Konzept Stresemanns, was eine kontinentaleuropäische Abschließung und eine Regionalisierung des Völkerbundes im Sinne der Vorschläge Coudenhoves ausschloß; dies galt auch für Stresemanns Haltung gegenüber der Sowjetunion. Da er aus revisionspolitischen Erwägungen an ungestörten, wenn nicht freundlichen deutsch-sowjetischen Beziehungen ungeachtet seiner Abneigung gegen den Kommunismus interessiert sein mußte, versuchte er demonstrativ noch vor dem deutschen Eintritt in den Völkerbund sowjetische Bedenken gegen die Locarno-Politik durch den Abschluß des Berliner Vertrages (1926) zu zerstreuen.

Im Gegensatz zu Coudenhoves prinzipiell anti-russischer wie anti-bolschewistischer Einstellung unternahm nach dem deutsch-sowjetischen Neutralitätsvertrag auch Nossig im Januar 1927 den wohl nicht sehr realistischen Versuch, die Sowjetunion zur Teilnahme an den Bestrebungen des VEV zu veranlassen. Dieses Ansinnen lehnte der sowjetische Botschafter Krestinski mit dem Hinweis auf die Nähe des Verbandes zu dem von sowjetischer Seite damals bekämpften Völkerbund ab⁹¹.

Stresemann hatte seine Absicht, über den VEV die öffentliche Meinung zugunsten seiner ‚Verständigungspolitik‘ zu mobilisieren, mit der Zusage einer laufenden hohen Subvention des Verbandes aus einem Fonds des Auswärtigen Amtes unterstrichen. Als sich dies nicht einhalten ließ, geriet der Verband finanziell immer mehr in die Klemme⁹². Daraufhin drängten die Ministerialbeamten im AA den Minister, die Förderung des Verbandes doch überhaupt einzustellen. „Seit Jahr und Tag werden nahezu alle Ziele dieser Organisation teils vom Völkerbund selbst, teils von den Völkerbundsligen mit Nachdruck verfolgt. . . . Wozu also mit großen Mitteln noch eine neue Organisation unterstützen, die bisher ihre Lebensfähigkeit noch in keiner Weise bewiesen hat und in deren leitende Persönlichkeit man kein allzu großes Vertrauen setzen kann?“⁹³

Auch das Finanzministerium begegnete den Anträgen Stresemanns nunmehr aus offenbar nicht nur fiskalischen Erwägungen ablehnend. Stattdessen schlug es vor,

⁸⁹ Notiz, irrtümlich datiert „Januar 1926“, ebd.

⁹⁰ Weder stand das AA beiden in Deutschland konkurrierenden Europa-Organisationen (d. h. PU und VEV) gleichermaßen zurückhaltend gegenüber, noch hat sich gar Stresemann der Paneuropa-Bewegung Coudenhoves angeschlossen; vgl. Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 8-9.

⁹¹ Aufzeichnung (Dirksen) 3. 1. 1927, Aufzeichnung (Köpke) 10. 1. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 3.

⁹² Z. B. Heile an Schücking, 23. 4. 1928, BA NL Schücking 100.

⁹³ Aufzeichnung (Poensgen), 19. 4. 1928, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

den Finanzbedarf des VEV in den Reichsetat aufnehmen zu lassen und hierfür eine parlamentarische Initiative der Regierungsparteien in die Wege zu leiten⁹⁴.

Eine solche Initiative, die zum Testfall für die tatsächliche Resonanz und Grundlage des Verbandes in parlamentarischen Kreisen geworden wäre und den VEV aus der engen, instrumentalisierten Bindung an die amtliche Außenpolitik gelöst hätte, blieb aber offensichtlich noch während der Sondierungen bei einzelnen Fraktionen stecken. Durch diesen Mißerfolg bestätigt, arbeitete die Ministerialbürokratie des AA darauf hin, den VEV in der Deutschen Liga für Völkerbund aufgehen zu lassen, die ohnehin amtlich subventioniert wurde und sich als gefügiges Instrument der amtlichen Politik erwiesen hatte.

Nicht nur in der Politik gegenüber dem Westen und dem Völkerbund standen damit Stresemann außeramtliche Verbände zur Verfügung, auch für seine auf ‚Mitteleuropa‘ gerichteten Ziele bediente sich die amtliche Außenpolitik zunehmend gesellschaftlicher Einigungsbestrebungen. Sie boten sich für Aktivitäten unterhalb der Ebene offizieller Diplomatie an und eigneten sich zur geheimen Vorbereitung politischer Ziele namentlich im wirtschaftlichen Bereich.

Daß diplomatische Vorstöße in der ‚Mitteleuropa‘-Frage noch keine Erfolge brachten, hatte Stresemanns Vorschlag einer Zollunion mit der Tschechoslowakei vom Mai 1928 erwiesen. Aus Anlaß des Besuches von Beneš in Berlin ließ er durch Staatssekretär von Schubert den mit Hindenburg abgesprochenen Plan unterbreiten, die Tschechoslowakei und gegebenenfalls auch Österreich sollten mit Deutschland eine Zollunion bilden. Damit könnten die drei Staaten einen Beitrag zu dem Endziel der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ leisten⁹⁵. Beneš entwickelte demgegenüber den Gedanken einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Kleinstaaten in Mittelost- und Südosteuropa, wobei er die Beteiligung einer Großmacht wie Deutschland für nicht zweckmäßig hielt, weil dieser dann die Führungsrolle zugefallen wäre.

„Die einzige Konzession, zu der Beneš zu haben war, lautete, daß eine Verständigung größeren Stils zwischen Deutschland und Frankreich die Chancen für Schuberts Vorschlag entscheidend verbessern würde; unter dieser Voraussetzung könne er sich dessen Verwirklichung vorstellen.“⁹⁶ Das bestätigte nur die ursprüngliche taktische Linie Stresemanns, der von der realistischen Prämisse ausging, daß vor einer Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses ein isolierter deutscher Vorstoß nach ‚Mitteleuropa‘ aussichtslos sei – wie es das Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes von 1931 dann abermals bestätigen sollte.

Umso wichtiger blieben in der Zwischenzeit informelle, nicht-amtliche Vorarbeiten; Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft und Mitteleuropäischer Wirt-

⁹⁴ Aufzeichnung (Schneider), 25. 10. 1928, ebda.

⁹⁵ Brügel, Tschechen, S. 214–220. Stresemanns Sondierung bei Beneš war nicht der erste Versuch der deutschen Außenpolitik in dieser Richtung. Bereits im Januar 1923 hatte Reichskanzler Cuno eine diesbezügliche Fühlungnahme bei der tschechoslowakischen Regierung angeregt; vgl. Aufzeichnung v. Mutius, 25. 1. 1923, ZStA AA 42999, 21–24.

⁹⁶ Brügel, S. 217.

schaftstag gewannen für die amtliche Politik entsprechend an Gewicht. Bereits seit 1925 wurde die DÖAG seitens des AA wie des Innenministeriums mit namhaften Beträgen unterstützt. Die Regierung legte dabei Wert darauf, daß die Subvention in aller Regel der Arbeitsgemeinschaft nicht unmittelbar übergeben wurde, sondern auf dem Umweg über einzelne Abgeordnete wie Professor Hoetzsch (DNVP) dorthin gelangte⁹⁷.

Die amtliche Politik verfolgte mit ihrer Förderung unter anderem die Absicht, regionale Sonderinteressen auszugleichen, die den außenpolitischen Zielen womöglich zuwiderliefen. Dies galt einmal in bezug auf Politik und Wirtschaft Bayerns, die sich laufend und mit um ein Vielfaches höheren Beträgen als das Reich in der Anschlußbewegung engagierten. So äußerte Berlin gegenüber einer für 1927 geplanten ‚Österreichischen Woche‘ in München Bedenken und brachte zum Ausdruck, „dass man eine bayerisch-österreichische Verbrüderung befürchtet und auf der anderen Seite eine laute Anschlussdemonstration aus aussenpolitischen Gründen nicht für zweckmässig hält“⁹⁸. Dies galt zum andern vermutlich auch in bezug auf das Engagement der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und der Energiewirtschaft in der Anschlußfrage, wengleich Ausmaß und Richtung der regierungsamtlichen Steuerung bzw. Gegensteuerung gegenüber Interessenten aus Kreisen der Wirtschaft im einzelnen aufgrund der archivalischen Überlieferung offensichtlich nicht mehr erfaßbar sind.

In jedem Falle lag der amtlichen Politik jedoch daran, über ihre Subvention die inhaltlich gebilligte Arbeit der Anschlußorganisation DÖAG und ihrer Komplementärorganisation ÖDAG im Griff zu behalten. Vor allem mußte mit Rücksicht auf die westlich orientierte ‚Verständigungspolitik‘ verhindert werden, daß die auf Österreich zielenden Vorarbeiten der Organisationen zu sehr an die Öffentlichkeit drangen und womöglich im Ausland politisches Porzellan zerschlugen. So machte das AA im November 1926 sowohl bei der ÖDAG in Wien wie bei der DÖAG in Berlin nachdrücklich darauf aufmerksam, daß eine von der ÖDAG herausgegebene Denkschrift über den Anschluß Österreichs⁹⁹ Formulierungen enthalte, die „vom politischen Standpunkt aus nicht zweckmässig“ erschienen. Reichsregierung und Anschlußorganisationen „hätten ein Interesse daran, solche Dinge nicht öffentlich zu sagen, sondern in der Öffentlichkeit zugänglichen Denkschriften vielmehr derartige Tatsachen möglichst zu verbrämen . . . Wir wurden gebeten“, registrierte die DÖAG, „dafür zu sorgen, dass die von uns veröffentlichten Denkschriften in Zukunft auf diese politischen Erwägungen Rücksicht nehmen“¹⁰⁰.

Während die amtliche Politik frühzeitig in der deutsch-österreichischen Frage tätig wurde und die deutsche Industrie zum Engagement in Österreich ermunterte, wie es die Aktivitäten Stresemanns ab Ende 1924 belegen, verhielt sie sich gegenüber dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und dessen Auseinandersetzungen um

⁹⁷ DÖAG Berlin an DÖAG München, 21. 12. 1926, ZStA DÖAG 57, 112–112 Rs.

⁹⁸ DÖAG München an Remshard, 25. 11. 1926, ZStA DÖAG 42, 295–295 Rs.

⁹⁹ Ondraczek, Der Anschluß Österreichs.

¹⁰⁰ DÖAG Berlin an DÖAG München, 1. 11. 1926, ZStA DÖAG 57, 153–153 Rs.

Donauföderationspläne länger abwartend. Hier übernahmen alsbald Handelskammerkreise die Initiative. Schon im Februar 1927 gab der DIHT die mit dem RDI vereinbarte Zurückhaltung gegenüber den Einigungsbestrebungen auf und empfahl seinen Mitgliedern, in der Deutschen Gruppe der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung mitzuwirken, „damit in der Gesamtheit der M. W. T. der deutsche Standpunkt in Einklang mit den Arbeiten der allgemeinen Interessenvertretungen der Wirtschaft und auch der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer vertreten werden kann“¹⁰¹. Von 1927 an gehörten der Deutschen Gruppe des MWT eine große Zahl von IHK-Präsidenten und Funktionären des DIHT an, voran Dr. Siegert¹⁰². Ihre Beteiligung an den Bestrebungen des MWT zielte insbesondere auf einen Abbau der Handelshemmnisse im südosteuropäischen Raum, der im Einklang mit den Arbeiten der Internationalen Handelskammer vorbereitet werden sollte. Hingegen stießen die Pläne binnenmarkt-orientierter Industrien auf Skepsis, mit denen auf dem Weg über Präferenzzölle und eine Zollunion einem deutsch dominierten ‚Mitteleuropa‘ vorgearbeitet werden sollte. Zwar hielt es der Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT, Strencioch, schon im Mai 1927 für „unbedingt notwendig, dass wir weitere Rückenstärkung erfahren, was in der Hauptsache dadurch erreicht werden kann, dass man an massgebender Stelle unsere Bestrebungen nunmehr auch in positiver Hinsicht tatkräftigst unterstützt und dass sich auch Vertreter aus der Schwerindustrie zum Eintritt in die Organisation bereit finden“¹⁰³. Doch hatte zum einen die Schwerindustrie des rheinisch-westfälischen Raumes bereits im Reichswirtschaftsausschuß der DÖAG ein gefügiges Instrument für ihre Politik gegenüber Österreich gefunden; zum andern lehnte auch Siegert alle Bestrebungen ab, die den MWT zur Dachorganisation der mitteleuropäischen Einigungsbestrebungen machen sollten und die Politik des DIHT unter den Druck der in der DÖAG dominierenden Schwerindustrie gesetzt hätten¹⁰⁴.

Das Ausscheren des DIHT aus der gemeinsamen Haltung gegenüber Einigungsbestrebungen stellte die bislang bewahrte Integrationsfähigkeit des RDI ebenso infrage wie das massive Engagement der Schwerindustrie in der DÖAG. Immer mehr gelang es ab 1927 schwerindustriellen Kreisen, sich gegenüber den exportorientierten Industrien zu behaupten und auf den Kurs des RDI einzuwirken.

Die schwerindustrielle Machtballung im Deutsch-Französischen Studienkomitee bot hierzu einen institutionellen Ansatz. Als im Herbst 1926 der Schriftsteller Otto Grautoff eine Zeitschrift ‚Deutsch-Französische Rundschau‘ ins Leben rufen wollte, wurden diese Pläne nicht nur im Auswärtigen Amt begrüßt und mit materieller Förderung bedacht¹⁰⁵. Stresemann setzte sich darüber hinaus auch in Kreisen der

¹⁰¹ Rundschreiben des DIHT, 22. 2. 1927, ZStA AA 42993, 189–191.

¹⁰² Siegert blieb die treibende Kraft des DIHT-Engagements im MWT; insbesondere setzte er sich für den Beitritt weiterer Industrie- und Handelskammern laufend ein. Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe der MWTagung, 15. 7. 1927, ZStA AA 42994, 60–61.

¹⁰³ MWT Dt Gruppe (Strencioch) an AA, 3. 5. 1927, ebda, 39–39 Rs.

¹⁰⁴ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe des MWT, 22. 6. 1928, ZStA AA 42995, 5–8.

Industrie für eine Förderung des Vorhabens ein, und sowohl Kastl vom RDI wie Deutsch von der AEG erklärten ihre Bereitschaft, „die Angelegenheit mit Hilfe und Unterstützung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu organisieren“ und in das Kollegium der Herausgeber einzutreten¹⁰⁶. Doch gelang es dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied des RDI, Kastl, nicht, auch das Deutsch-Französische Studienkomitee für das Vorhaben zu gewinnen; das Mayrisch-Komitee lehnte jede Unterstützung ab¹⁰⁷. Mit Hilfe des AA war es Grautoff zwar möglich, aus Kreisen des Handels für sein Projekt auch materiell fundiertes Interesse zu finden, so seitens des Hansa-Bundes und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. Als er jedoch wiederum mit der AEG und dem RDI über eine Förderung in Verhandlungen eintreten wollte, mußte er seitens des Spitzenverbandes der deutschen Industrie erfahren, „der Reichsverband als solcher könne die Deutsch-französische Rundschau nicht unterstützen, da das Studienkomitee den bekannten ablehnenden Beschluss gefasst habe“¹⁰⁸.

Die im Deutsch-Französischen Studienkomitee vereinigte wirtschaftliche Macht namentlich der Schwerindustrie war demnach in der Lage, nicht nur Entscheidungen einzelner Firmen und Konzerne wie der AEG, sondern selbst des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu präjudizieren. Darüber hinaus gelang es ihr, über ihre Büros in Paris und Berlin die Öffentlichkeitsarbeit auf dem Felde der deutsch-französischen Beziehungen weitgehend zu bestimmen. Konkurrierende Vorhaben wie das Grautoffsche Zeitschriftenprojekt konnten sich, selbst wenn sie von der mittelständischen Wirtschaft und von Handelskreisen getragen waren, demgegenüber nur aufgrund der tatkräftigen Unterstützung durch die amtliche Außenpolitik, namentlich durch Stresemann, behaupten.

Die Außenpolitik in der Ära Stresemann war dabei keineswegs einer unmittelbaren Bindung an das Interesse der Exportindustrie oder des Handels unterworfen. Dies erfuhren der Verband Sächsischer Industrieller und mitteldeutsche bzw. sächsische Handelskammern, als sie 1927 in Abstimmung mit dem MWT den Versuch unternahmen, als Pendant zum Kieler Institut für Weltwirtschaft wie zu dem von Hantos geführten Wiener Institut ein Mitteleuropa-Institut in Dresden zu gründen. Der Vorschlag, dieses Projekt durch das AA subventionieren zu lassen, wurde abgelehnt¹⁰⁹. Bülow unterstrich dabei, es bestehe „kein Anlaß dafür, für das Dresdner Institut, dessen Bestrebungen auf Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit den Südoststaaten durchaus anerkannt werden und begrüßenswert sind, in gleicher Weise wie für die Wiener M. W. T., an deren ständiger Beobachtung durch die deutsche Gruppe wir ein starkes politisches Interesse haben, Geldmittel zur Verfügung zu stellen“¹¹⁰. Auch gegenüber der Gesandtschaft in

¹⁰⁶ Aufzeichnung 21. 9. 1926, PA II Pol 2 Fr-C, Bd 1, H 022789-98.

¹⁰⁶ Aufzeichnung 1. 10. 1926, ebda, H 022807-08; AEG (Deutsch) an Grautoff, 1. 11. 1926, ebda, H 022828.

¹⁰⁷ Nostitz-Wallwitz an AA, 3. 1. 1927, ebda, H 022857.

¹⁰⁸ Aufzeichnung 28. 10. 1927, PA II Pol 2 Fr-C, Bd 2, H 023020-22.

¹⁰⁹ Aufzeichnung 30. 3. 1928, ZStA AA 42994, 144-145.

Wien wurde klargestellt, „daß dieses deutsche Interesse durch die regelmäßige, durch amtliche Mittel ermöglichte Teilnahme des Reichsministers a. D. Gothein hinreichend gewahrt ist“¹¹¹. So sehr auch Stresemann von der „Notwendigkeit einer stärkeren Kulturpropaganda als Grundlage für die Förderung unseres Exportes“ überzeugt gewesen sein mochte, so wenig wollte er dies „durch eine namhafte fortlaufende finanzielle Beteiligung“¹¹² an der Errichtung des Dresdner Mitteleuropa-Instituts unterstreichen; Anträge des Verbandes Sächsischer Industrieller und des Dresdner Oberbürgermeisters auf amtliche Subvention des Instituts blieben bei Stresemann erfolglos¹¹³.

Die Zurückhaltung Stresemanns gegenüber amtlicher Beteiligung an derartigen mitteleuropäischen Projekten und die sorgsam gehütete Vertraulichkeit des amtlichen Engagements in der Anschlußfrage waren wohlabgewogene Elemente seiner Revisionspolitik. Wie sehr man im Auswärtigen Amt zwischen langfristigen Zielen und der durch die gegebene politische Lage gebotenen Taktik zu unterscheiden wußte, erhellt eine ausführliche Aufzeichnung zur deutschen ‚Mitteleuropa‘-Politik¹¹⁴, die der deutsche Gesandte in Rumänien, Mutius, im Februar 1928 verfaßt hatte. Aufgrund der Auflösung Österreich-Ungarns und der in Rapallo eingeleiteten engen deutsch-sowjetischen Verbindung bilde sich – so Mutius – „im Südosten ein von Deutschland geistig und wirtschaftlich beherrschter Raum, den man Mitteleuropa nennen könnte“. „Hier liegen Kolonisationsgebiete vor unseren Toren, hier bieten sich Aufgaben und Ziele für das im Reich zusammengefasste Deutschtum, die um so sicherer erreichbar sein werden, je weniger eine laute Publizistik und Politik sich ihrer ermächtigt, je mehr sie nur als Richtungspunkte einer sozusagen unpolitischen Politik wirtschaftlicher und geistiger Expansion nach Südosten sich darstellen.“ Von diesen Überlegungen ausgehend hielt Mutius die Gründung eines Mitteleuropa-Instituts für verfrüht, die Bezeichnung mit dem an deutsche Kriegsziele erinnernden Begriff ‚Mitteleuropa‘ überdies für ungeschickt.

Auch im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag hielt man sich für längerfristige Aufgaben bereit und forderte angesichts der von der amtlichen Politik vorläufig noch auferlegten Zurückhaltung, die Aufgabe der Deutschen Gruppe des MWT dürfe „sich auf die Verminderung der Bestrebungen, Deutschland aus einem mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis auszuschalten, nicht beschränken, sondern die Tätigkeit der deutschen Gruppe muss sich vorzugsweise darauf erstrecken, ein solches mit Deutschland zusammen herbeizuführen, wobei den deutschen wirtschaftlichen Interessen und dem Gedanken der deutschen Führerstellung in einem geeinten Mitteleuropa Rechnung getragen werden muss“¹¹⁵.

¹¹⁰ Vermerk (Bülow), 1. 8. 1928, ZStA AA 42995, 35–36 Rs.

¹¹¹ AA an Dt Ges Wien, 8. 8. 1928, ebda, 37–38.

¹¹² Verband Sächsischer Industrieller an Stresemann, 21. 12. 1928, ebda, 96–96 Rs.

¹¹³ AA an OB Blüher, 19. 2. 1929, ebda, 109–109 Rs.

¹¹⁴ Mutius an AA, 14. 2. 1928, ZStA AA 42994, 114–115, 134–136.

¹¹⁵ „Tätigkeitsbericht 1928“, ZStA AA 42995, 111–117.

Im April 1929 hielt selbst Stresemann die Zeit für ein vermehrtes amtliches Engagement in der Mitteleuropa-Frage für gekommen. Als zu einer von Hantos veranstalteten Tagung des MWT in Budapest die Deutsche Gruppe keine Einladung erhalten hatte und daraufhin demonstrativ den nächsten Mitteleuropäischen Wirtschaftstag auf deutschem Boden stattfinden lassen wollte, bestärkte das AA die Deutsche Gruppe des MWT in diesem Vorhaben und stellte fest, „unter diesen Umständen wäre es besonders zu begrüßen, wenn die Absicht der deutschen Gruppe verwirklicht werden könnte, die nächste Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in Breslau stattfinden zu lassen, da hierdurch der Gedanke der deutschen Beteiligung an dem Mitteleuropa-Problem wirksam hervorgehoben werden würde“¹¹⁶. Erstmals stellte das Auswärtige Amt auch eine Subvention für die Durchführung der Tagung zur Verfügung¹¹⁷; der wenige Monate vor Stresemanns Tod ergangenen Bitte des MWT, er möge diesmal den Ehrevorsitz der Tagung übernehmen, konnte er allerdings nicht mehr entsprechen¹¹⁸. Sein Nachfolger im Amt des Reichsaußenministers, Curtius, hat diese Funktion jedenfalls kurzentschlossen übernommen¹¹⁹.

Bei aller Distanz der amtlichen Politik zu den vom Langnam-Verein artikulierten schwerindustriellen Interessen, wie dies in der Auseinandersetzung um die Deutsch-Französische Rundschau beispielhaft zum Ausdruck gekommen war, sowie zu den seitens des Handels und der Exportindustrie vorgetragenen Wünschen, die im Falle einer Subvention des Mitteleuropa-Instituts erfolglos geblieben waren, bahnte sich noch unter Stresemann eine Synchronisierung der Aktivitäten von Außenpolitik und Industrie in bezug auf ein deutsches ‚Mitteleuropa‘ an. Schon 1926 hatte Schlenker auf die „Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock“ hingewiesen und das Programm des Langnam-Vereins wie der deutschen Politik dahin zu bestimmen gesucht, „daß das deutsche Volk wirtschaftlich in erster Linie mit dem mitteleuropäischen Gebiet verklammert und verwurzelt ist und dass es zu den vornehmsten Aufgaben unserer Zeit gehört, aus dieser Tatsache den Willen zu wirtschaftlichem Neuaufbau vorerst hier zu bestätigen. Je breiter unsere Grundlage in Mitteleuropa ist, desto stärker wird unsere Stellung gegenüber den übrigen größeren Wirtschaftsmächten Europas und der Welt sein.“¹²⁰

Während um 1928 der nach Westen orientierte Verband für europäische Verständigung für die amtliche Politik an Bedeutung verlor, in der finanziellen Abhängigkeit des AA verblieb und seine Auflösung oder doch wenigstens seine Fusion mit der Völkerbunds-Liga erwogen wurde, rückte der Mitteleuropäische Wirtschaftstag gegen Ende der Ära Stresemann zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses der amtlichen Politik und der Industrie. Zur selben Zeit, als die Außenpolitik die Be-

¹¹⁶ AA (Windel) an Gothein, ebda 207–208.

¹¹⁷ Vermerk, 14. 9. 1929, ZStA AA 42996, 29.

¹¹⁸ Dt Gruppe des MWT an Stresemann, 4. 7. 1929, ebda, 21.

¹¹⁹ Curtius an Dt Gruppe des MWT, 27. 11. 1929, ebda, 61.

¹²⁰ ZStA AA 42995, 16–17.

strebungen des MWT vermehrt zu fördern begann und eine demonstrative Tagung auf deutschem Boden befürwortete, nahm die Deutsche Gruppe des MWT erste Kontakte zur Schwerindustrie auf. Aufgrund einer Besprechung im März 1929 konnte die Deutsche Gruppe in Aussicht stellen, „dass sich die westdeutsche Schwerindustrie bzw. der Langnamverein noch im Laufe dieses Jahres mit einigen führenden Herren und mit entsprechenden finanziellen Zuschüssen an der Deutschen Gruppe beteiligen wird“, wofür der bislang distanzierte RDI zugleich personelle Vorschläge machte¹²¹. Wenngleich es zu diesem geplanten Eintritt der Industrie, namentlich der Schwerindustrie, erst 1931 gekommen ist, so bleibt doch für die Einschätzung des Vorgangs von Bedeutung, daß die Weichen für eine verstärkte ‚mitteleuropäische‘ Orientierung von Politik und Industrie Deutschlands noch in der Ära Stresemann bzw. noch vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise gestellt worden sind.

¹²¹ Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe des MWT, 7. 5. 1929, ebda, 224–228.

IV. Europäische Einigungsversuche im Zeichen der Krise der Weltwirtschaft 1929–1931

1. Paneuropa oder Mitteleuropa: Alternativen für Deutschlands außenpolitische Orientierung?

In der Forderung ‚Retour à l’Europe‘ gipfelte 1929 eine Publikation des französischen Ökonomen Francis Delaisi¹, der den Ausgleich zwischen dem industriellen Europa und dem agrarischen Europa für dringlich hielt und darum empfahl, sich vorübergehend aus den weltwirtschaftlichen Beziehungen zu lösen und sich vorrangig einer innereuropäischen Entwicklungspolitik zu widmen. Das Erscheinen seines Buches signalisierte die Verlagerung des Schwerpunktes in der Diskussion um die europäische Einigung: Standen sich namentlich seit Dawes-Abkommen und Locarno-Vertrag die universal orientierten und kontinental orientierten Einigungsbestrebungen gegenüber – wie es der Konflikt zwischen dem VEV und der PU erkennen ließ –, so kreiste ab 1929/30 die Auseinandersetzung mehr und mehr um die Alternative zwischen einer gesamteuropäischen und einer regionaleuropäischen Einigung; für die deutschen Einigungsbestrebungen bedeutete dies, zwischen einer paneuropäischen, d. h. zunächst deutsch-französischen, Verständigung und einer mitteleuropäischen Lösung wählen zu sollen.

Noch bevor die Diskussion innerhalb der Einigungsbestrebungen, in der Publizistik und selbst innerhalb der deutschen Wirtschaft sich auf die innereuropäische Fragestellung konzentrierte, war die amtliche deutsche Außenpolitik durch Frankreich mit der Perspektive einer anti-amerikanisch orientierten binneneuropäischen Verständigung konfrontiert worden. Den Schlüssel für die Erklärung der französischen Initiativen, die im Europa-Memorandum Briands 1930 kulminierten, bildet die Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten, die nach dem Ersten Weltkrieg zur beherrschenden Wirtschaftsmacht aufgestiegen waren. Mit ihnen war Europa nicht nur über das Problem der interalliierten Schulden, mittelbar also auch über die Reparationsfrage verbunden; die europäische Wirtschaft sah sich überdies durch das Anwachsen des amerikanischen Produktionsvolumens ihrer herkömmlichen Exportchancen beraubt und zudem von einer Exportoffensive in Europa selbst überrollt.

Die Open-Door-Policy der USA zielte allerdings nicht auf die Bildung eines tendenziell globalen Freihandelsraumes, der dann den wirtschaftlichen Partnern gleichermaßen zugute gekommen wäre. Sie diente vielmehr vorrangig – im Zeichen einer „Außenpolitik des nationalen Egoismus“² – der Sicherung und Steigerung nationaler Prosperität, deren unauflöslche Abhängigkeit vom dauerhaften Prospe-

¹ Delaisi, *Les deux Europes*, p. 205.

² Angermann, *Die Vereinigten Staaten von Amerika*, S. 10.

rieren der Weltwirtschaft, namentlich der europäischen Wirtschaft, in ihrer vollen Bedeutung nicht rechtzeitig erkannt worden ist³.

So kombinierten die USA die Erschließung auswärtiger, insbesondere europäischer Märkte mit einer protektionistischen Zollpolitik, die ausländischer Konkurrenz den Zugang zum amerikanischen Markt 1921 und 1922 im Fordney-McCumber-Zollgesetz erschwerte und 1931 mit dem Smoot-Hawley-Tarif so gut wie vollständig versperrte. Ähnlich verhielten sich die USA in der Frage der Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden, was vor allem Frankreich und Großbritannien betraf, aber auch auf Deutschlands Reparationslasten durchschlug.

Unter diesen politischen Prämissen der USA fand sich ein jeder Versuch einer europäischen Einigung in widersprüchliche Tendenzen eingefangen. Denn die USA „wünschten einerseits im eigenen Interesse eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung in Europa und einen friedlichen Ausgleich der nationalen Antagonismen, weil dies die Voraussetzung für ein finanzielles Engagement und für die wirtschaftliche Expansion Amerikas war; andererseits beharrten sie (wie am deutlichsten in der Handels- und Schuldenpolitik dokumentiert wurde!) auf einer separaten, bilateralen Regelung ihrer Beziehungen zu jedem einzelnen europäischen Staat und wähten hinter jeder europäischen Gemeinschaftsaktion oder Blockbildung antiamerikanische oder doch zumindest die amerikanischen Interessen beeinträchtigende Tendenzen“⁴.

Nicht ohne Argwohn registrierten die Vereinigten Staaten darum den Abschluß des Locarno-Vertrages sowie die ihm folgenden wirtschaftlichen Vereinbarungen auf dem europäischen Kontinent wie etwa die Verlängerung des deutsch-französischen Kaliabkommens und die Bildung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft. Daß Stresemann hingegen sorgsam bemüht war, schon dem Verdacht einer deutschen Beteiligung an einer selbst nur scheinbar antiamerikanischen Kombination in Europa entgegenzutreten, erklärt sich aus seinem revisionspolitischen Konzept, wonach er die deutsch-amerikanischen Beziehungen als Hebel für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg Deutschlands gerade gegenüber französischen Hegemoniebestrebungen zu entwickeln gedachte. So verweigerte er sich im April 1928 dem Wunsch Großbritanniens und Frankreichs nach gemeinsamer Formulierung einer Antwort auf den Paktvorschlag Kelloggs mit der bezeichnenden Begründung, „Deutschland werde in Zukunft außenpolitisch auf die amerikanische Unterstützung angewiesen sein“ und habe „schon aus reparationspolitischen Gründen ein Interesse daran“, sich nicht in einen „Bündnisblock gegen Amerika“ einspannen zu lassen⁵.

Ansätze zu einer solchen Blockbildung waren gerade von französischer Seite wiederholt unternommen worden. Gerade in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre verengten sich die wirtschaftlichen Entwicklungschancen für Frankreich auf dem

³ Wolfram Fischer, Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, in: Industrielles System, S. 50.

⁴ Link, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 352–353.

⁵ Zit. nach Link, ebd.

Binnen- wie auf dem europäischen Markt. Dies hing zum einen mit der rigorosen amerikanischen Schuldenpolitik zusammen. So mußte sich Frankreich 1926 im Mellon-Bérenger-Abkommen für die Dauer von 62 Jahren zur Tilgung seiner Kriegsschulden an die USA bereitfinden; auf die überaus harten Bestimmungen, darunter der von den USA durchgesetzte Verzicht auf ein von französischer Seite verlangtes Junktim zwischen der Dauer der deutschen Reparationszahlungen und den französischen Tilgungspflichten, war es zurückzuführen, daß das Abkommen nach schweren inneren Auseinandersetzungen erst Mitte 1929 von der französischen Kammer ratifiziert wurde. Zum andern sah Frankreich seine Exportchancen auf dem europäischen Markt durch das Vordringen amerikanischen Kapitals und amerikanischer Produkte zunehmend beeinträchtigt. Dies gab außerdem Anlaß zu der nicht unbegründeten Befürchtung, mit Hilfe amerikanischen Kapitals könne Deutschland die Nachbarstaaten wirtschaftlich durchdringen und somit diese europäische Region, die bislang mit Frankreich politisch und wirtschaftlich verknüpft war, ihrer Schutzfunktion gegen ein politisches Ausgreifen Deutschlands in ‚mitteleuropäischer‘ Richtung entkleiden.

Dies erklärt, weshalb die französische Außenpolitik mehrfach versuchte, zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit – deren politischer Bindungswirkung man sich in Paris wie in Berlin bewußt war – auf dem europäischen Kontinent zu gelangen. Nach dem auch von amerikanischer Seite induzierten Scheitern der Thoiry-Vereinbarungen unternahm Briand eine weitere derartige Initiative gegenüber Stresemann im Juni 1929 am Rande einer Tagung des Völkerbundsrates in Madrid⁶. Dabei schlug Briand vor, nach Abschluß der Sachverständigenkonferenz über den Young-Plan eine weitere Konferenz in Paris abzuhalten, die „alle aus dem Kriege hervorgegangenen Fragen, die noch einer Lösung harreten, regeln und eine Art Liquidation des Krieges bilden“ sollte. Anschließend sei zu überlegen, „wie man die europäischen Verhältnisse sowohl politisch als auch wirtschaftlich konsolidieren könne. Man müsse sich zu einer gemeinsamen Anstrengung aller europäischen Länder vereinigen, denn sonst würde Europa aufgefressen (manger) werden“. Briand verlangte eine solche innereuropäische Einigung – vom politischen Motiv der Stabilisierung des europäischen Friedens abgesehen – in erster Linie, „um sich vor der amerikanischen Uebermacht zu schützen“. Denn es war nach seiner Ansicht nötig, „daß den Amerikanern das Gefühl genommen werden müßte, daß sie die absoluten Herrscher in der Welt seien. Sie benähmen sich heute so, als ob es für sie überhaupt keinen nennenswerten Widerstand mehr irgendwo gäbe, und wenn die europäischen Staaten vereinzelt kämpften, so sei dies wohl auch der Fall. Wenn sie sich aber zusammenfänden, so würden sie auch die Vereinigten Staaten dazu bringen können, mindestens in Verhandlungen über die gegenseitigen Wirtschaftskonzessionen, z. B. über Zollherabsetzungen etc. einzutreten“.

Nach der Aufzeichnung des Dolmetschers Schmidt „bemerkte“ Stresemann „dar-

⁶ Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Herrn Reichsminister und Herrn Briand am 11. 6. 1929 im Hotel Ritz in Madrid, PA Büro RM 74, Bd 1, D 702490-96.

auf, daß auf deutscher Seite die Schwierigkeiten in der finanziellen Abhängigkeit von Amerika bestünden und daß eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten, vor allem auch für Deutschland, darin ihren Ausdruck finden müßte, daß dem kapitalarmen Deutschland von den Anderen die nötigen Kapitalien zur Verfügung gestellt würden“. Ob damit „Stresemann durchaus eine Umstellung auf europäische Kreditgebung erwog“⁷, was einer grundsätzlichen Wendung in seiner die deutsch-amerikanischen Bindungen gegen Frankreich ausspielenden revisionspolitischen Linie gleichgekommen wäre, muß jedoch fraglich erscheinen. Zwar stellte Briand eine europäische Kreditgebung in Aussicht, „sobald die Regelung der noch schwebenden Fragen erreicht sei. Dann würde sich nicht nur die Meinung der financiers, sondern auch die gesamte öffentliche Meinung der einzelnen Länder auf die neue Zusammenarbeit einstellen“. Doch hätte ein solches Verfahren für Deutschland bedeutet, daß es eine Kapitalhilfe⁸ seitens der europäischen Staaten, voran Frankreichs, erst dann hätte erwarten können, wenn es zuvor der von Briand vorgeschlagenen ‚Liquidation des Krieges‘ zugestimmt hätte. Den Wechsel aus der finanzpolitischen Abhängigkeit zu den USA in ein vergleichbares Schuldnerverhältnis zu Frankreich und anderen europäischen Staaten – womöglich nach dem Modell der finanziellen Sanierung Österreichs durch den Völkerbund – hätte Stresemann vermutlich mit einem sehr weitgehenden Verzicht auf revisionistische Ziele, in jedem Fall aber mit einer Abkehr von der Leitvorstellung eines ‚deutschen Mitteleuropa‘ erkaufen müssen. Daß er dies ernsthaft erwogen haben soll (und nicht nur die Ablehnung eines ihm unzumutbar erscheinenden Verfahrensvorschlags Briands in verbindlichere Form kleidete), ist angesichts seiner bewußten Instrumentalisierung des außenpolitischen Faktors der Vereinigten Staaten im Dienst seines revisionspolitischen Ansatzes gegenüber Frankreich und dessen ostmittel- und südosteuropäischem Bündnissystem nicht gut vorstellbar.

Auch in der Folgezeit hielt Stresemann an seiner skeptischen Haltung gegenüber tendenziell anti-amerikanischen Vorschlägen der französischen Politik fest. So beantwortete er Briands große ‚europäische‘ Rede vor der Vollversammlung des Völkerbundes vom 5. September 1929 mit dem unzweideutigen Hinweis: „Politische Gedanken, namentlich mit irgendeiner Tendenz gegen andere Erdteile, lehne ich entschieden ab, ebenso alles, was wie eine wirtschaftliche Autarkie Europas aussehen könnte.“⁹ Wenngleich auch Stresemann das finanzielle Engagement der Vereinigten Staaten als nur transitorisches Instrument für den deutschen Wiederaufstieg verwenden wollte, so sah er – wie anfänglich auch Brüning – die Zeit noch nicht gekommen, die einen Abbau der deutsch-amerikanischen Bindungen gestattete¹⁰.

⁷ So Lipgens, Europäische Einigungs-idee, S. 74 Anm. 52, in Auseinandersetzung mit Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 12.

⁸ Ein solcher innereuropäischer „Young-Plan im Geiste von Locarno“ wäre finanziell möglich gewesen; vgl. Wolfram Fischer, Die Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 46.

⁹ Zit. nach Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 16.

¹⁰ Werner Link, Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines „penetrierten Systems“), in: Industrielles System, S. 497.

Anders als in der Reichsregierung und im AA mehrten sich aus Anlaß des Youngplans um 1929/30 Stimmen in der publizistischen Diskussion und auch innerhalb der Wirtschaft, die nicht nur die nach Frankreich orientierte ‚Verständigungspolitik‘, sondern auch die deutsche Bindung an die Vereinigten Staaten und damit an den Weltmarkt für schädlich hielten und darum auf eine entschiedenerere ‚mitteleuropäische‘ Politik drängten. „Der deutsche Samson wird sich nicht auf Lebenszeit an die Tretmühle Versailles binden lassen“ – mit dieser Formulierung gab Ludwig Kaas¹¹ nach den Septemberwahlen 1930 dieser in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Haltung Ausdruck. Kaas selbst hoffte noch immer auf den Erfolg einer „friedlichen Evolutionspolitik“¹² auf der Grundlage einer deutsch-französischen Verständigung, doch schien die Forderung nach aktiver ‚Mitteleuropa‘-Politik bereits die Oberhand gewonnen zu haben. Wer „noch seinen Blick nach Westen statt nach Osten lenkt, der erkennt nicht den Weg in die Zukunft“¹³, schrieb bereits 1929 Wilhelm Gürge über die Alternative ‚Paneuropa und Mitteleuropa‘, und er entwickelte – unter Berufung auf Friedrich Naumann – erneut das Konzept eines von Deutschland dominierten ‚Mitteleuropa‘. Der Anschluß Österreichs würde nicht nur Ungarn und Rumänien zu ‚mitteleuropäischer‘ Politik veranlassen, auch anderen Staaten bliebe dann keine Wahl mehr: „Polen und die Tschechoslowakei müssen sich umstellen. Sie gehören dazu, ob sie wollen oder nicht. Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsblock würde zwangsläufig die Tschechoslowakei, Südslawien und Polen anziehen. Als zwingender Grund für Polen wirkt, daß es sich nicht einen mitteleuropäischen Gegner neben Rußland leisten darf.“¹⁴ Außerdem böten die durch Deutschland vermittelten zivilisatorischen „Errungenschaften“ den betroffenen Ländern „wahre Völkerbeglückung“¹⁵, und in dem von 150 Millionen Menschen bewohnten ‚Mitteleuropa‘ bestünde die „große Aussicht, daß die Amerikaner und Engländer aus ihren Positionen im mitteleuropäischen Raum verdrängt werden“¹⁶ und eine tendenziell autarke Großraumwirtschaft möglich würde, von der aus später auch „die Brücke zu Paneuropa“¹⁷ geschlagen werden könnte, d. h. westeuropäische Länder mit einbezogen werden sollten.

Die anwachsende Resonanz, auf die diese und ähnliche Vorstellungen in Deutschland stießen, veranlaßten auch Coudenhove-Kalergi zur Replik. Das Wiedererstehen der Mitteleuropa-Ideologie erklärte er aus dem „Erwachen Deutschlands aus den Rapallo-Träumen“¹⁸, warnte vor einer deutschen Hegemonialpolitik in Mitteleuropa und kam zu dem Schluß, Mitteleuropa sei „kein Weg nach Paneuropa, son-

¹¹ Einführung zu Walter Hagemann, Deutschland am Scheideweg, S. VII.

¹² Ebda.

¹³ Wilhelm Gürge, Paneuropa und Mitteleuropa, S. 71.

¹⁴ Gürge a. a. O., S. 63.

¹⁵ Gürge a. a. O., S. 72.

¹⁶ Gürge a. a. O., S. 67.

¹⁷ Gürge a. a. O., S. 65.

¹⁸ Coudenhove-Kalergi, Mitteleuropa, in: PE 6 (1930) S. 87 („So beschränkt sich die deutsche Freundschaft mit Rußland heute im wesentlichen auf das Auswärtige Amt und die Kommunistische Partei“).

dern ein Umweg, ein Irrweg“ – eine Interpretation, der von Carl Brockhausen, einem Promoter des in Breslau tagenden MWT, sogleich widersprochen wurde¹⁹.

2. Handelspolitische Polarisierung innerhalb der deutschen Wirtschaft

Die Krise der weltwirtschaftlichen Beziehungen gab auch jenen wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands Auftrieb, die grundsätzliche Gegner der Handelsvertragspolitik waren, so der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die über den Langnam-Verein als ihrer Interessenorganisation schon anlässlich der Zollvorlage 1925 den Kontakt zur Großlandwirtschaft wiederaufgenommen hatte, um das Konzept eines vom Weltmarkt abgeschirmten Binnenmarktes durchzusetzen²⁰. Organisatorisches Zentrum für diese Bemühungen, denen in der Mitte der zwanziger Jahre noch kein Erfolg beschieden war, bildete der 1926 konstituierte Esplanade-Kreis, in dessen etwa vierteljährlich abgehaltenen Sitzungen seitens der Landwirtschaft neben v. Miquel auch der Schwager Krupps, v. Wilmowsky teilnahm. Dieser wurde in den folgenden Jahren zur Schlüsselfigur der Kooperationsbemühungen zwischen Industrie und Landwirtschaft und trat 1931 nicht zufällig namens der Schwerindustrie an die Spitze der Deutschen Gruppe des MWT²¹.

Angesichts der sich verschärfenden Agrarkrise und der agrarprotektionistischen Propaganda landwirtschaftlicher Verbände boten die Handelsvertragsverhandlungen der Jahre 1926 bis 1929 viel Konfliktstoff, wobei die Auseinandersetzung über den deutsch-polnischen Handelsvertrag 1928/29 nahezu zum Zerfall des Esplanade-Kreises führte. Doch dank der Initiative Schlenkers vom Langnam-Verein und der Vermittlung durch Reusch (Gutehoffnungshütte Oberhausen) gelang es, einen Interessenausgleich zu erzielen, bei dem sich – den Regelungen im AVI-Abkommen vergleichbar – die vom Handelsvertrag profitierende Industrie an der Begleichung der für die Landwirtschaft entstehenden Lasten beteiligte.

Dieser durch Vermittlung schwerindustrieller Kreise, d. h. des Langnam-Vereins, zustandgekommene Lastenausgleich zugunsten der seit 1929 in der Grünen Front inzwischen straffer organisierten Landwirtschaft schuf die Grundlage für das Wiederentstehen des Solidarprotektionismus zwischen beiden Wirtschaftszweigen. Als gemeinsames Ziel wurden Konsolidierung und Erweiterung des Binnenmarktes auf dem Weg über eine grundlegende Umgestaltung des deutschen Handelssystemes, insbesondere durch Verzicht auf das Prinzip der Meistbegünstigung und durch Schaffung größerer Wirtschaftsgebiete, d. h. von Zollunionen, vereinbart²².

¹⁹ Carl Brockhausen, Paneuropa und Mitteleuropa, in: PE 6 (1930), S. 140–142.

²⁰ Dieter Geßner, Industrie und Landwirtschaft 1928–1930, in: Industrielles System, S. 771.

²¹ Vgl. Kap. V/1. Zur Rolle Wilmowskys in den Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft z. B.: BA NL Silverberg 363, 6–9 (8. 2. 1930).

²² Vgl. zur Vermittlerrolle des Langnam-Vereins (Schlenker, Hahn) und zu dessen Stellung im Rahmen des erneuerten Solidarprotektionismus z. B. Meynen an Silverberg, 26. 3. 1930 mit

Die Stärkung der landwirtschaftlichen Interessenvertretung durch die Grüne Front und die Bewahrung schwerindustriell-großagrarischer Solidarität in der durch den deutsch-polnischen Handelsvertrag akut gewordenen Krise ließen um 1929/30 eine Konstellation wirtschaftlicher Interessenten entstehen, die es in langwierigen Auseinandersetzungen unternahm, den am Prinzip der Meistbegünstigung festhaltenden Kreisen in Industrie und Handel den beherrschenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Außenhandelspolitik streitig zu machen.

Zwar versuchte Wilmowsky, unter dem Eindruck der drohenden handelspolitischen Einkreisung Deutschlands, einen Interessenausgleich in einem gemeinsamen Studienkomitee von Industrie und Landwirtschaft „unter Führung eines von beiden Seiten anerkannten Sachverständigen, etwa des Professor Warmbold“, zu erreichen²³. Doch kam angesichts des mit äußerster Schärfe ablaufenden Konflikts um die Zollforderungen der Landwirtschaft im Winter 1930/31 nicht einmal ein solches Komitee zustande. Die Aktivitäten der agrarischen Seite alarmierten hingegen die weltmarktorientierten Industrien, die im RDI noch immer die Richtung bestimmen konnten. In ihrem Sinne wurden dann auch im Dezember 1930 die RDI-Vertreter bei Reichsregierung und Parlamentariern wie auch beim Reichspräsidenten vorstellig und wiesen auf die „Gefahr einer Erschütterung des gesamten deutschen Handelsvertragssystems und der Grundlagen der deutschen industriellen Produktion“²⁴ hin, falls der von landwirtschaftlicher Seite geführten „Agitation zur Erreichung neuer Zollerhöhungen und anderer Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr“²⁵ nachgegeben werde. Auch in dem im September 1930 eingesetzten Europa-Ausschuß des RDI stießen die von landwirtschaftlicher und schwerindustrieller Seite entwickelten Forderungen auf den Widerspruch exportorientierter Industrien. So betonte Pietrkowski für die chemische Industrie, „unser Interesse an Südosteuropa (sei) nicht gross genug, um wichtige Überseeinteressen preiszugeben“²⁶.

Die Erfahrung, daß den binnenmarktorientierten Interessenten die Formulierung der Handelspolitik des RDI nicht möglich war, bewog den Langnam-Verein, die schon seit längerem bestehenden Kontakte zur Deutschen Gruppe des MWT zu aktivieren, um auf dem Umweg über diesen in der Öffentlichkeit unauffälligen Verband der Verwirklichung der Ziele des schwerindustriell-großagrarisches Interessenkartells näherzukommen.

Wenngleich sich der RDI den Forderungen nach dem Abbau weltwirtschaftlicher Beziehungen zugunsten einer ‚mitteleuropäischen‘ Zollunion bzw. einer Großraumwirtschaft im Sinne der Schwerindustrie bis Anfang 1931 noch widersetzte, so bedeutete dies jedoch nicht, daß er umgekehrt den Ausbau der deutsch-franzö-

Anlage, BA NL Silverberg 363, 27–37 Rs; auch: Der Langnam-Verein für Europa-Wirtschaftspolitik, in: E-W 1 (1930), S. 177–180.

²³ Wilmowsky an Silverberg, 9. 9. 1930, BA NL Silverberg 365, 200–202.

²⁴ RDI-Rundschreiben, 10. 12. 1930 und 13. 12. 1930, ebda 234–236, 237.

²⁵ So im RDI-Rundschreiben, 5. 2. 1931, ebda 297–299.

²⁶ BA NL Silverberg 306, 20–27.

sischen Wirtschaftsbeziehungen als Grundlage einer ‚paneuropäischen‘ Zollunion gefördert hätte.

Eine solche Alternative war nicht nur von wirtschaftspublizistischen Kreisen favorisiert worden, wie etwa von Wilhelm Grotkopp, der in seiner ab 1930 herausgegebenen Zeitschrift ‚Europa-Wirtschaft‘ und in anderen Publikationen die ‚Europäische Zollunion als Weg aus deutscher Wirtschaftsnot‘²⁷ wiederholt empfahl. Sie war auch innerhalb des RDI bereits im Oktober 1929 zur Sprache gekommen, als Kastl eine ernsthafte „Prüfung der Fragen Paneuropa und Europäische Zollunion“ zur „Wahrung unserer nationalen Interessen“²⁸ für notwendig gehalten hatte. Allerdings vermochte sich die Mehrheit des RDI dem Votum Richard Heilners nicht anzuschließen, der die „Bildung eines Großraum-Wirtschaftsgebietes“ als Voraussetzung für eine Politik der Steigerung der Massenkaufkraft in Europa und damit für die Abwendung eines drohenden sozialen Umsturzes verlangte²⁹. Gerade mit Rücksicht auf die Lage der deutschen Landwirtschaft dürfte der RDI einem Abbau der Zollgrenzen innerhalb Europas nicht zustimmen, hielt Müller-Oerlinghausen³⁰ dieser Argumentation entgegen.

Einer Intensivierung der deutschen Beziehungen zu Frankreichs Wirtschaft und Politik mit dem Fernziel eines ‚Paneuropa‘ stand mithin der RDI als Spitzenverband der deutschen Industrie mit ähnlicher Zurückhaltung gegenüber wie die amtliche Außenpolitik. Darüber hinaus zeichnete sich noch in der Amtszeit Stresemanns die Möglichkeit einer Synchronisierung zwischen amtlicher Politik und schwerindustriellen Interessen in bezug auf ‚mitteleuropäische‘ Aktivitäten ab, eine alternative politische Orientierung, die umso bedeutsamer wurde, je mehr der Langnam-Verein durch eine geschickte Bündnispolitik innerhalb der Wirtschaft und damit auch im RDI an Gewicht gewann.

3. Die Krise als Ansatz für Deutschlands forcierten Revisionismus

Als im Februar 1930 Briand und Handelsminister Flandin die Chancen für eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen der bevorstehenden Genfer Zollfriedenskonferenz zu sondieren begannen, meinte zwar Botschafter Hoesch die Aussage machen zu können, er „hätte bei massgebenden Stellen in Berlin viel Neigung für den Gedanken einer deutsch-französischen Zollunion gefunden“³¹, doch blieben amtliche Außenpolitik und wirtschaftliche Interessenverbände wei-

²⁷ So der Titel seines 1931 erschienenen Buches, in dem er auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich aufmerksam macht, ohne die „Mitteleuropa ein reaktionäres Gebilde“ zu werden drohe (S. 22).

²⁸ Ludwig Kastl, Fragen der Internationalen Wirtschaftspolitik, in: Veröffentlichungen des RDI 48 (Oktober 1929), S. 35–36.

²⁹ Diskussionsrede Richard Heilner, ebda S. 36–41.

³⁰ Ebda, S. 41.

³¹ Hoesch an AA, 7. 2. 1930, BA R 43 I/2428, 58–61.

terhin zurückhaltend. Im AA registrierte man die französischen Pläne für eine „Ausgestaltung deutsch-französischer Beziehungen, insbesondere auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet“³², die eine „Selbstbefriedigung Europas mit landwirtschaftlichen Produkten“ sowie eine „präferenzielle Behandlung von Industrieprodukten innerhalb Europas“ vorsahen, was auf Absperrungstendenzen gegenüber außereuropäischen Gebieten hinauslief.

Dem Vorschlag zu einem „unauffällige(n) Meinungs-austausch“ zwischen beiden Staaten wollte sich die deutsche Regierung schon angesichts der kritischen Wirtschaftslage nicht entziehen. Eine „gewisse Aktivität“ sei vor allem aber geboten, weil Frankreich versuche, „sich für Wirtschaftskampf mit Amerika Genossen zu sichern, und die französischen Trabantenstaaten in Europa von wirtschaftlicher Annäherung an Deutschland abzuhalten“. Bei solchen Verhandlungen müsse die deutsche Seite allerdings das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten „in Hinblick auf Reparationen und amerikanische Kredite“ sowie auf etwaige protektionistische Maßnahmen gegen den deutschen Export beachten, überdies dürfe die deutsche Rußlandpolitik nicht belastet und die Universalität des Völkerbundes durch den von Frankreich betriebenen europäischen Zusammenschluß keinesfalls ausgehöhlt werden. Wenn schließlich Curtius für sein Genfer Gespräch mit Briand nahegelegt wurde, die deutsche Bereitschaft zu erklären, „mitzuwirken am wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas“, so geschah dies in der Absicht, den französischen Plänen nach Möglichkeit jede gegen Deutschlands ‚mitteleuropäische‘ Absichten gerichtete Spitze zu nehmen.

Als die französische Regierung Mitte Mai 1930 in den Hauptstädten Europas (außer in Moskau, Ankara und Reykjavik) das „Mémorandum sur l'organisation d'un régime d'union fédérale européenne“ überreichen ließ, war die im Grunde ablehnende deutsche Antwort bereits vorgezeichnet³³. Sie beruhte – in konsequenter Fortführung der von Stresemann verfolgten Politik – auf der Einsicht, daß die von Briand vorgeschlagene Form des europäischen Zusammenschlusses die Chancen für eine Revision des Friedensvertrages und für eine ‚mitteleuropäische‘ Expansion erheblich einengen würde³⁴.

Gegenüber den französischen Vorstellungen hob eine Aufzeichnung³⁵ die Alternative „Paneuropa und europäische Befriedung und Annäherung“ einerseits, „Mitteleuropa“ andererseits hervor und betonte, der Reichsregierung sei im Gegen-

³² Aufzeichnung, 7. 5. 1930, PA Büro RM 74, Bd 1, D 702616–25.

³³ Zu den Beratungen der Reichsregierung über die Formulierung der am 15. 7. 1930 in Paris überreichten deutschen Antwort siehe: Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 22–24, Lipgens, Europäische Einigungsidee, S. 328–353, Ruge/Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus, in: ZfG 20 (1972), S. 40–70.

³⁴ Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 153, überschätzt die Chancen für einen zwischen Briand und Stresemann auszuhandelnden Kompromiß zwischen französischer und deutscher Politik, wenn er für das Scheitern des Plans die Verhärtung der außenpolitischen Fronten nach Stresemanns Tod („Der Briandplan kam also zu spät“) verantwortlich zu machen sucht.

³⁵ PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2 (ohne nähere Datierung).

satz zu den von Briand formulierten Vorschlägen „bewußt, daß einer gesamteuropäischen Wirtschaftsverständigung noch erhebliche Schwierigkeiten im Wege“ stünden. Im Blick auf den erstmals auf deutschem Boden tagenden MWT³⁶ wurde weiter festgestellt: „Sie begrüßt deswegen besonders lebhaft alle Bestrebungen, die darauf abzielen, zunächst auf dem Wege regionaler Vereinbarungen diejenigen Länder zusammenzufassen, die durch ihre geographische Lage und ihre besondere Wirtschaftsstruktur darauf angewiesen sind, sich gegenseitig zu ergänzen. Der Gedanke des Zusammenschlusses der im Zentrum Europas gelegenen Staaten scheint ihr von diesem Gesichtspunkt aus besonders geeignet, die europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorzubereiten.“

Um einen solchen, den deutschen Interessen entsprechenden Zusammenschluß der europäischen Wirtschaft zu erreichen, bot sich der deutschen Außenpolitik die Kombination zweier Wege an: Einerseits sollte ein solches Ziel grundsätzlich im Rahmen des Völkerbundes und in Abstimmung mit den USA angestrebt werden, was Deutschland zusammen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu einem relativen Übergewicht gegenüber Frankreich verholfen hätte; andererseits gab das AA einer Politik deutlichen Vorrang, die – den Ansatz der Zollunions-offerte Stresemanns an die Tschechoslowakei aufgreifend – Deutschland eine wirtschaftliche und politische Machtposition in ‚Mitteleuropa‘, d. h. in Ostmittel- und Südosteuropa sichern sollte, bevor es auf der Grundlage einer zu seinen Gunsten verschobenen Machtkonstellation anderen westeuropäischen Staaten, voran Frankreich, den Anschluß an ein solches deutsches ‚Mitteleuropa‘ hätte anbieten können. In jedem Falle wollte das AA einer unmittelbaren Konfrontation mit dem französischen Anti-Revisionismus, wie sie die Vorschläge einer deutsch-französischen Zollunion und in modifizierter Form das Europa-Memorandum Briands in Aussicht stellten, vorläufig aus dem Wege gehen.

Beide Ansätze hat die deutsche Außenpolitik 1930/31 verfolgt: Deutschlands Mitwirken im Europa-Ausschuß des Völkerbundes dokumentierte das Festhalten am Prinzip grundsätzlich universaler, d. h. nicht europäisch-kontinentaler Organisation der Staatenwelt, wobei es der deutschen Politik bezeichnenderweise gelang, die von Frankreich ursprünglich nicht eingeladene Sowjetunion mitzubeteiligen. Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion sollte nicht allein den bilateralen Anschluß vorbereiten, sondern darüber hinaus dem Aufbau einer ‚mitteleuropäischen‘ Machtposition dienen.

So wie Frankreich den gesteigerten Druck der USA auf Europa zum Anlaß seiner Einigungsvorschläge nahm, so bediente sich auch die deutsche Außenpolitik der Krisensituation, insbesondere der prekären wirtschaftlichen Lage Österreichs und der südosteuropäischen Agrarstaaten, als eines Hebels für forcierte revisionistische

³⁶ Die Aufzeichnung deckt sich stellenweise mit den „Stichworte(n) zum Thema ‚Panuropa, Mitteleuropa und europäische Befriedung und Annäherung‘“, die das AA dem Reichspostminister Schätzel zur Eröffnung des MWT in Breslau mitgegeben hatte, PA Ref Vbd, Panuropa Allg, Bd 2, L 503443–47.

Aktionen, die im deutsch-österreichischen Zollunionsplan einen ersten Höhepunkt erreichten³⁷.

Innerhalb der nach dem Ersten Weltkrieg neugestalteten europäischen Ordnung bildete Österreich den Schnittpunkt der von Frankreich bzw. von Deutschland verfolgten kontroversen politischen Linien. Die Aufteilung der Donaumonarchie durch die Pariser Vorortverträge, die auf wirtschaftliche Interdependenzen in diesem Raum keine Rücksicht nahmen, hatte für Österreich schwerwiegende strukturelle Probleme geschaffen, die „durch eine rigorose Zoll- und Währungspolitik, in der sich die politisch-wirtschaftlichen Selbstbehauptungsbemühungen aller Nachbarstaaten am deutlichsten manifestierten, noch besonders verschärft“³⁸ wurden. Als Ausweg aus dieser Strukturkrise wurde immer wieder die Einbeziehung Österreichs in einen größeren Wirtschaftsraum vorgeschlagen; die Alternative zwischen ‚Anschluß‘ und ‚Donauföderation‘ stellte darum ein Generalthema für die österreichische Außenpolitik dar, von den Anfängen unter Otto Bauer 1918/19 bis in die dreißiger Jahre hinein³⁹.

Diese Situation nutzten Deutschland und Frankreich in Konkurrenz zueinander dadurch aus, daß sie auf dem Wege der wirtschaftlichen, insbesondere der finanziellen Verflechtung eine Entscheidung Österreichs nach der einen oder anderen Seite hin zu präjudizieren trachteten. Während in Deutschland vor allem der Langnam-Verein und Teile der bayerischen Wirtschaft nicht ohne Erfolg versuchten, Österreich über die Montanindustrie und die Energiewirtschaft an die deutsche Wirtschaft zu koppeln, gelang es dem mit Kapital besser ausgestatteten Frankreich, vorwiegend Schlüsselpositionen im Bankwesen, so etwa in der Österreichischen Credit-Anstalt, zu besetzen⁴⁰.

Nachdem Frankreich im Briand-Memorandum einen Weg gefunden zu haben meinte, Deutschland noch vor den zu erwartenden Auseinandersetzungen über seine Revisionsforderungen in ein europäisches System einbinden und über eine gesamteuropäische Krisenstrategie den deutschen Penetrationsvorstößen in Österreich und Südosteuropa den Boden entziehen zu können, hielt die deutsche Außenpolitik die Zeit für gekommen, die Vorbereitungen für eine Zollunion mit Österreich voranzutreiben. Nach der Veröffentlichung des Projektes im März 1931 versuchten die Vertragspartner zwar, die geplante Zollunion als einen zunächst bilateralen Beitrag zu der von Briand vorgeschlagenen umfassenderen europäischen Eini-

³⁷ Vgl. Link, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 504: „Der Weg für die Weiterführung der Revision des Versailler Vertrages wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 1931 nicht verbaut, sondern sogar planiert“.

³⁸ Dörte Doering, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung während der Weltwirtschaftskrise, in: Industrielles System, S. 521.

³⁹ Dazu Lajos Kerekes, Zur Außenpolitik Otto Bauers 1918/19. Die „Alternative“ zwischen Anschlußpolitik und Donauföderation, in: VfZ 22 (1974), S. 18–45.

⁴⁰ Vgl. etwa Albert Vögler an Curtius, 13. 6. 1930, ZStA AA 41769, 223–227; Dt Ges Wien an AA, 5. 12. 1930, ZStA AA 41777, 211–212 betr. Konkurrenz deutschen und französischen Kapitals in Montanindustrie und Energiewirtschaft Österreichs. Siehe auch Diskussionsbeitrag Hans Mommsens, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 169.

gung darzustellen⁴¹. Doch als Hindenburg im AA rückfragte, ob Botschafter Hoeschs Hinweis in Frankreich zweckmäßig gewesen sei, es handle sich bei dem Projekt „um eine regionale Verständigung im Rahmen Paneuropas“⁴², enthüllte die Antwort den bloß propagandistischen Charakter dieser Version. Bülow nämlich schrieb zurück, dabei sei „zu berücksichtigen, daß der Paneuropa-Gedanke in Frankreich sehr zahlreiche Anhänger hat. Wir schlagen daher mit diesem Argument die Gegner mit ihren eigenen Waffen“⁴³. Schon im Januar 1931 hatte Bülow dem deutschen Botschafter in Washington erklärt, es bestehe ein Plan, „eine Wirtschaftsunion mit Österreich einzugehen, die wahrscheinlich schnell zu einem Anschluß der Tschechoslowakei und Ungarns führen würde . . . Es ist durchaus möglich, daß sich politische Konflikte daraus ergeben, obwohl wir der Angelegenheit ein paneuropäisches Mäntelchen umhängen werden“⁴⁴.

Die vorhergesagten Konflikte ließen nicht lange auf sich warten. Durch den von Frankreich und der Tschechoslowakei ausgeübten Druck sahen sich Deutschland und Österreich im September gezwungen, von ihrem Plan wieder Abstand zu nehmen. Zwar war nochmals offenkundig geworden, daß Deutschland für eine eigenmächtige ‚Mitteleuropa‘-Politik noch nicht stark genug war. Nicht ohne Grund bemühte sich Brüning in den folgenden Monaten, sich über eine deutsch-französische Wirtschaftskommission, die mit Ministerialbeamten und Vertretern der Privatwirtschaft besetzt wurde, mit Frankreich unmittelbar wieder ins Benehmen zu setzen⁴⁵. Doch bedeutete der erzwungene Verzicht auf die Zollunion keine grundsätzliche Abkehr von der in südosteuropäischer Richtung forcierten deutschen Revisions- und Expansionspolitik. Der Weg zum Ausbau einer nun auch von der Publizistik vermehrt geforderten ‚Großraumwirtschaft‘⁴⁶ war für amtliche Politik und wirtschaftliche Interessenten nun umso leichter zu begehen, als es inzwischen auch gelungen war, die gesellschaftlichen Einigungsbestrebungen in den Griff zu bekommen.

⁴¹ Während Hauser (Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, 1955), Krulis-Randa (Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt, 1955) und Kühl (Föderationspläne im Donauraum, 1958) die von Curtius behauptete Vereinbarkeit des Planes mit den Vorschlägen Briands betonten, konnte erstmalig F. G. Stambrook (The German-Austrian customs union project of 1931) nach Auswertung der einschlägigen Archivalien die entgegengesetzte Interpretation belegen.

⁴² Zit. nach Berndt, Die wirtschaftlichen Beziehungen, S. 162.

⁴³ Ebda.

⁴⁴ Bülow an Prittwitz, 20. 1. 1931, AA Film 4620, 199138–40, zit. nach Brügel, Tschechen, S. 221.

⁴⁵ PA Pol II Frkr, Pol 2 E, Bde 1–4 und BA NL Silverberg 245.

⁴⁶ Vgl. den von Wilhelm Gürgé und Wilhelm Grotkopp hrsg. gleichnamigen Sammelband (1931).

V. Einigungsbestrebungen im europäischen Konflikt zwischen Mitteleuropa und Donauföderation 1931–1933

1. Die vollendete Instrumentalisierung der deutschen Europa-Verbände durch wirtschaftliche Interessen und amtliche Politik

Die finanziellen Engpässe, die die Deutsche Gruppe des MWT seit ihrer Gründung beklagte, wurden durch das Interesse des DIHT und durch den Beitritt bedeutender Banken ebensowenig behoben wie durch das gesteigerte Interesse der amtlichen Politik, das sich in der Übernahme des Ehrenvorsitzes bei der Breslauer Tagung durch Curtius und in der Teilnahme weiterer Minister ausdrückte. Noch im August 1930 berichtete die Deutsche Gesandtschaft Wien von dem Vorhaben Tilgners, die Leitung des dortigen – gegenüber Hantos von der Deutschen Gruppe unterstützten – Mitteleuropa-Instituts aufzugeben, „wenn von reichsdeutscher Seite nicht bald ein regeres Interesse, auch auf finanziellem Gebiete, an den Tag gelegt werde“. Lerchenfeld bat daraufhin „dringend, auf die in Frage kommenden deutschen Kreise, namentlich den Industrie- und Handelstag, in geeignet scheinender Weise einzuwirken, dem Mitteleuropa-Institut des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in Wien nun endlich die in Aussicht gestellte finanzielle Beihilfe zukommen zu lassen. Dieses Opfer steht in keinem Verhältnis zu den Nachteilen, die mit einem Verschwinden des genannten Institutes verbunden wären“¹.

Auch vom RDI konnte die Deutsche Gruppe des MWT die nötige Unterstützung nicht erhalten², erhoffte sie dann aber vom Langnam-Verein, mit dem bereits im März 1929 Verhandlungen stattgefunden hatten, und zwar durch eine Beteiligung „mit einigen führenden Herren und mit entsprechenden finanziellen Zuschüssen“³. Daß diese Verhandlungen nach einer eineinhalbjährigen Karenzzeit Ende 1930 in wenigen Wochen zu einem Abschluß gebracht wurden und damit die Umgründung der Deutschen Gruppe des MWT – unter Beteiligung von RDI und DIHT, jedoch mit unbestrittener Dominanz des Langnam-Vereins – am 13. 2. 1931 vorbereitet hatten, war wohl kaum der regen Werbetätigkeit des MWT zuzuschreiben, sondern der anderweitig motivierten Interessenlage des Langnam-Vereins, die ihn zu raschem Handeln nötigte.

Von 1926 an hatten Schlenker und Hahn vom Langnam-Verein den Wirtschaftsausschuß, später auch den Reichswirtschaftsausschuß der DÖAG besetzt bzw. monopolisiert und damit weitgehend auch die Aktionen der DÖAG für das Reich bestimmt. 1930 hatten sie die Bildung eines Zollunion-Ausschusses betrieben, der zu

¹ Dt Ges Wien an AA, 14. 8. 1930, ZStA AA 44997, 1–2.

² Strencioch an AA, 8. 9. 1930, ZStA AA 44997, 4–5: „Die Bemühungen der Deutschen Gruppe, von anderer Seite finanzielle Unterstützung zu erlangen, sind bis jetzt leider fehlgeschlagen, nicht zuletzt wegen der Uninteressiertheit des Reichsverbandes der Deutschen Industrie“.

³ Protokoll der Vorstandssitzung der Dt Gruppe des MWT, 10. 5. 1929, ZStA AA 42995, 224–228.

gleichen Teilen von deutscher und österreichischer Seite besetzt werden sollte. Wie schon in der Satzungsfrage gaben auch diesmal Interessenunterschiede zwischen dem Langnam-Verein und der DÖAG-Zentrale zu Konflikten Anlaß, die jetzt zum Ausscheiden der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie aus der DÖAG führten.

Während Schlenker und Hahn noch in den letzten Monaten des Jahres 1930 auf sofortiges Zusammentreten dieses Ausschusses drängten – die Vorbereitungen der amtlichen Außenpolitik blieben wohl kaum verborgen –, versuchte der Vorsitzende der DÖAG, Emminger, eine Beteiligung auch des RDI und des DIHT zu erreichen und solange ein Zusammentreten des Ausschusses hinauszuzögern⁴. Eine solche Verbreiterung hätte, wie Emminger gehofft haben mag, die schwerindustriellen Interessen im Ausschuß womöglich neutralisieren können.

Zeitlich parallel zu diesen Auseinandersetzungen sah sich die Spitze des Langnam-Vereins, d. h. Schlenker und Hahn, nach einer anderen Organisation zur Durchsetzung und zu gleichzeitiger Verschleierung ihrer Mitteleuropa-Ambitionen um. Sie aktivierten im November 1930 die schon angeknüpften Kontakte zur Deutschen Gruppe des MWT, von deren Vorsitzendem Gothein angesichts einer angebotenen jährlichen Subvention von mindestens 30 000 M kaum Widerstand zu erwarten war⁵.

Den Bedenken Gotheins, „dass eine sofortige Kooptation sämtlicher von Düsseldorf vorgeschlagenen Herren, die gleichzeitig dem Reichswirtschaftsausschuss der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft angehören, . . . in den südosteuropäischen Ländern unter Umständen missverstanden werden“ könnte, kam Schlenker mit der Zusage entgegen, den Beitritt „etappenweise“ zu vollziehen, ebenso auch dem Wunsch, die Wiener Zentrale nicht direkt, sondern über die Deutsche Gruppe zu unterstützen. Daß beide Vereinbarungen in der Folgezeit nicht eingehalten wurden, unterstreicht die Berechtigung der Einwände, die Siegert namens des DIHT gegen die von Gothein erzielten Verhandlungsergebnisse vorbrachte. Er betonte die Notwendigkeit, die Aufgaben der Deutschen Gruppe des MWT von denen des Reichswirtschaftsausschusses der DÖAG deutlich abzugrenzen, und fragte weiter, „ob von Düsseldorf auch Bedingungen in materieller Hinsicht, also in Bezug auf das Arbeitsprogramm“ gestellt worden seien, da er in diesem Falle Vorbehalte machen müßte. Es offenbart die Arglosigkeit, mit der die Deutsche Gruppe die Verhandlungen mit dem Langnam-Verein führte, wenn es im Protokoll lapidar heißt: „Die Frage wird verneint.“

Zuversichtlich teilte Gothein dem AA im Januar 1931 den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit: „Krupps Schwager Herr v. Wilmowsky wird gleichberechtigter Vorsitzender mit mir werden; . . . Dr. Schlenker wird den Vorsitz im Arbeitsausschuß übernehmen usw., sodaß wir aus den Finanzsorgen wohl heraus-

⁴ ZStA DÖAG 115, 211 und 214–215.

⁵ Protokoll der Vorstandssitzung (28. 11. 1930) der Dt Gruppe des MWT, 1. 12. 1930, BA, NL Gothein 51, 71–74.

kommen und größere Aktivität entfalten werden.“⁶ Die offizielle Umgründung der Deutschen Gruppe des MWT, die erst zu diesem Zeitpunkt ins Vereinsregister eingetragen wurde, erfolgte in der Mitgliederversammlung am 13. 2. 1931. Dabei wurden eine Satzung verabschiedet⁷ und ein Präsidium, ein Vorstand sowie ein Arbeitsausschuß gebildet.

Indessen zeigt die Zusammensetzung des Präsidiums, daß RDI und DIHT dem Langnam-Verein das Feld nicht völlig überlassen wollten. Der bislang am MWT weithin desinteressierte RDI war immerhin durch Carl Duisberg, der DIHT durch Grund (IHK Breslau), Hamm (Präsidialmitglied des DIHT) und Toepffer (IHK Stettin) vertreten; unter den insgesamt zwölf Präsidialmitgliedern dominierten freilich Montan- und Schwerindustrie (Brennecke, Poensgen, Schlenker, Springorum) und die Landwirtschaft (v. Wilmowsky, v. Zitzewitz-Kottow). Von den exportorientierten Industrien waren Siemens (Winterfeld) und die IG Farben (durch den schon erwähnten Duisberg) beteiligt, Gothein stellte sich weiterhin als zweiter Vorsitzender neben Wilmowsky zur Verfügung.

Der weitere Vorstand zeigte ein ähnliches Bild; ihm gehörte u. a. auch Schlenkers Mitarbeiter Dr. Max Hahn an, der eine Schlüsselrolle bei der gänzlichen Funktionalisierung des Verbandes im Dienste des Langnam-Vereins spielte⁸. Als Unterausschüsse umfaßte der Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz von Schlenker einen Handelspolitischen, einen Agrar- und einen Presse- und Propaganda-Ausschuß.

Gothein und Strencioch, die nach außen hin die Kontinuität der Organisation und ihrer Ziele demonstrieren sollten und darum in ihren Ämtern belassen worden waren, berichteten in einem Rundschreiben an die Mitglieder von den Bemühungen, die Landwirtschaft noch stärker an der Deutschen Gruppe zu beteiligen, und gaben schließlich der Erwartung Ausdruck, der organisatorische Ausbau werde „die Deutsche Gruppe in den Stand setzen, die durch das Deutsch-österreichische Abkommen eingeleitete Neuordnung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Mitteleuropa unter Wahrung der deutschen Interessen praktisch zu fördern“⁹. Gleichwohl behinderten noch – trotz des Übergewichts schwerindustrieller Interessen in der Deutschen Gruppe – Interessendifferenzen zwischen den einzelnen Verbänden eine zielstrebige ‚Mitteleuropa‘-Arbeit der Organisation im Sinne des Langnam-Vereins.

Entgegen den von Schlenker und Hahn betriebenen Bemühungen, eine geschlossene ‚mitteleuropäische‘ Großraumwirtschaft zu errichten, schlug Toepffer (Repräsentant der Handelskammern) als Leiter der deutschen Delegation bei der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung in Wien am 18. und 19. März 1931 vor, „den Weg zur Lösung der Krise nicht in Präferenzzöllen und Kontingenten, sondern im all-

⁶ Gothein an AA, 24. 1. 1931, ZStA AA 42997, 47.

⁷ „Name und Zweck: Der Verein ‚Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe‘, ist eine Vereinigung zur Förderung der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und den anderen mitteleuropäischen Ländern“.

⁸ Ergebnis der Umgründung: ZStA AA 42997, 77–83 und BA, NL Gothein 52, 17–31.

⁹ Rundschreiben, 31. 3. 1931, ZStA AA 42997, 77–83.

gemeinen Abbau der Zölle in den Agrarstaaten und in dem Zusammenschluss zu grösseren Wirtschaftseinheiten“ zu suchen¹⁰.

Schon vor der Veröffentlichung des Zollunionsprojektes hatten die Vertreter des DIHT gemahnt, zumindest aus optischen Gründen den Zollunionsausschuß der DÖAG (noch) nicht einzuberufen, denn die Reichsregierung habe, wie man in Wien treffend formulierte, „in Genf einen schweren Stand, den man durch das Abbrennen einer Zollvereinsrakete hinter dem Rücken des Ministers Curtius nicht unnötig erschweren sollte“¹¹. Schlenker und Hahn drängten jedoch wiederholt, den Zollunionsausschuß der DÖAG arbeiten zu lassen und auf etwaige Bedenken in den Spitzenverbänden keinerlei Rücksicht zu nehmen, ja sie schlugen schließlich vor, auf die Beteiligung Hamms vom DIHT einfach zu verzichten, „da er aus Prestigegründen offenbar den Ausschuß zerschlagen will“¹². Sie betonten auch, daß der Ausschuß nicht die Aufgabe habe, Spannungen zwischen einzelnen Wirtschaftsgruppen auszugleichen¹³.

Als die Vereinbarungen des Langnam-Vereins mit der Deutschen Gruppe des MWT unter Dach und Fach waren und die Gruppe nach den Vorstellungen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie umgebildet war, zeigten Schlenker und Hahn weder am Zollunionsausschuß noch an der DÖAG selbst weiter Interesse, da deren Aufgaben durch die Ereignisse überholt seien¹⁴. Die Motive des Langnam-Vereins lagen dabei nicht nur in der Bekanntgabe des Zollunionsprojektes. Vielmehr stand nun dem Verein in der Deutschen Gruppe des MWT eine Organisation zur Verfügung, die für die über Österreich hinausgehenden ‚mitteleuropäischen‘ Ambitionen der Schwerindustrie einen Deckmantel abgeben konnte; Schlenker und Hahn hatten schon lange zuvor darauf hingewiesen, daß ein wirtschaftlicher Anschluß Österreichs nur einen ersten Schritt in Richtung ‚Mitteleuropa‘ bedeuten würde¹⁵. Die DÖAG verlor durch das Ausscheiden des Langnam-Vereins viel von ihrer Bedeutung, die nach Südosteuropa gerichtete Wirtschaftspolitik lag von nun an beim MWT. Eine Fusion mit dem MWT lehnte die DÖAG trotz ihres Substanzverlustes „in beiderseitigem Interesse“ ab, denn „von der norddeutschen Schwerindustrie bekomme man nichts und wolle man auch nichts“¹⁶.

Die für die Deutsche Gruppe des MWT getroffene Regelung, den Vorsitz neben

¹⁰ Dt Ges Wien an AA, 28. 3. 1931, ZStA AA 42997, 84–85.

¹¹ ÖDAG an DÖAG, 17. 1. 1931, ZStA DÖAG 115, 180; siehe auch: 216–217 und 146–147.

¹² Hahn an DÖAG, 29. 1. und 30. 1. 1931, ZStA DÖAG 115, 214–215 und 211.

¹³ Hahn an RDI, 30. 1. 1931, ZStA DÖAG 115, 212–213.

¹⁴ Schlenker/Hahn an DÖAG, 16. 4. 1931, ZStA DÖAG 115, 234–235.

¹⁵ So etwa Hahn in einem Referat auf der Jahresversammlung der DÖAG für Rheinland-Westfalen, 8. 4. 1929: „Das Problem der deutsch-österreichischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kann nur aus einem großen Rahmen herausgegriffen werden. Dieser Rahmen wird durch die Stellung bestimmt, die die oesterreichische Wirtschaft in den mitteleuropäischen Ländern einnimmt . . . Wenn Deutschland sich den notwendigen wirtschaftlichen Betätigungsspielraum in Mitteleuropa schaffen will, ist vielmehr als nächste und dringlichste Aufgabe die Herstellung einer möglichst engen Zusammenarbeit mit Deutsch-Oesterreich gegeben.“ ZStA DÖAG 15, 298–308.

¹⁶ MWT Wien an Gothein, 2. 6. 1931, BA NL Gothein 52, 95–96 Rs.

Gothein mit Wilmowsky zu besetzen, schien indes Schlenker nicht ausreichend, um die Organisation ganz unter die Kontrolle des Langnam-Vereins zu bringen. Als im Mai 1931 der Versuch mißlang, Schlenkers Mitarbeiter Hahn die alleinige Verantwortung in der (bis dahin noch mit Strencioch besetzten) Geschäftsführung zu übertragen, errichtete Hahn am 1. 8. 1931 in Berlin ein Büro mit der Bezeichnung „Zentralstelle für Mitteleuropa, Büro Dr. Hahn“. Weder RDI noch DIHT waren über Kompetenzen und Ziele des Büros informiert¹⁷. Obwohl nun Gothein wegen des Bruchs der Vereinbarungen durch Hahn verlangte, über die Art der Zusammenarbeit nochmals zu verhandeln, auch auf die Gefahr hin, „dass sich ein Zusammengehen mit dem Westen noch jetzt zerschlägt“, billigten die anderen Spitzenverbände am 11. 9. 1931 nachträglich die Hahnsche Bürogründung. Ihnen hatte Schlenker energisch erklärt, er hoffe, „daß damit die Entwicklung der ganzen mitteleuropäischen Arbeit in ein zielbewußtes, fruchtebringendes Fahrwasser gebracht wird. Ich glaube nicht daran zweifeln zu brauchen, daß in den nächsten Jahren auf dem Gebiet dieser Fragen große Entscheidungen fallen werden“¹⁸.

Selbst nachdem Schlenker den bisherigen Geschäftsführer Strencioch mit fragwürdigen Methoden doch noch verdrängt und Hahn als alleinigen Geschäftsführer eingesetzt hatte, stellte sich Gothein dem in seiner Ausrichtung stark gewandelten und zum bloßen Instrument wirtschaftlicher Interessenpolitik gewordenen Verband weiterhin zur Verfügung, so als Repräsentant des deutschen MWT bei der von Hantos in Brünn Ende 1931 veranstalteten Tagung.

Damit war es im Laufe eines Jahres gelungen, den ursprünglich auf dem Boden der Freihandelsidee entstandenen Verband massiven wirtschaftlichen Gruppeninteressen unterzuordnen, ohne daß sich nach außen hin auffällige Veränderungen ergeben hätten. Seine Aufgabe war, die „steigende wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands nach außen“ zu durchbrechen und das Tor nach Osten und Südosten offenzuhalten¹⁹.

Zeitlich parallel zur Übernahme der Deutschen Gruppe des MWT durch den Langnam-Verein im Februar 1931 fand innerhalb der am Völkerbund orientierten Europa-Bewegung eine Entwicklung ihren Abschluß, die von der amtlichen Außenpolitik seit längerer Zeit eingeleitet und betrieben worden war. Das im Dezember 1927 nach langwierigen Vorbereitungen zustande gekommene Deutsche Kartell für europäische Annäherung war bereits 1928 wieder zerfallen, nachdem es auch in diesem Rahmen nicht gelungen war, die Differenzen zwischen dem VEV und Coudenhove-Kalergi beizulegen oder doch wenigstens zu neutralisieren. Die fortgesetzten Querelen veranlaßten das AA, intensiver als zuvor auf eine Fusion des VEV mit der Deutschen Liga für Völkerbund hinzuarbeiten. Selbst der sonst

¹⁷ „Exposé über den Gang der Verhandlungen mit dem Langnam-Verein“, Aufzeichnung Gothein 1931, BA NL Gothein 51, 76–81. Dies ergänzt bzw. korrigiert die Ausführungen von Berndt, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 236, Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur, S. 34–35 und Doering, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung, in: Industrielles System, S. 528.

¹⁸ Schlenker an Toepffer, 28. 7. 1931, BA NL Gothein 52, 117–118.

¹⁹ BA NL Gothein 53, 45–48.

dem VEV so wohlgesonnene Stresemann verlangte die „alsbaldige Begrabung des Kriegsbeiles“, denn die „amtliche Politik werde durch diesen unmöglichen Zustand schwerlich gefördert“²⁰. Weitere Mittel wollte das AA nur noch unter der Voraussetzung in Aussicht stellen, „dass im Hauptetat für 1929 nunmehr eine Etatisierung der Ausgaben des Verbandes für Europäische Verständigung erfolgt“²¹. Diese Tendenzen in der amtlichen Politik, durch die der VEV seine finanzielle Basis gefährdet sah, veranlaßten ihn, die während des Kartells angeknüpften Kontakte zum EZV zu intensivieren, was sich etwa in der zeitweiligen gemeinsamen Unterstützung der Zeitschrift „Europäische Wirtschaftsunion“ niederschlug, die von Christian Günther in Den Haag herausgegeben wurde.

Als dauerhafter erwies sich die enge Zusammenarbeit, die in nationalem Rahmen zwischen dem VEV und der Deutschen Liga für Völkerbund, analog dazu auf internationaler Ebene zwischen dem Bund für europäische Cooperation und dem Weltverband der Völkerbundligen im Februar 1929 eingeleitet und im Mai 1929 auf einer Tagung in Madrid definitiv geregelt wurde²². Zwar blieb eine relative Eigenständigkeit des VEV bis 1930 noch erhalten, und das Europa-Memorandum Briands bot willkommenen Anlaß zu Selbstzufriedenheit über die geleistete Arbeit im Dienste der Verständigung²³. Doch mußte auch der VEV im Zuge der allgemeinen Haushaltskürzungen erhebliche Reduktionen seiner inzwischen im Rahmen der Beiträge für die Interparlamentarische Union gewährten Subvention hinnehmen. Da er seitens seiner Einzelmitglieder, geschweige denn von Spitzenverbänden der Wirtschaft, ausreichende Unterstützung nicht zu erwarten hatte, gliederte sich der VEV bzw. das Deutsche Comité für europäische Cooperation der Deutschen Liga für Völkerbund als Europa-Kommission ein. Gleichzeitig wurde der EZV zur Wirtschaftskommission der Liga²⁴. Diese Fusion fand ihre Parallele in entsprechenden Vereinbarungen zwischen den jeweiligen internationalen Dachorganisationen. Sie schien die Meinung des AA – und letztlich Stresemanns selbst – zu bestätigen, daß der inzwischen erreichten Entwicklung zur Universalität die selbständige Existenz kontinentaler und regionaler zwischenstaatlicher Organisationen nicht mehr entsprach. Ähnlich hatte Schücking bereits 1909 und 1924 gegenüber der europäischen Idee argumentiert.

Wenn sich Schücking und Stresemann dennoch zur Gründung bzw. Förderung des VEV entschlossen hatten, dann nur aus dem temporären Motiv, der Verständigung

²⁰ Aufzeichnung Köpke, 23. 4. 1928, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

²¹ Aufzeichnung, 25. 10. 1928, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 4.

²² Heile an Vorstand des VEV, 19. 2. 1929, Dt Botsch Madrid an AA, 28. 5. 1929, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 5.

²³ So behauptete etwa Heile, „daß die angekündigte Versendung des offiziellen Fragebogens der französischen Regierung von unserem französischen Comité bei Briand angeregt worden ist“, ja sogar, „daß im Grunde der Locarnopakt seiner Anregung Herrn Reichsminister Stresemann gegenüber seine Entstehung verdanke“. Rundschreiben Heile, 23. 4. 1930 und Aufzeichnung Martius, 1. 10. 1930, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 5.

²⁴ Kirchhoff an AA, 22. 1. 1931 und Rundschreiben der Dt Liga, 17. 6. 1931, PA, Ref Vbd, Allg B 2, Bd 6; Kirchhoff an AA, 28. 2. 1931, PA, Ref Vbd, Allg B 1a-Allg, Bd 5, K 660483–86.

gungsbereitschaft republiktragender Schichten eine letztlich universal orientierte Organisation mit europäischem Vorzeichen zu bieten, um der kontinentalen (und für deutsche Begriffe anti-revisionistischen) Paneuropa-Idee den Boden zu entziehen. Die Eingliederung von VEV und EZV in die der Kontrolle durch die amtliche Politik sehr viel stärker unterworfenen Völkerbundliga markiert zugleich die Schwäche der gesellschaftlichen Basis solcher ursprünglich selbständiger Initiativen. Die durch die amtliche Politik angestrebte Kontrolle und Monopolisierung der Verständigungsbewegung fand eine zeitliche und inhaltliche Parallele in der Instrumentalisierung des MWT durch die Wirtschaft.

Im Unterschied zur Anschluß- bzw. Mitteleuropa-Bewegung und zu den ab 1931 in der Völkerbundliga zusammengefaßten Europa-Verbänden stieß die Paneuropa-Union Coudenhove-Kalergis bei Curtius und Brüning auf gesteigerte Ablehnung. Nachdem Reichstagspräsident Löbe im Dezember 1928 aus dem Vorstand der Paneuropäischen Union Deutschlands ausgeschieden war, hatte Coudenhove selbst die Führung der deutschen Sektion der PU übernommen²⁵. Zugleich hatte sich auch der programmatische Akzent der PU verschoben: Während Löbe, zugleich Vorsitzender des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, es vermocht hatte, die deutsche Forderung nach dem Anschluß Österreichs mit internationaler Verständigungsbereitschaft in sich zu verbinden, steuerte Coudenhove einen Kurs, der auf die verstärkten Revisionsforderungen wie auf die besonderen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion wenig Rücksicht nahm. Seine schon unter Stresemann kritisierte Haltung in der England-Frage hatte sich – bei manchen taktischen Modifizierungen – nicht grundlegend geändert. Im ganzen kam seine Stellung den revisionistischen Zielsetzungen Deutschlands so wenig entgegen, daß Bülow seine Empfehlung zu größter Zurückhaltung bei der Berliner Paneuropa-Tagung im Mai 1930 damit begründete, Coudenhove scheine „nach den hiesigen Beobachtungen in den letzten Jahren in steigendem Maße französische Tendenzen zu unterstützen“²⁶.

Neben den Vorwurf des Anti-Revisionismus traten Befürchtungen, die im März 1930 eingereichten Vorstellungen Coudenhoves von einem europäischen Staatenbund könnten dem außenpolitischen Interesse Deutschlands schaden: „Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass der Völkerbund, dessen Schwergewicht in Europa liegt, dadurch ausgehöhlt und seiner Daseinsberechtigung ziemlich beraubt werden würde, eine Entwicklung, die nicht nur vom Standpunkt des Völkerbundes, sondern auch vom deutschen Standpunkt durchaus unerwünscht wäre. Eine Billigung oder Förderung der Ideen des Grafen Coudenhove liegt daher schon aus diesem Grunde nicht im deutschen Interesse.“²⁷

²⁵ Vossische Zeitung, 7. 12. 1928 und WTB Nr. 2185, 20. 12. 1928, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

²⁶ „Aufzeichnung zur Tagung der Paneuropäischen Union in Berlin in der Zeit vom 17.–19. Mai d. J.“, 5. 5. 1930, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

²⁷ Aufzeichnung 9. 3. 1930 zu Coudenhoves Entwurf eines europäischen Staatenbundes, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

Die Ablehnung, die Coudenhove bei Brüning und Curtius erfuhr, ließ es ihm offenbar ratsam erscheinen, sich allmählich mehr auf die unter dem Eindruck der Krise und des Anwachsens nationalistischer Stimmen forcierten deutschen Revisionsforderungen einzustellen. So unternahm er im April 1931, während der internationalen Unruhe über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan, den Versuch, die in Europa kollidierenden Interessen Frankreichs und Deutschlands auf Kosten außereuropäischer Gebiete zu befriedigen. „Als Appendix zu dem Pan-europa-Gedanken“ wollte er, so berichtete v. Weizsäcker, „eine gemeinsame Verwaltung der westafrikanischen Kolonialgebiete durch die europäischen Staaten bzw. eine gemeinsame Bewirtschaftung dieser Gebiete durch eine Reihe grosser europäischer Gesellschaften in Anregung bringen!“²⁸ Damit unterschätzte Coudenhove freilich Richtung und Dynamik des forcierten deutschen Revisionismus, dem Österreich und die Korrektur der Ostgrenzen vorläufig näher lagen. Dies gilt auch für seine Vorschläge zur Revision des Versailler Vertrages im Februar 1932. Unter dem Schlagwort „Zurück zu den vierzehn Punkten Wilsons!“ wollte er neben der Bereinigung der Kriegsschuldfrage, der Lösung des Reparationsproblems und der Regelung der Korridorfrage auch die Rückgabe von Kolonien an Deutschland betreiben; ferner solle hinter der „Kulisse“ des Völkerbunds eine europäische Armee geschaffen werden, „die, wenn überhaupt, nur gegen Rußland Verwendung finden dürfte“.

Als Gegenleistungen für Frankreichs Konzessionen solle Deutschland bieten: „z. B. Anerkennung des territorialen Status Quo im Osten nach erfolgter Regelung der Korridorfrage sowie Aufhebung des Berliner Vertrages und Herstellung einer gemeinsamen Front gegen Russland.“²⁹ Von den Prämissen der deutschen Politik aus ist es erklärlich, daß Coudenhoves Forderung einer „europäischen Solidarität gegen Rußland“ von Bülow ebenso heftig abgelehnt wurde wie sein Vorschlag zur Lösung der Korridorfrage³⁰.

Einen vorläufig letzten mißglückten Versuch zur Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes unternahm Coudenhove am Vorabend seines Basler Pan-europa-Kongresses im September 1932. In einem offenen Brief kritisierte er heftig den französischen Ministerpräsidenten Herriot, der die deutsche Forderung nach militärischer Gleichberechtigung rigoros abgelehnt habe³¹. Seine Intervention im Interesse deutscher Revisionsziele (gerade auf militärischem Gebiet), denen er durch den Vorschlag eines intereuropäischen Generalstabes die antifranzösische Tendenz nehmen wollte, veranlaßte zwar Herriot, den Ehrenvorsitz des Pan-europa-Kongresses kurzfristig wieder niederzulegen, brachte aber Coudenhove dennoch keine Sympathien seitens der Regierung von Papen ein³².

Die um 1931/32 vollzogene Schwenkung Coudenhoves zu den deutschen Revisions-

²⁸ Aufzeichnung Weizsäcker, 2. 4. 1931, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2.

²⁹ Dt Ges Wien an AA, 24. 2. 1932, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 3.

³⁰ Bülow an Hoesch, 12. 5. 1932, ebda.

³¹ „Offener Brief“ in: Basler Nachrichten, 24./25. 9. 1932, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 3.

³² Coudenhove-Kalergi an v. Papen, 17. 8. 1932, ebda.

forderungen korrespondierte mit einer Stärkung des Führerprinzips in der von ihm neugegründeten „europäischen Partei“. „In Basel“ – so merkte Wilhelm Grotkopp kritisch an – „präsentierte sich die neue Partei sogleich in ihrem neuen Gewande, das sie in Anlehnung an Mussolinis und Hitlers Beispiel geschaffen hatte. Die jungen Kräfte der Partei trugen blaue Hemden und Blusen, die würdigeren Herren den paneuropäischen Einheitsschlips. Die ‚Sturmtrupps‘ der neuen Partei begrüßten begeistert ihren Führer, doch der Faschistengruß scheint noch nicht übernommen zu sein.“³³

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten beendete die Tätigkeit der PU in Deutschland, deren Mitglieder sogar Repressalien bis hin zur „Schutzhaft“ ausgesetzt waren. Durch Coudenhoves Eintreten für deutsche Revisionsziele war das AA immerhin in der Lage, noch im Januar 1934 auf eine Eingabe eines wegen Korrespondenz mit der Paneuropa-Bewegung in „Schutzhaft“ genommenen Bürgers zu bestätigen, „dass in manchen Punkten die Paneuropa-Bewegung die aussenpolitischen Forderungen der Reichsregierung unterstützt . . . Vom aussenpolitischen Standpunkt kann daher in einer Förderung des Paneuropa-Gedankens nicht ohne weiteres eine Schädigung der deutschen Interessen gesehen werden“³⁴.

Dabei sollte freilich nicht verkannt werden, daß Coudenhove – bei aller Sympathie für Mussolinis italienischen Faschismus – dem deutschen Nationalsozialismus in erbitterter Feindschaft gegenüberstand. Sie gründete zunächst in der von ihm durchaus realistisch eingeschätzten antifranzösischen Haltung Hitlers, die die etwa von Robert Bosch gehegte Hoffnung auf eine von Daladier und Hitler gemeinsam getragene Zusammenarbeit als Vorstufe Paneuropas illusorisch machte³⁵, zunehmend und grundsätzlicher aber in der rassistischen Programmatik und Praxis des Nationalsozialismus; 1935 sah sich Coudenhove zur erneuten Ausgabe der von seinem Vater verfaßten Schrift „Das Wesen des Antisemitismus“³⁶ herausgefordert.

2. Ansätze und Scheitern von Einigungsbestrebungen im Donaauraum

Die Versuche zur Lösung der wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Probleme Europas, wie etwa Öffnung und Erweiterung europäischer Märkte, Steigerung der Binnenkaufkraft, Ausgleich des Verhältnisses von Industrie- und Agrarstaaten, industrielle Entwicklung der Nachfolgestaaten, setzten in der Zeit um das Europa-Memorandum Briands verstärkt ein und reichten über die Konferenz von Stresa 1932 weit in die dreißiger Jahre hinein³⁷.

³³ Kölnische Zeitung, 8. 10. 1932, ebda.

³⁴ Vermerk 12. 1. 1934, PA, Ref Vbd, Allg B 3, Bd 3.

³⁵ Heuss, Robert Bosch, S. 659–660. Coudenhove verlor durch diesen Konflikt 1933 die moralische und finanzielle Unterstützung durch Bosch.

³⁶ Die gemeinsame Tätigkeit im ‚Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ verband Coudenhove seit langem mit Georg Gothein, der nach der Machtergreifung aus dem MWT ausgeschlossen wurde, BA NL Gothein 53, 156–157.

³⁷ Daß die Europa- bzw. Paneuropa-Frage auch im damaligen Sprachgebrauch nicht nur mit

Nach dem Scheitern des Zollunionsprojektes, mit dem die deutsche Politik das „Tor zum Balkan“, d. h. zu den Absatzmärkten und Rohstoffgebieten Südosteuropas offenhalten bzw. erweitern wollte, traten die internationalen Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche Organisation der Donaustaaten in ein akutes Stadium.

Die über Österreich hinausgreifenden Absichten verdeutlichte das AA in den Tagen um die Bekanntgabe des Zollunionsplans. Im Hinblick auf die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung im März 1931 in Wien betonte es, „dass es notwendig sei, dass Deutschland einstweilen im Hintergrund bleibe und dass man es den südosteuropäischen Staaten überlassen oder eventuell nahelegen solle, Deutschland ihrerseits Präferenzzölle oder eine Zollunion vorzuschlagen“³⁸. Der MWT versuchte daraufhin, diesem amtlichen Interesse – das dem der in die Deutsche Gruppe eingetretenen Wirtschaftskreise entsprach – in die Hände zu arbeiten. Während Gothein eine Propaganda-Aktion vorschlug, die die Staaten Südosteuropas zum Anschluß an die deutsch-österreichische Zollunion veranlassen sollte, wollte Tilgner den diskreteren Weg über die Schaffung von Landesgruppen des MWT in diesen Ländern gehen³⁹.

Nachdem die geplante Zollunion am Widerstand namentlich Frankreichs und der Tschechoslowakei gescheitert war, konnte die deutsche Außenpolitik in dieser Richtung zwar nicht sogleich wieder nach außen hin aktiv werden. Sie übte jedoch – soweit es möglich war – auf Österreich Druck aus, sich keiner Kombination ohne deutsche Beteiligung anzuschließen⁴⁰. Sie beobachtete weiterhin Ansätze zu Donauföderationsplänen⁴¹. Riedls Vorschlag, die vier europäischen Mächte Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich sollten sich so bald wie möglich über eine „Neuordnung des gänzlich desorganisierten europäischen Wirtschaftsraumes“ einigen, wurde vom AA zwar positiv aufgenommen, doch war man sich in Berlin darüber im klaren, daß die bestehenden Interessengegensätze eine Einigung unwahrscheinlich werden ließen⁴². Angesichts der von Frankreich und Italien initiierten und unterstützten Bestrebungen, in Südosteuropa einen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu erreichen, legte das AA die Maxime fest: „Unsere Politik wird darauf gerichtet bleiben müssen, unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an der Sanierung Südosteuropas deutlich zu bekunden, aber an unserer Forderung, bei den wirtschaft-

den Jahren der „Verständigungspolitik“ vor der Krise, sondern vor allem mit den Krisen-jahren selbst in Verbindung gebracht wurde, geht auch aus den Registraturen des AA hervor: PA, Sonderreferat Wirtschaft: 18 Bände „Paneuropa-Bewegung“ umfassen die Jahre 1929 bis 1935 (mit Schwerpunkt 1931 und 1932); PA, Referat Völkerbund: 12 Bände „Paneuropa allgemein“ umfassen die Jahre 1929 bis 1935; ZStA AA: Von 15 Bänden „Wirtschaftlicher Donauebund“ aus den Jahren 1923 bis etwa 1935 befassen sich 12 mit dem Jahr 1932, ein weiterer behandelt die Konferenz von Stresa 1932.

³⁸ Dt Gruppe des MWT, Vertrauliche Mitteilung Nr. 3, 17. 3. 1931, BA NL Gothein 52, 53–54.

³⁹ Tilgner an Gothein, 7. 4. 1931, BA NL Gothein 52, 77–79 Rs.

⁴⁰ Aufzeichnung Curtius, 16. 9. 1931, ZStA AA 43000, 192.

⁴¹ AA an Dt Ges Prag, 12. 10. 1931 und Dt Ges Prag an AA, 20. 10. 1931, ZStA AA 43000, 203–206 und 208–211.

⁴² Dt Botsch Paris an AA, 10. 12. 1931, ZStA AA 43001, 75–76.

lichen Zusammenschlüssen in diesem Raum mit einbezogen zu werden, unbedingt festzuhalten.“⁴³

Obgleich man sich im AA bewußt war, daß ohne vorherige deutsch-französische Wirtschaftsverständigung ein Interessenausgleich in Südosteuropa nicht möglich sein würde, führten die im Herbst 1931 eingeleiteten Verhandlungen im Rahmen der amtlichen deutsch-französischen Wirtschaftskommission zwar zu Kontingentabkommen, jedoch zu keiner tragfähigen Basis für eine gemeinsame Politik gegenüber den anderen europäischen Staaten bzw. Märkten⁴⁴.

Daß Deutschlands Absichten bei einer Beteiligung im südosteuropäischen Raum nicht auf eine Integration gleichberechtigter Staaten, sondern auf ein Aufbrechen des Protektionismus mit dem Ziel einer Domination Deutschlands in diesem Raum hinausliefen, wird nicht erst durch die von Deutschland in den dreißiger Jahren praktizierte Politik bestätigt. Dies geht bereits aus programmatischen Aussagen und Aktionen der Deutschen Gruppe des MWT hervor, der im Konzept der „Agrarkartellierung“ die Voraussetzung schuf, mit der die südosteuropäischen Staaten in ein System der Großraumwirtschaft eingegliedert werden konnten⁴⁵.

Als Reaktion auf den deutsch-österreichischen Vorstoß entwickelte der französische Minister Tardieu den Plan für ein Präferenzsystem der Donaustaaten. Dieser „Tardieu-Plan“ stand trotz des aktuellen, politisch motivierten Anlasses in einer längerfristigen Linie von Projekten und Konferenzen, die zur Lösung der Strukturkrise im Donauraum beitragen wollten. Ihm waren seit 1929 die Agrarkonferenzen von Warschau und Sinaia vorangegangen; auch die von Hantos seit der Mitte der zwanziger Jahre angeregten Donauföderationspläne zählen zu diesen Versuchen. Nach den Vorstellungen Tardieus sollten Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei, daneben auch Rumänien und Jugoslawien sich gegenseitig Präferenzen gewähren. Darüber hinaus waren die europäischen Großmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zu Zollerleichterungen gegenüber den genannten Staaten aufgefordert⁴⁶. Auf der Londoner Viermächte-Konferenz im Frühjahr 1932 zeigte sich jedoch, daß die Interessendifferenzen zwischen Deutschland und den anderen Mächten nicht überbrückbar waren⁴⁷; die Verhandlungen wurden daraufhin vertagt.

Ähnlich erfolglos blieb auch die Konferenz von Stresa, an der im September 1932 neben allen Donaustaaten auch Frankreich, England, Deutschland, Italien, Polen,

⁴³ Aufzeichnung 4. 2. 1932, ZStA AA 43002, 109–111.

⁴⁴ In einer „Stellungnahme zu den Donauföderationsplänen vom politischen Gesichtspunkt aus“ notierte Bülow am 9. 12. 1931, die Verwirklichung eines mitteleuropäischen Zollbündnisses werde „erst die Folge jener langen und mühseligen Verhandlungen sein, die um eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung geführt werden“, ZStA AA 43001, 87–89.

⁴⁵ Vgl. dazu Doering, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung, in: Industrielles System, bes. S. 528–530; Sohn-Rethel, Ökonomie, bes. S. 20–21 und 78–89. Zur Problematik der Großraumwirtschaft: Milward, Der deutsche Handel, in: Industrielles System, S. 472 bis 484.

⁴⁶ Kühl, Föderationspläne, S. 64–68.

⁴⁷ Auch Verständigungsversuche zwischen deutschen und französischen Wirtschaftsvertretern

die Niederlande und Griechenland teilnahmen. Die deutsche Forderung nach besonderen Beziehungen, etwa über Präferenzen, zu den südosteuropäischen Agrarstaaten verhinderte wiederum eine gemeinsame Aktion zur Sanierung der wirtschaftlichen Probleme in jenem Raum. Aufgrund dieses Gegenzuges Deutschlands, auch eine Reaktion auf den Widerstand Frankreichs in der Zollunionsfrage 1931, blieb auch diese letzte internationale Konferenz vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus ohne Ergebnis. Die Außenpolitik der Weimarer Republik hatte so den Zugang nach Südosteuropa offengehalten, dessen sich die nationalsozialistische Politik dann zielstrebig bediente⁴⁸.

aus dem Kreise des ehemaligen Mayrisch-Komitees blieben 1932/33 ohne erkennbare politische Wirkung. Bariéty/Bloch, *Une tentative de reconciliation*, pp. 463–465.

⁴⁸ Vgl. auch Bariéty, *Idée européenne*, p. 584.

Ergebnisse und Perspektiven

Die in der Weimarer Republik wirkenden Einigungsbestrebungen sind als unmittelbare bzw. mittelbare Reaktionen auf die durch den Ersten Weltkrieg und die Friedensbemühungen maßgeblich geprägte, in sich vielschichtige Krisensituation Europas zu verstehen. Als unmittelbare und eigenwillige Antwort auf die durch den Aufstieg der USA und der Sowjetunion signalisierte Enteuropäisierung der Welt ist Coudenhove-Kalergis Entwurf eines ‚Paneuropa‘ anzusehen, mit dem Europas machtpolitischer Status quo ante, u. a. durch Rückgriff auf den Kolonialismus, restauriert werden sollte. Gedanke und Schlagwort eines ‚Paneuropa‘, das über den Wirkungsbereich der gleichnamigen Organisation hinaus den Sprachgebrauch der damaligen Europa-Diskussionen bestimmte, riefen ihrerseits weitere, mittelbare Reaktionen hervor.

Die relative Werbekraft des Paneuropa-Gedankens wie eine allgemeine europäische Verständigungsbereitschaft veranlaßten die Träger der eigentlich universalen Völkerbundsidee in der Mitte der zwanziger Jahre, als organisatorisches Aufnahmefeld für europäische, gleichwohl völkerbundskonforme Tendenzen den Verband für europäische Verständigung zu gründen (Schücking) und zu fördern; mit seiner letztlich universalen Orientierung sollte er als gesellschaftliche Basis für eine ‚Verständigungspolitik‘ mit revisionistischer Zielsetzung dienen (Stresemann).

Einen Reflex auf den Paneuropa-Gedanken stellte auch die in den zwanziger Jahren organisierte Mitteleuropa-Bewegung dar; im Unterschied zu ‚Paneuropa‘ regional begrenzt, strebte sie zunächst unter liberalem Vorzeichen eine handelspolitische Revision der Nationalisierung des früheren Habsburger Reiches auf dem Wege des Anti-Protektionismus an. Ihre Aktivitäten wurden sogleich durch den Gegensatz zwischen Revisionisten und Anti-Revisionisten (den ‚Paneuropa‘ an der zentralen Stelle Deutschland – Frankreich zu überbrücken suchte) an der europäischen Peripherie, d. h. im Donaauraum, beeinträchtigt; Pläne für eine Donauföderation zwischen relativ gleichgewichtigen Staaten scheiterten an diesem internen Gegensatz ebenso wie an dem hinhaltenden, durch wirtschaftliche Maßnahmen unterstützten Widerstand Deutschlands.

Die zunächst im Überblick formulierte Charakteristik der konkurrierenden Einigungsbestrebungen gewinnt schärfere Konturen innerhalb des Spannungsfeldes wirtschaftlicher Interessen und amtlicher Politik. Völkerbundskonforme Programmatik und (potentielle) gesellschaftliche Basis des VEV entsprachen der von Stresemann instrumental angelegten ‚Verständigungspolitik‘ insbesondere gegenüber Frankreich; er hat daher den VEV auch gegen Widerstand innerhalb des AA, in anderen Ressorts und in wirtschaftlichen Spitzenverbänden entschieden und nach-

haltig gefördert; hingegen erfuhr das gegen die USA und die Sowjetunion gerichtete Kontinentalprogramm der PU keine Unterstützung.

In Stresemanns revisionspolitischer Linie nahmen ‚Anschluß‘-Forderung und ‚Mitteleuropa‘-Ambitionen eine nachgeordnete Priorität gegenüber der ‚Verständigungspolitik‘ ein; darum bemühte er sich mit verschiedenen, in jedem Falle nicht-öffentlichen Methoden (Ausbau wirtschaftlicher Bindungen, diplomatische Vorstöße, inhaltliche Förderung der DÖAG und Beobachtung der Hantos-Bestrebungen im MWT), der deutschen Politik die Handlungsfreiheit im mitteleuropäischen Raum bis zum rechten Zeitpunkt zu bewahren.

Die Versuche der amtlichen Außenpolitik in der Ära Stresemann, auch die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Förderung der die ‚Verständigungspolitik‘ tragenden Verbände zu bewegen, schlugen im Falle des VEV, des Grautoffschen Projektes einer deutsch-französischen Rundschau fehl und führten nur in bezug auf die Deutsche Liga für Völkerbund zu einem gewissen Erfolg. Umgekehrt wies das AA unter Stresemann von industrieller Seite vorgetragene Wünsche nach Förderung internationaler wirtschaftlicher Projekte ab, und zwar nicht nur in bezug auf das im wesentlichen von schwerindustriellen Kräften getragene Deutsch-Französische Studienkomitee, sondern auch in bezug auf das vom exportorientierten Verband Sächsischer Industrieller und von sächsischen Handelskammern geplante Dresdner Mitteleuropa-Institut. Eine unmittelbare Abhängigkeit der Stresemannschen ‚Verständigungspolitik‘ von einer Resultante wirtschaftlicher Interessen läßt sich nicht nachweisen.

Zur Wahrung ihrer internationalen Interessen bediente sich die deutsche Wirtschaft generell wirtschaftsinterner Instrumente, so etwa der Internationalen Handelskammer (DIHT, RDI) und dessen später gegründeten ‚Donaubüros‘ sowie des Deutsch-Französischen Studienkomitees (RDI, besonders rheinisch-westfälische Schwerindustrie). Ausnahmen bildeten das Interesse des DIHT an der Deutschen Gruppe des MWT sowie das massive und frühzeitige Engagement der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie in der DÖAG.

Der RDI als Spitzenverband der deutschen Industrie verfügte in den hier untersuchten Fragen internationaler Zusammenarbeit über erstaunlich geringe Manövrierfähigkeit. Interne Interessenkonflikte, so in der Handelspolitik zwischen einer am Meistbegünstigungsprinzip orientierten Handelsvertrags- und Exportförderungspolitik und einer auf Erhalt und Erweiterung des durch Schutzzölle und internationale Kartellierung garantierten Binnenmarktes gerichteten Politik, verurteilten ihn zur Immobilität, die ihm Zurückhaltung gegenüber den Europa-Verbänden auferlegte und ihn in einem Falle sogar zur Respektierung eines vom Deutsch-Französischen Studienkomitee gefaßten Beschlusses nötigte.

Größere Homogenität in der Interessenkonstellation ermöglichte es hingegen dem DIHT, aus der mit dem RDI zunächst vereinbarten Zurückhaltung gegenüber Europa-Verbänden auszuscheren und sich frühzeitig an der Deutschen Gruppe des MWT zu beteiligen.

Am einheitlichsten konnte die nach dem Verlust Oberschlesiens und anderer Regio-

nen auf Rheinland-Westfalen konzentrierte Schwerindustrie agieren, die im Langnam-Verein organisiert war. Mit dem Studienkomitee kontrollierte sie die deutsch-französischen wirtschaftlichen Beziehungen, und ihr Konzept industriewirtschaftlicher Penetration (z. B. Österreichs) und Erweiterung des Binnenmarktes (Südosteuropa) verfolgte sie im Rahmen politischer und kultureller Verbände, und zwar bis 1931 in der DÖAG, deren Wirtschaftsausschuß sie monopolisiert hatte, und ab 1931 in der (gegen den Widerstand des DIHT) umorganisierten Deutschen Gruppe des MWT, in der nach massiven Maßnahmen der langjährige Vorsitzende und DDP-Politiker Gothein nur noch die Rolle eines Statisten spielte.

Die auffällige zeitliche Parallelität der Funktionalisierung der ursprünglich von gesellschaftlichen Kräften getragenen Europa-Verbände im Dienste der amtlichen Politik (Fusion von VEV und EZV in der Deutschen Liga für Völkerbund), der Wirtschaft (Umorganisation der Deutschen Gruppe des MWT) und eines forcierten Revisionismus (programmatische Schwenkung der PU) bildet das Ende eines langfristigen Prozesses, der durch die Weltwirtschaftskrise nicht hervorgerufen, sondern allenfalls beschleunigt wurde.

Die Instrumentalisierung des MWT als Organisation zur Vorbereitung einer von Deutschland dominierten Großraumwirtschaft im mittel- und südosteuropäischen Raum war u. a. Ergebnis eines seit 1926 zwischen Ruhrschwerindustrie und Großlandwirtschaft wiedererweckten Solidarprotektionismus. Das schwerindustriell-großagrarisches Interessenkartell war somit auch in der Lage, die nationale und internationale Krise in Richtung auf eine Großraumwirtschaft auszunutzen. Das von großen Teilen des RDI und dem DIHT verteidigte Handelsvertragssystem der Weimarer Republik unterlag schließlich der zielstrebigem Politik dieses Kartells.

Das Briand-Memorandum markiert insofern eine Zäsur in den europäischen Einigungsbestrebungen, als sein Scheitern eine ‚Vorgeschichte‘ gesamteuropäischer Verständigungsversuche von der unter dem Eindruck der Krise praktizierten Politik europäischer Regional-Lösungen (Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion, Tardieuplan, Donauföderation usw.) abteilt, als deren Extremfall die vom nationalsozialistischen Deutschland errichtete Großraumwirtschaft anzusehen ist.

Daten zur Organisationsgeschichte wichtiger Verbände

Bund für europäische Cooperation

- 1924/1925 In Verbindung mit der *Interparlamentarischen Union* entstanden in Frankreich, Großbritannien und Polen von Parlamentariern getragene *Comitees für europäische Interessengemeinschaft*, in Deutschland die *Interessengemeinschaft der europäischen Völker*, die sich als *Verband für europäische Verständigung* konstituierte.
2. 9. 1926 Nationale Komitees aus inzwischen 22 europäischen Ländern gründeten in Genf den *Bund für europäische Verständigung (Fédération pour l'Entente Européenne)*, Präsident wurde der französische Radikalsozialist und ehemalige Marineminister Emile Borel (1871–1956). Die Organisation wollte der Fortsetzung der mit den Locarno-Verträgen (1925) eingeleiteten „Politik der Versöhnung und der Verständigung“ in Europa den Weg bereiten.
24. 11. 1928 Die Gründung eines auch die französischen Anhänger der *Pan-europa-Union* einschließenden *Comité Français de Cooperation Européenne* gab den Anstoß zur Umgründung der Organisation in den *Bund für europäische Cooperation. Internationaler Bund der National-Comitees für europäische Cooperation*, der in 26 europäischen Ländern durch Sektionen vertreten war. Präsident blieb Emile Borel. Prof. Walther Schücking (DDP, Präsident des *Verbandes für europäische Verständigung* bzw. dessen Nachfolgeorganisation *Deutsches Comitee für europäische Cooperation*) wurde einer der fünf Vizepräsidenten, Wilhelm Heile (DDP, geschäftsführender Präsident der deutschen Sektion) einer der beiden Generalsekretäre des *Bundes für europäische Cooperation*.
- 1931 Enge Zusammenarbeit und organisatorische Verflechtung mit der internationalen Völkerbund-Bewegung, vor allem mit der *British League of Nations Union*, führten zur Fusion des *Bundes für europäische Cooperation* mit dem *Weltverband der Völkerbundsligen*. Entsprechend gliederten sich die Nationalkomitees in die nationalen Völkerbund-Ligen ein, in Deutschland wurde das *Deutsche Comitee für europäische Cooperation* zur Europa-Kommission der *Deutschen Liga für Völkerbund*.

Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft und Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft

Parallel zur österreichischen *Delegation für den österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschluß* arbeitete die *Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft* (Sitz: Wien), vor allem in ihrem Wirtschaftsausschuß, mit engem Kontakt zur österreichischen *Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie* sowie zum *Mitteuropäischen Wirtschaftsausschuß*.

- 1927 tag an der Vorbereitung des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Als deutsche Komplementärorganisation entstand die *Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft für das Reich* (Sitz: München) aus dem Zusammenschluß mehrerer Landesgruppen, so der Landesgruppe Bayern (gegründet 1925) und der Landesgruppe Rheinland-Westfalen. Im Unterschied zu dem von den Parteien der Mitte und der SPD gestützten *Österreichisch-Deutschen Volksbund* war die *Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft* überwiegend von der politischen Rechten getragen, sie wurde sowohl von Kreisen der (vorwiegend bayerischen) Wirtschaft wie auch vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern finanziert.
- 1926–1931 Der Wirtschaftsausschuß der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Westfalen, später: *Reichswirtschaftsausschuß der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft* (Sitz: Düsseldorf), war durch Vertreter des von der Schwerindustrie beherrschten *Langnam-Vereins* unter dessen Geschäftsführer Max Schlenker besetzt.
- 1931 Als sich der *Langnam-Verein* führend an der Übernahme und Umorganisation der Deutschen Gruppe des *Mitteuropäischen Wirtschaftstages* beteiligte, schied er aus der *Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft* aus.

Deutsch-Französisches Studienkomitee

- Mai 1926 Im Verlauf der Verhandlungen über die am 30. 9. 1926 geschaffene Internationale Rohstahlgemeinschaft gründete deren späterer Präsident, der luxemburgische Stahlindustrielle und Generaldirektor der A. R. B. E. D. (Acières Réunies de Burbach-Eich-Dudelange) Emile Mayrisch (1862–1928) das aus einer deutschen und einer französischen Gruppe bestehende *Deutsch-Französische Studienkomitee (Comité Franco-Allemand d'Information et de Documentation)*, das der vorurteilsfreien Information und der Verständigung zwischen deutschen und französischen Wirtschaftsführern (unter ihnen: Bruhn, RDI; Bücher, Deutsch, AEG; Diehn, Deutsches Kalisyndikat; Frowein, RDI; Hagen, HK Köln; Haniel, Gutehoffnungshütte; v. Mendelssohn, DIHT; Ernst Poensgen, Vereinigte Stahlwerke; v. Simson, I. G. Farben; v. Stauss, Deutsche Bank; Warburg, Bankhaus Max M. Warburg; v. Wilmowsky, Friedrich Krupp AG; Duchemin, Fougère, Théodore Laurent, Lyautey, Marlio, de Peyerimhoff, Romier), Politikern (unter ihnen: v. Papan; Seydoux) und Wissenschaftlern (unter ihnen: v. Beckerath, Bergsträsser, E. R. Curtius, Oncken, Schmidt-Ott; Lichtenberger, Siegfried) dienen wollte.
- 1926–1933 Es unterhielt dazu Informationsbüros in Paris (Leiter: Gustav Krutenberg) und Berlin (Leiter: Pierre Viénot) und veranstaltete bis 1930 Plenarsitzungen und Kommissionsbesprechungen. Präsident des Studienkomitees war bis zu seinem Tod Emile Mayrisch, dann alternierend der Vorsitzende der deutschen Gruppe Alfred von Nostitz-Wallwitz (sächsischer Minister a. D.) und Charles Laurent (ehemaliger französischer Botschafter in Berlin).
- Zwar kam die offiziöse Tätigkeit des Studienkomitees infolge der Weltwirtschaftskrise allmählich zum Erliegen, doch unternahmen noch 1932/33 einige Vertreter der im Studienkomitee inzwischen dominie-

renden elektrochemischen Industrie einen Verständigungsversuch mit dem Ziel u. a. einer deutsch-französischen Zollunion und einer Absprache über südosteuropäische Marktanteile.

Deutsche Liga für Völkerbund

17. 12. 1918 In der 1918 von Matthias Erzberger (Zentrum, 1919–1920 Reichsfinanzminister), Ernst Jäckh (1920 Gründer der Deutschen Hochschule für Politik) und Walther Schücking (DDP) gegründeten *Deutschen Liga für Völkerbund* konnten vor allem unter dem Nachfolger Erzbergers im Präsidentenamt der Liga, Johann Heinrich Graf Bernstorff (DDP, 1908–1917 deutscher Botschafter in Washington), ab 1922/23 die Vertreter eines nationalen Revisionismus aufgrund politischer und finanzieller Anlehnung an die amtliche Politik die Oberhand über pazifistische Gruppierungen (darunter: Prof. Ludwig Quidde) gewinnen.
- 1922/1923 In die zunehmend als Instrument amtlicher Politik fungierende Liga gliederten sich das *Deutsche Comité für europäische Cooperation* (↗ *Verband für europäische Verständigung*) als Europa-Kommission sowie der ↗ *Europäische Zoll-Verein* als Wirtschaftskommission ein.
- 1931

Deutsches Kartell für europäische Annäherung

- Um den Auseinandersetzungen innerhalb der europäischen Bewegung Deutschlands, vor allem zwischen dem am Völkerbund orientierten ↗ *Verband für europäische Verständigung* und dem Kontinentalprogramm der ↗ *PanEuropa-Union* ein Ende zu bereiten, vereinbarten unter dem Vorsitz von Paul Löbe (SPD, Präsident des Deutschen Reichstags) der *Deutsche Kulturbund* (↗ *Europäischer Kulturbund*), der ↗ *Europäische Zoll-Verein*, die *Paneuropäische Union Deutschland* und der *Verband für europäische Verständigung*, sich jeder gegenseitigen Polemik zu enthalten und die Arbeit zu teilen: So wollte sich die *Paneuropäische Union Deutschland* der Massenpropaganda widmen, während der *Verband für europäische Verständigung* sich auf die Werbung führender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft beschränken sollte. Aufgrund seiner inneren Gegensätzlichkeiten zerfiel das Kartell schon nach kurzer Zeit.
- Ende 1927/
15. 1. 1928
- 1928

Europäischer Kulturbund

- Er entstand als Vereinigung des *Verbandes für kulturelle Zusammenarbeit*, der 1921 von Karl Anton Prinz Rohan in Wien gegründet wurde, und der *Fédération des Unions intellectuels*.
- 1927/1928 Seine deutsche Sektion, der *Deutsche Kulturbund*, war am ↗ *Deutschen Kartell für europäische Annäherung* beteiligt.

Europäischer Zoll-Verein

- 1925 Nach Gründung eines *Comité international d'Union Douanière Européenne* (↗ *Union Douanière Européenne*) entstanden in einigen euro-

- 1926 päischen Ländern nationale Komitees, so in Deutschland auf Initiative von Edgar Stern-Rubarth, des Leiters des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus, der *Europäische Zoll-Verein*. Er förderte vor allem wissenschaftliche Arbeiten über die europäische Zollunion, die er vorwiegend in Beiträgen zu den Zeitschriften *Europa-Wirtschaft* (hrsg. von Wilhelm Grotkopp), *Europäische Wirtschaftsunion* (hrsg. von Christian Günther) und *L'Europe de Demain* sowie in einer Schriftenreihe veröffentlichte.
- 1927/1928 Er beteiligte sich am *↗ Deutschen Kartell für europäische Annäherung*
1931 und gliederte sich als Wirtschaftskommission in die *↗ Deutsche Liga für Völkerbund* ein.

Internationale Handelskammer

- 1919 Aufgrund eines Beschlusses, den europäische und amerikanische Wirtschaftsführer auf der Konferenz von Atlantic City (USA) gefaßt hatten,
Juni 1920 konstituierte sich in Paris die *Internationale Handelskammer* als Wirtschaftsorganisation der Alliierten des Ersten Weltkriegs. Sie nahm später auch Delegationen aus ehemaligen Gegnerstaaten auf und zählte schließlich nahezu alle Handelsorganisationen sowie namhafte Spitzenverbände der Industrie und des Bankwesens, daneben auch Einzelfirmen, vorwiegend aus den USA und Europa, aber auch aus anderen Erdteilen, zu ihren Mitgliedern.
- 1924/1925 Nach längeren Vorverhandlungen, die sich mit der Gründungsvorbereitung des politisch orientierten *↗ Verbandes für europäische Verständigung* und des *Bundes für europäische Verständigung* (*↗ Bund für europäische Cooperation*) überschritten, wählte die *Internationale Handelskammer* deutsche Spitzenverbände (d. h. den Deutschen Industrie- und Handelstag, den Reichsverband der deutschen Industrie, den Zentralverband des Großhandels, den Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes, die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels) zu Mitgliedern, die sich unter Franz v. Mendelssohn (Präsident der IHK zu Berlin, 1921–1931 Präsident des DIHT, 1932 Präsident der *Internationalen Handelskammer*) als deutsche Landesgruppe konstituierten. Die Tätigkeit der *Internationalen Handelskammer* zielte zunächst auf die Verbesserung der Handelsbedingungen im Weltmaßstab, sie wandte sich jedoch im Verlauf der Wirtschaftskrise mehr den regionalen Problemen in Europa zu, was sich in der Gründung eines *Europa-Komitees* unter der Leitung des französischen Industriellen Henri de Peyerimhoff und in der Errichtung eines *Ständigen Büros für Donaufragen* niederschlug.
- 1930
1932

Langnam-Verein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen)

- 1871 Als einer der ältesten deutschen industriellen Interessenverbände gewann der *Langnam-Verein* eine dominierende Stellung innerhalb des *Centralverbandes deutscher Industrieller*, vorwiegend auch aufgrund seiner engen personellen und organisatorischen Verflechtung mit der
- 1876

- 1924–1933 *Nordwestlichen Gruppe des Verbandes Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller*. Wenngleich er verschiedene Zweige der rheinisch-westfälischen Industrie und des Handels repräsentierte, so dominierten in ihm doch – vor allem in der Weimarer Republik – unter den Vorsitzenden Paul Reusch und Fritz Springorum sowie dem Geschäftsführer Max Schlenker die Interessen der binnenmarktorientierten Montan- und Schwerindustrie.
- 1926–1931 Vertreter des *Langnam-Vereins* besetzten den von Max Schlenker geleiteten Wirtschaftsausschuß der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Westfalen, den späteren *Reichswirtschaftsausschuß der ↗ Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft*, der die industrielle Verflechtung mit Österreich, so durch Erwerb der Österreichischen Alpine Montan AG, und mit Ländern Südosteuropas vorantreiben sollte.
- 1931 Der *Langnam-Verein* bildete die treibende Kraft bei Übernahme und Umorganisation der Deutschen Gruppe des ↗ *Mittleuropäischen Wirtschaftstages* durch Vertreter der deutschen Industrie und des Handels; die von Schlenkers Mitarbeiter Max Hahn vorgenommene Einrichtung einer *Zentralstelle für Mitteleuropa, Büro Dr. Hahn* (Mitarbeiter: Alfred Sohn-Rethel) sicherte dem *Langnam-Verein* die bestimmende Position innerhalb des *Mittleuropäischen Wirtschaftstages* gegenüber Reichsverband der deutschen Industrie und Deutschem Industrie- und Handelstag.

Mittleuropäischer Wirtschaftstag

- 1925 Der *Mittleuropäische Wirtschaftstag* ging als dauernde Institution aus den alljährlichen *Mittleuropäischen Wirtschaftstagungen* hervor, die auf Initiative eines Komitees freihändlerischer Wirtschaftsfachleute und Politiker ab 1925 stattfanden (1926: Mittleuropäische Verkehrstagung; 1927: Mittleuropäische Fremdenverkehrstagung; 1928: Donaufragen; 1929: Mittleuropäische Wirtschaftstagung; 1930: Handelspolitische Einigung in Mitteleuropa; 1931: Mittleuropäische Agrartagung) und von Vertretern nahezu aller europäischen Länder besucht wurden. Er unterhielt *Mittleuropa-Institute* in Wien, Brünn, Dresden und Budapest, die vorwiegend von regionalen Industrie- und Handelskreisen sowie von nationalen Banken getragen waren.
- ab 1929/1930 Die von Georg Gothein (DDP, 1919 Reichsschatzminister, 1920–1924 MdR) geleitete *Deutsche Gruppe des Mittleuropäischen Wirtschaftstages* betrachtete es als ihre Aufgabe, den vorwiegend von Prof. Elemér Hantos (Ungarn), einem der Initiatoren der ↗ *Union Douanière Européenne*, verfolgten Ansätzen zu einem Deutschland vorläufig abschließenden Präferenzsystem der Donaustaaten entgegenzutreten; dazu erhielt sie Rückhalt bei deutschen Industrie- und Handelskammern sowie Reisekostenzuschüsse aus dem Auswärtigen Amt.
- 1926–1931 Auf Initiative des ↗ *Langnam-Vereins* wurde unter Beteiligung von Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages die deutsche Organisation als *Mittleuropäischer Wirtschaftstag – Deutsche Gruppe* umgegründet und umorganisiert; neben Tilo Frhr. v. Wilmowsky (Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland, stellvertretender Aufsichts-
13. 2. 1931

ratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG) als dem Repräsentanten der Wirtschaft blieb auch Gothein weiterhin im Vorsitz der Deutschen Gruppe.

1. 8. 1931

Auf Betreiben des Geschäftsführers des *Langnam-Vereins*, Schlenker, errichtete Max Hahn die *Zentralstelle für Mitteleuropa, Büro Dr. Hahn*, die die Linie der Schwerindustrie innerhalb der Deutschen Gruppe durchsetzte. An der Finanzierung der Deutschen Gruppe beteiligten sich ab 1931 auch der Reichsverband der deutschen Industrie und das Auswärtige Amt.

Österreichisch-Deutscher Volksbund

1918/1919

Der *Österreichisch-Deutsche Volksbund* (Sitz: Berlin) entstand aus einem Arbeitsausschuß zur Herbeiführung des Anschlusses; er widmete sich unter dem Vorsitzenden Paul Löbe (SPD, Präsident des Deutschen Reichstages 1920–1932, Vorsitzender der deutschen Sektion der *Paneuropa-Union* 1926–1928, Vorsitzender des *Deutschen Kartells für europäische Annäherung* 1927/28) sowie den stellvertretenden Vorsitzenden Wilhelm Heile (DDP, geschäftsführender Präsident des *Verbandes für europäische Verständigung*) und Prof. Otto Hoetzsch (DNVP) der Massenpropaganda für den Anschluß Österreichs.

1925

Eine österreichische Parallelorganisation (Sitz: Wien) wurde 1925 gegründet.

Paneuropa-Union

1. 10. 1923

Die *Paneuropa-Union* wurde von Richard N. Coudenhove-Kalergi (1894–1972) in Wien gegründet; sie unterhielt Landesgruppen in Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn und den USA und veranstaltete Paneuropäische Kongresse in Wien (1926), Berlin (1930) und Basel (1932).

1926–1928

Die *Paneuropäische Union Deutschland* fand anfänglich Anhänger in den Parteien der bürgerlichen Mitte und beim rechten Flügel der SPD; Vorsitzender: Paul Löbe (bis 1928); der (auch finanzielle) Einfluß aus Kreisen von Industrie und Banken blieb jedoch durchgehend beherrschend, während die deutsche amtliche Politik der Paneuropa-Union zu keiner Zeit Subventionen gewährte. Nach jahrelangen Differenzen zu dem von Stresemann unterstützten *Verband für europäische Verständigung* beteiligte sich auf Betreiben Löbes die *Paneuropäische Union Deutschland* am *Deutschen Kartell für europäische Annäherung*; nach dem Rücktritt Löbes vom Präsidium der *Paneuropäischen Union Deutschland* übernahm Coudenhove-Kalergi selbst die Führung der deutschen Organisation.

1927/1928

Die *Paneuropäische Union Deutschland* am *Deutschen Kartell für europäische Annäherung*; nach dem Rücktritt Löbes vom Präsidium der *Paneuropäischen Union Deutschland* übernahm Coudenhove-Kalergi selbst die Führung der deutschen Organisation.

Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa

1930

Die von Wilhelm Gürge in Berlin gegründete Studiengesellschaft veranstaltete Diskussionsabende und Vortragsreihen; einzelne Vorträge

sind veröffentlicht in: Großraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit, hrsg. von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp, Berlin 1931.

Union Douanière Européenne

- 1924/1925 Eine kleine Gruppe internationaler Volkswirtschaftler, Politiker und Publizisten, unter ihnen Prof. Ludwig Stein (Deutschland), Prof. Irving Fisher (USA), Prof. Charles Gide (Frankreich) und Prof. Elemér Hantos (Ungarn), einer der Promoter des *↗ Mitteleuropäischen Wirtschaftstages*, richteten an den Völkerbund sowie an die Öffentlichkeit einen Appell, die Zersplitterung Europas in hochprotektionistische nationale Wirtschaftsgebiete durch Schaffung einer europäischen Zollunion zu überwinden.
- 1925 Unter dem Vorsitz des französischen Linksrepublikaners Yves Le Trocquer (1877–1938, seit 1920 *Ministre des travaux publics*) entstand als koordinierendes Zentrum das *Comité international d'Union Douanière Européenne* (später: *Comité international d'Union Economique et Douanière Européenne*), das die entstehenden nationalen Komitees Deutschlands (*↗ Europäischer Zoll-Verein*), Ungarns, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Polens, der Tschechoslowakei sowie der USA beim Völkerbund, beim Internationalen Arbeitsamt, der *↗ Internationalen Handelskammer* und anderen internationalen Organisationen repräsentierte und dabei Memoranden ausarbeitete, so für die Wirtschaftskonferenzen in Genf 1927 und in London 1933.
- 1926–1930 Internationale Kongresse veranstaltete die *Union Douanière Européenne* in Paris 1930 und in Brüssel 1935; ihr Publikationsorgan war die Zeitschrift *L'Europe de Demain*.

Verband für europäische Verständigung

- 1924/1925 Im Zuge der Auseinandersetzungen um das europäische Kontinentalprogramm der *↗ Paneuropa-Union* entstand auf Initiative der Reichstagsabgeordneten Johannes Giesberts (Zentrum), Graf Lerchenfeld (BVP), Paul Löbe (SPD), Werner Frhr. von Rheinbaben (DVP) und Walther Schücking (DDP) eine am Völkerbundsgedanken orientierte *Interessengemeinschaft der europäischen Völker*, die über die *Interparlamentarische Union* mit den in Frankreich (unter dem Präsidenten der *Chambre des Députés*, Paul Painlevé), Großbritannien und Polen entstandenen *Comitees für europäische Interessengemeinschaft* in Verbindung stand. Die auch vom Auswärtigen Amt favorisierte, von Alfred Nossig betriebene Schaffung eines *Europäischen Komitees für wirtschaftliche Kooperation* unter Beteiligung deutscher Industrieller und Bankiers scheiterte am Widerstand der Spitzenverbände, die sich für den Beitritt der *↗ Internationalen Handelskammer* entschieden hatten. Die Interessengemeinschaft konstituierte sich daraufhin unter dem Vorsitz von Prof. Walther Schücking (1875–1935, DDP, MdR 1920–1928, Prof. für Völkerrecht in Berlin 1921–1926, in Kiel 1926 bis 1933, Richter am Internationalen Gerichtshof Den Haag 1932 bis 1935, Mitbegründer und Vizepräsident der *↗ Deutschen Liga für Völ-*

- Frühjahr 1926 *kerbund*) und Wilhelm Heile (DDP, MdR 1920–1924, Vizepräsident des *↗ Österreichisch-Deutschen Volksbundes*) als *Verband für europäische Verständigung*. Er versuchte die öffentliche Meinung in Deutschland für die von Stresemann verfolgte „Verständigungspolitik“ zu gewinnen und erhielt dafür laufend aus dem Auswärtigen Amt hohe Subventionen, ab 1929 im Rahmen der Beiträge für die *Interparlamentarische Union*. Er beteiligte sich in Genf an der Gründung des *Bundes für europäische Verständigung* sowie an dessen Umgründung in den *↗ Bund für europäische Cooperation*; der Verband nahm daraufhin die Bezeichnung *Deutsches Comitee für europäische Cooperation* an.
2. 9. 1926
24. 11. 1928
- 1927/1928
- 1931
- Die andauernden Differenzen mit der *Paneuropa-Union* ließen sich auch nicht durch die vom Verband vorbereitete Vereinbarung über ein *↗ Deutsches Kartell für europäische Annäherung* dauerhaft beilegen. Das *Deutsche Comitee für europäische Cooperation* arbeitete seitdem enger mit der Völkerbundsbewegung zusammen. Als im Zuge der Haushaltskürzungen die amtliche Subvention drastisch reduziert wurde, gliederte sich das Deutsche Comitee als Europa-Kommission in die *↗ Deutsche Liga für Völkerbund* ein.

Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Materialien

1. Bundesarchiv Koblenz (BA)

R 2 Reichsfinanzministerium

9 864 Deutsch-österreichische Zollunion, Bde 1–3, 1930–1939

–9 866

9 867 Verhandlungen mit Österreich über ein einheitliches Zollgesetz, Bd 1, 1931–1932

24 659 Internationale Wirtschaftskonferenz, 1926–1933

24 665 Briand'sches Europa-Memorandum, 1930–1931

R 11 Reichswirtschaftskammer

1 353 Deutsche Beteiligung an einem Europäischen Komitee für wirtschaftliche Kooperation sowie an der Internationalen Handelskammer, 1924–1925

1 354 Internationale Handelskammer, Paris, und Tätigkeit der Dt. Gruppe der Int. Handelskammer, 1926–1937

1 359 Tagungen der Internationalen Handelskammer und andere internationale wirtschaftliche Tagungen, 1925–1927

R 12 I Reichsgruppe Industrie

31 Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des RDI, 1930

R 13 I Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller

34 Vorbereitung von Mitgliederversammlungen der Norddeutschen Gruppe des Vereins durch die Gruppengeschäftsführung, Bde 2–3, 1913–1934

–37 Sitzungen des Fachgruppenausschusses der Eisenschaffenden Industrie beim RDI, 1919–1933

100 Vorbereitung und Auswertung der Hauptvorstandssitzungen des Vereins, Bde 22–27, 1925–1933

129 Vorbereitungen und Auswertung der Hauptversammlungen des Vereins,

–130 Bde 18–19, 1929–1931

207 Sammlung von Rundschreiben und Drucksachen zur Unterrichtung der

–228 Hauptvorstandsmitglieder über die Tätigkeit des Vereines sowie über allgemeine und spezielle Fragen der in- und ausländischen Eisen- und Stahlwirtschaft, Bde 22–32, 1925–1931

255 Industrielle Verständigung mit Frankreich; Unterstützung der deutsch-französischen Wirtschaftsorganisationen, 1922–1931

–256 Vorbereitung eines Berichtes über die deutsche Eisen- und Stahlindustrie für die Weltwirtschaftskonferenz, 1926

259 Denkschrift des Völkerbundes über die Eisenindustrien der Welt, Bde 1–2, 1926–1927

–260 Bestrebungen zur Bildung eines internationalen Eisenkartells, Bd 1, 1926 bis 1927

270 Verhandlungen im Rahmen der Internationalen Rohstahlexportgemeinschaft über die Förderung des deutschen Exporthandels mit Eisen, Bd 1, 1925–1939

R 13 XII Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie

Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands e. V.

1 Internationale Zollpolitik, 1926–1935

2 Internationales Zolltarifschema, 1928–1929

–3

9 Deutsche Zoll- und Außenhandelspolitik, insbesondere Agrar- und allgemeine Zollmaßnahmen, 1925–1935

R 43 I Reichskanzlei: Auswärtige Angelegenheiten

73 Deutsch-französische Wirtschaftskommission, 1931–1932

74 Berichte des deutsch-französischen Studienkomitees, 1932

114 Deutsch-österreichische Zollunion, Bde 1–2, 1931

–115

510 Pazifistische Bestrebungen und Verbände, Bde 1–4, 1919–1930

–513

616 Zusammenschluß Europas, Bd 1, 1929–1930

617 Handakten RK Brüning, 1930–1931

620 Zusammenschluß der Donauländer, Bde 1–2, 1932–1935

–621

622 Materialsammlung zur Donaufrage, 1932

625 Kleine Entente, 1932

R 43 I Reichskanzlei: Finanzwesen

2 416 Allgemeine Zollangelegenheiten, Zolltarif und Zollgesetz, Bde 1–7, 1919

–2 422 bis 1933

2 428 Internationale Zollkonferenzen, 1929–1931

R 43 I Reichskanzlei: Handel und Wirtschaft

1 079 Handelspolitischer Ausschuß der Reichsregierung, 1925–1934

1 119 Handelsvertragsverhandlungen: Frankreich, Bde 1–3, 1924–1933

–1 121

1 123 Tschechoslowakei, 1925–1932

1 167 Industrie- und Handelskammern, Handels- und Wirtschaftsverbände,

–1 170 Deutscher Industrie- und Handelstag, Bde 1–4, 1919–1933

1 171 Internationale Handelskammer, Bd 1, 1925–1931

1 189 Hansa-Bund, 1919–1932

1 206 Reichsverband der Deutschen Industrie, Bd 1, 1922–1932

1 207 Internationale Wirtschaftsfragen und -konferenzen, Bd 1, 1923–1929

R 43 II Reichskanzlei: Handel und Wirtschaft

363 Internationale Wirtschaftsfragen und -konferenzen, Bd 2, 1930–1935

R 45 II Deutsche Volkspartei

60 Reichsausschuß für Handel und Industrie der DVP (Schriftwechsel und Sitzungsberichte), 1921–1931

Kleine Erwerbungen

309–1 Akten des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, o. D.

446 Brief Fr. W. Foerster an ?, betr. Vereinigte Staaten von Europa, 1926

Nachlaß Lujo Brentano

Nachlaß Hermann Dietrich

Nachlaß Georg Gothein

Nachlaß Wilhelm Heile

Nachlaß Katharina von Kardorff

Nachlaß Ludwig Kastl

Nachlaß Erich Koch-Weser
Nachlaß Wilhelm Külz
Nachlaß Arnold Rechberg
Nachlaß Friedrich E. M. Saemisch
Nachlaß Walther Schücking
Nachlaß Paul Silverberg

2. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA)

Büro des Reichsministers (RM)

74 Bund der Vereinigten Staaten von Europa, Bde 1-5,
1923-1931

Politische Abteilung II

Politik 4 Das Briand-Memorandum über die Organisation eines
Systems eines europäischen Staatenbundes, Bd 1, 1929
bis 1932

Paneuropa

Politik 4 Die paneuropäische Union, Bd 1, 1926-1932

Paneuropäische Union

Politische Abteilung II Frankreich

Politik 2 C Bestrebungen zur Herbeiführung einer deutsch-franzö-
sischen Verständigung, Bde 1-18, 1925-1932

Politik 2 C Die deutsch-französische Gesellschaft (Grantoff) und
Dt.-frz. Gesellsch. deren Veröffentlichungen, Bde 1-4, 1926-1930

Politik 2 E Die deutsch-französische Studienkommission sowie Grün-
dung eines französischen wirtschaftlichen und politi-
schen „Comité d'Entente international“ (Comité Fou-
gère) und eines deutschen Gegenkomitees, Bde 1-4,
1931-1934

Politische Abteilung IV Rußland

Politik 4 Paneuropa, Bde 1-3, 1926-1932

Sonderreferat Wirtschaft

Wirtschaft 1 Die Pan-Europabewegung, Briand-scher Plan, Andere
Beziehungen: Europäischer Wirtschaftsband, Ver-
einigte Staaten von Europa, Bde 1-16, 1929-1933

Wirtschaft 10 Wirtschaftliche Vereinigungen im allgemeinen: Euro-
päische Wirtschaftsunion und Grunderwerb in Deutsch-
land, Bd 1, 1928-1929

Referat Völkerbund

Allg. B 1a Deutsche Liga für Völkerbund, Bde 1-5, 1920-1933

allg.

Allg. B 2 Europäische Verständigungsaktion des Dr. Nossig-
Heile, Bde 1-6, 1924-1933

Allg. B 2a Vereinigte Staaten der Europäischen Nationen (Heer-
fordt), Bde 1-4, 1927-1935

Allg. B 3 Allgemeines, paneuropäische Bewegung (Coudenhove
u. a.), Bde 1-3, 1923-1936

Panuropa Allg.	Panuropa, Allgemeines, Politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten, Bde 1–11, 1929 bis 1932
Panuropa Ressorts	Zusammenarbeit mit den Ressorts (einschließlich Reichskanzlei), Reichsbank und Länderregierungen, Bd 1, 1930
Panuropa Nichtamtliche Äußerungen	Nichtamtliche Äußerungen von Organisationen und Privaten, Bde 1–2, 1929–1932

Nachlaß Gustav Stresemann

3. Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA)

09.01 Auswärtiges Amt (AA)

- 40 787 Österreichs Handelsbeziehungen zu Deutschland, Bde 1–2, 1920–1930
- 40 788
- 41 178 Handelsvertragsverhältnis zwischen Österreich und Deutschland, Bd 12, 1930
- 41 184 Die deutsch-österreichische Zollunion
- 41 199 Bde 1–16, 1931
- 41 200 Die deutsch-österreichische Zollunion
- 41 201 – Pressestimmen –, Bde 1–2, 1931
- 41 769 Die Oesterreichische Alpine Montan Gesellschaft, Bd 1, 1920–1932
- 41 776 Elektrische Industrie. Wasserkraft, Bde 4–6, 1927–1932
- 41 778
- 41 781 Kartellwesen, Trusts, Bd 1, 1922
- 42 983 Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Deutschland – Frankreich), Bd 1, 1928 bis 1932
- 42 992 Wirtschaftliche Beziehungen zwischen fremden Staaten, Bd 1, 1920
- 42 993 Mitteleuropa-Institute
- 42 998 Bde 1–6, 1925–1933
- 42 999 Wirtschaftlicher Donaubund, Bde 1–13, 1925–1932
- 43 011
- 43 014 Die Wirtschaftskonferenz zur Sanierung der Donaustaaten in Stresa, 1932
- 43 024 Wirtschaftskonferenz, 1927
- 43 178 Wirtschaftliche Beziehungen Österreichs zum Ausland, Bde 1–4, 1924 bis
- 43 181 1931
- 43 187 Beteiligung deutschen und fremden Kapitals in Österreich, Bde 1–2, 1920
- 43 188 bis 1930
- 45 023 England: Wünsche und Anträge zum Handelsvertrag mit Deutschland, Bd 1, 1924–1931
- 67 267 Rußland: Deutsch-österreichische Zollunion, Bd 1, 1931

15.01 Reichsministerium des Innern (RMdI)

- 25 341 Eingaben in bezug auf die allgemeine Wirtschaftslage. Durchgangssachen
- 25 346 Bde 1–6, 1926–1932
- 25 350 Jahresberichte und Mitteilungen über Gesellschaften usw.
- 25 358 Bde 1–9, 1926–1933
- 25 361 Einladungen zu Tagungen wirtschaftlicher usw. Gesellschaften
- 25 365 Bde 1–5, 1926–1932
- 25 367 Empfehlungen wirtschaftlicher Veröffentlichungen, Bd 1, 1926–1933

- 25 368 Europaausschuß, Bd 1, 1931–1932
 25 369 Organisation des Wirtschaftslebens
 Allgemeines, Bd 2, 1927–1929
- 15.07 Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
 96 Internationale Verhandlungen und Verträge. Friedensvertrag von Versailles und seine Wirkungen allgemein, 1920–1929
- 31.01 Reichswirtschaftsministerium
 1 658 Wirtschaftsbeziehungen mit der Tschecho-Slowakei, Bde 1–2, 1920–1924
 –1 659
 2 310 Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, Bd 3, 1911–1930
 2 479 Völkerbund, Bde 5–9, 1925–1928
 –2 484
 2 638 Handels- und Zollpolitik Frankreichs, Bde 7–28, 1925–1930
 –2 651
 2 772 Handels- und Zollpolitik Österreichs, Bde 21–26, 1931–1932
 –2 775
 2 831 Handels- und Zollpolitik Rumäniens
 –2 833 Allgemeines, Bde 13–15, 1930–1931
 4 504 Fusionsbestrebungen und Konzernbildungen in der Großeisenindustrie
 (Annäherung der deutschen und französischen Großeisenindustrie – Koks gegen Minette – vgl. auch F. V. Bd 3 und Ab 5 Minette), Bde 1–2, 1920 bis 1926
 4 696 Wirtschaftlicher Nachrichtendienst,
 –4 697 Förderung des Außenhandels, Bde 2a–3, 1928–1930
 4 699 Regelung der Nachrichtenverwertung im Reichswirtschaftsministerium,
 Bd 1, 1926–1929
 7 632 Zahlungsverkehr mit Rußland. Ausfallgarantie bei Exportgeschäften,
 Bd 7, 1927–1929
 19 633 Zahlungsverkehr mit Rußland. Ausfallgarantie bei Exportgeschäften,
 Bd 10, 1931
- 60 Vo 1 Deutsche Volkspartei (DVP)
 188 Wahlkreis 30 Chemnitz–Zwickau F–Z, 1925–1928
 212 Wahlkreis 35 Mecklenburg A–S, 1928–1930
 243 Merkblätter für die Parteiarbeit, 1926–1930
- 61 Ar 1 Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft (DÖAG)
 13 Sitzungen, Tagungen und sonstige Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft, ihrer Landesgruppen und Fachausschüsse (Protokolle und Berichte), 1926–1932
 28 Österreichische Woche vom 11.–17. 1. 1927 in München
 29 Österreichische Woche vom 10.–15. 1. 1927 und 31. 10. – 11. 11. 1930 in München. Zeitungsausschnitte
 30 Österreichische Woche vom 4.–11. 11. 1930 in München und verschiedenen anderen Städten (Unterlagen und Schriftwechsel), 1929–1930
 38 Schriftwechsel über Mitgliedschaft und Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft mit Organisationen, Institutionen, Behörden, Verlagen, Zeitungen
 –44 und Privatpersonen, 1925–1928
 56 Schriftwechsel über Mitgliedschaft und Tätigkeit in der Arbeitsgemein-

- 57 schaft mit Organisationen, Institutionen, Behörden, Verlagen, Zeitungen und Privatpersonen, Berlin, 1925–1927
- 68 Schriftwechsel über Mitgliedschaft und Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft mit Organisationen, Institutionen, Behörden, Verlagen, Zeitungen und Privatpersonen, Österreich, 1925–1929
- 71
- 97 Mitgliederwerbung bei industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen und Verbände (Unterlagen und Schriftwechsel)
- 102 Verhältnis zum Österreichisch-Deutschen Volksbund in Berlin (Unterlagen)
- 114 Wirtschaftliche Annäherung Österreichs an Deutschland durch eine Zollunion, Unterlagen und Schriftwechsel, 1926–1932
- 117
- 118 Rundfrage des Fachausschusses für Handel und Industrie über die Auswirkungen einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich
- 127 Wirtschaftsentwicklung und -politik. Zeitungsausschnitte, 1924–1926
- 189/1 Wirtschaftliche Nachrichten für Handel, Gewerbe und Industrie. Offizielles Organ der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien und des Außenhandelsdienstes der österreichischen Handelskammern, 1926 bis -189/3 1930

Pressearchiv des ehemaligen Reichs-Landbundes, Museum für Deutsche Geschichte Berlin

- 18 Äußere Politik des Auslandes. Politische Beziehungen der europäischen Staaten zueinander, Bde 1–25, 1899–1944
- 18 A Äußere Politik Deutschland. Politische Beziehungen Deutschlands innerhalb Europas (mit Ausnahme der Spezialakten). Vereinigte Staaten von Europa, Bde 6–7, 1911–1943
- 18 M Neuer Dreiecksbund. Deutschland, Österreich, Ungarn, Türkei (sowie Bulgarien). Politische Beziehungen zueinander, Bde 1–5, 1915–1920
- 255 Mitteleuropäisches Zollbündnis, 1898–1940
- 255/A Neuer Dreiecksbund. Deutschland – Österreich – Ungarn – Türkei (sowie Bulgarien), dessen handelspolitische und wirtschaftliche Beziehungen zueinander und anderen Staaten, Bde 1–2, 1916
- 255 L Europa: Ernährungsfrage und Landwirtschaft. Südosteuropa: Ernährungsfrage und Landwirtschaft, Bde 1–2, 1940–1942
- 351 Haager Friedenskonferenz und Abrüstungsfrage. Genfer Konvention, Flotte Ausland, Abrüstungs- bzw. Einschränkungsfage, Friedenskonferenz, interparlamentarische Friedenskongresse, interparlamentarische Union, Schiedsgerichtsverträge und Seekriegsrechtskonferenz, internationaler Völkerbund, Oberster Gerichtshof des Völkerbundes, Grünes Kreuz, internationale Union (Gemeinschaft aller Völker Europas, Völkerbundsanleihe international), Bde 22–31, 1924–1931

Personalia

II. Gedruckte Materialien

1. Editionen

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bde 1. 2. Bearbeitet von Martin Vogt. Boppard 1970

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie B: 1925–1933.

Bd I,1: Dezember 1925 bis Juli 1926. Bd I,2: August bis September 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung. Göttingen 1966/68
Bd II,1: Dezember 1925 bis Juni 1926. Bd II,2: Juni bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig und den Baltischen Staaten. Göttingen 1967

Bd III: Dezember 1925 bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Süd- und Südosteuropa, Skandinavien, den Niederlanden und zu den außereuropäischen Staaten. Göttingen 1968

Bd IV: Januar bis März 1927. Göttingen 1970

Deutsche Parteiprogramme. 1809–1957. Hrsg. von Wilhelm Mommsen. München 1964

Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung. Hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bde 1–3. München 1962

Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation. Hrsg. von Walter Lipgens. München 1968

Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlaß in 3 Bänden. Hrsg. von H. Bernhard. Berlin 1932/33

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer. Bde 4–8. Berlin 1960–63

Verhandlungen des Deutschen Reichstags. Stenographische Berichte. Bde 384–453, Berlin 1924–1932

2. Periodika und Reihen

Deutsche Einheit. Monatsschrift der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft. Wien, 1 (1926) – 6 (1931)

Europa-Wirtschaft. Monatshefte für den wirtschaftlichen Aufbau Europas. Hrsg. von Wilhelm Grotkopp. Berlin, 1 (1930) – 3 (1932)

Europäische Wirtschaftsunion. Zeitschrift des Zentralkomitees des Europäischen Zollvereins. Hrsg. von Christian Günther. Den Haag, 1 (1927) – 4 (1930)

Friedenswarte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation. Berlin, 1 (1899) – 56 (1961/62)

Internationale Wirtschaft. Zeitschrift der Internationalen Handelskammer. Paris, 1 (1929) – 4 (1932)

Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen. Düsseldorf, 1 (1925) – 8 (1932)

Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen. Schriftenreihe des Mitteleuropa-Instituts Wien. Bde 1–5 (1929–1931)

Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik. Schriftenreihe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags. Hrsg. von Gottfried Zoepfl. Bde 1–3 (1930–1931)

Panuropa. Wien, 1 (1924) – 9 (1933)

Schriftenreihe des Europäischen Zoll-Vereins. Berlin, Bd 1 (1928)

Veröffentlichungen der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft. München. Bde 1–5 (1926–1929)

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Berlin, Selbstverlag des RDI. H. 1–62 (1919–1934)

Völkerbund. Chronik – Materialien – Kritik. Monatsschrift der Deutschen Liga für Völkerbund. Berlin, 1 (1928) – 4 (1931)

- Völkerbund und Völkerrecht. Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Völkerbundesfragen. Berlin, 1 (1934) – 4 (1937/38)
- Völkerbundesfragen. Mitteilungen der Deutschen Liga für Völkerbund. Berlin, 1 (1924) bis 4 (1927)
- Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, 20 (1924) – 36 (1932)

3. Literatur

- Acker, Detlev, Walther Schücking (1875–1935), Münster 1970
- Agnelli, Giovanni/Cabiati, Attilo, *Fédération européenne ou ligue des nations?* Paris 1919
- Angermann, Erich, *Die Vereinigten Staaten von Amerika*, München 1966
- Atlas économique de l'Europe. Cartes. Notices. Graphiques. Statistiques. Publié sous le patronage du Ministère du Commerce et de l'Industrie par Lucien Coquet, Paris 1929
- Ausgewählte Kapitel aus der chemisch-industriellen Wirtschaftspolitik 1877–1927, überreicht der 50jährigen Hauptversammlung vom Geschäftsführer Dr. C. Ungewitter (= Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands e.V.), Berlin 1927
- Backhaus, Dorothee, *Die Europabewegung in der Politik nach dem ersten Weltkrieg und ihr Widerhall in der Presse von 1918–1933*, Diss. phil., MS, München 1951
- Bade, Klaus J., *Organisierter Kapitalismus oder: Von den Schwierigkeiten vergleichender Sozialgeschichte*, in: NPL 20 (1975), S. 293–307
- Balassa, Bela, *The theory of economic integration*, London 1969
- Bariéty, Jacques, *Idée européenne et relations franco-allemandes*, in: Bulletin de la Faculté des Lettres de Strasbourg, mars 1968, pp. 571–584
- Bariéty, Jacques/Bloch, Charles, *Une tentative de réconciliation franco-allemande et son échec (1932–1933)*, in: RHMC 15 (1968), pp. 433–465
- Barkeley, Richard, *Die deutsche Friedensbewegung 1870–1933*, Hamburg 1948
- Barmeyer, Heide, *Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933*, Stuttgart 1971
- Baumgart, Winfried, *Vom Europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles*, Darmstadt 1974
- Benckiser, Nikolaus, *Das Problem der staatlichen Organisation der Weltwirtschaft*, Karlsruhe 1927
- Beneš, Eduard, *Das österreichisch-deutsche Abkommen*, Prag 1931
- Bericht über die Verhandlungen des V. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in Breslau am 28. 2. und 1. 3. 1930, Berlin 1930 (= Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik 1)
- Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaft. 1856 bis 1956. Bearb.: Rolf E. Lücke, Berlin/Frankfurt a. M. 1956
- Berndt, Roswitha, *Wirtschaftliche Mitteleuropapläne des deutschen Imperialismus (1926–1931). Zur Rolle des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages und der Mitteleuropa-Institute in den imperialistischen deutschen Expansionsplänen*, in: Wiss. Z. Univ. Halle 14 (1965) G, S. 227–236
- Berndt, Roswitha, *Die wirtschaftlichen Beziehungen des deutschen Imperialismus zu Österreich in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929–1931 (dargestellt am Beispiel des Curtius-Schober-Abkommens)*, Bde 1. 2, Diss. phil., MS, Halle/Wittenberg 1963
- Bibliographie zum Deutsch-österreichischen Anschlußgedanken, hrsg. von der Weltkriegsbücherei Stuttgart und dem Reichspropaganda-Ausschuß der DÖAG für das Reich, Landesgruppe Württemberg, Stuttgart 1928
- Bibliographie zur Europäischen Integration, begründet von Gerda Zellentin, Köln 1970

- Bibliographie zur Geschichte der deutschen Industrie- und Handelskammern und des DIHT, hrsg. vom DIHT, Bonn 1963
- Bibliographie zur Geschichte der Nachfolgestaaten, bearb. von Max Gunzenhäuser, Stuttgart 1935
- Böhret, Carl, Aktionen gegen die „kalte Sozialisierung“ 1926–1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik, Berlin 1966
- Borchardt, Knut, Integration in wirtschaftshistorischer Perspektive, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1964, Berlin 1965, S. 388–410
- Bovet, Ernest, Die Universalität des Völkerbundes, in: FW 27 (1927), S. 349–354
- Brentano, Lujo, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931
- Briand, Aristide, Frankreich und Deutschland. Mit einer Einleitung von Gustav Stresemann, Dresden 1928
- Brintzinger, Ottobert L., Europäische Integration in Dokumentation und Bibliographie, in: NPL 8 (1963), S. 286–298
- Brockhausen, Carl, Verwaltungs- Protektionismus und Mitteleuropäischer Wirtschaftsbund, Berlin 1931 (= Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik 2)
- Brüning, Heinrich, Memoiren (1918–1934), Stuttgart 1970
- Brüning, Heinrich, Die Vereinigten Staaten und Europa, Stuttgart 1954
- Brugmans, Henri, L'idée européenne 1920–1970, Bruges 1970
- Bücher, Hermann, Finanz- und Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in den Jahren 1921–1925, Berlin 1925
- Bülow, Bernhard W. von, Der Versailler Völkerbund. Eine vorläufige Bilanz, Berlin/Stuttgart/Leipzig 1923
- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bde 1. 2, Leipzig 1968/1970
- Bulletin officiel du 23^e Congrès Universel de la Paix, tenu à Berlin de 2 au 8 octobre 1924, Genève 1925
- Coerper, Fritz, Das wirtschaftliche Europa. Eine Streitschrift gegen „Paneuropa“. Für europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Eine Mahnung an die deutsche Wirtschaft, Leipzig 1926
- Conte, Roger, Wirtschaftliche Annäherung der Völker, in: IntW 2 (1930), S. 16–28
- Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: VfZ 1 (1953), S. 319–338
- Coquet, Lucien, Union douanière européenne, Paris 1931
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Adel, Leipzig 1923
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Ethik und Hyperethik, Leipzig 1923
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Europa erwacht! Zürich 1934
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Die europäische Nation, Stuttgart 1953
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Held oder Heiliger, Wien 1927
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Eine Idee erobert Europa. Meine Lebenserinnerungen, Köln 1958
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Judenhaß von heute. Darin: Coudenhove-Kalergi, Heinrich Graf: Das Wesen des Antisemitismus, S. 89–326, Wien/Zürich 1935
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Kampf um Europa. Aus meinem Leben, Zürich 1949
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., Kampf um Paneuropa, Bde 1. 2. 3, Wien/Leipzig 1925–28

- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Kommen die Vereinigten Staaten von Europa?* Glarus 1938
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Krise der Weltanschauung*, Wien 1923
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen*, Köln 1966
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Los vom Materialismus!* Wien 1930
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Pan-Europa*, Wien 1923
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Paneuropa ABC*, Leipzig/Wien 1931
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Paneuropa. 1922 bis 1966*, Wien/München 1966
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Praktischer Idealismus*, Wien/Paris/Zürich 1925
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Revolution durch Technik*, Wien/Leipzig 1932
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Stalin & Co*, Wien 1931
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Totaler Staat – totaler Mensch*, Wien 1937
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Vom Ewigen Krieg zum Großen Frieden*, Göttingen 1956
- Coudenhove-Kalergi, Richard N., *Weltmacht Europa*, Stuttgart 1971
- Cristu, Jean, *L'Union Douanière Européenne. Ses conditions et ses difficultés. Thèse pour le doctorat en droit*, Paris 1928
- Curtius, Julius, *Bemühungen um Österreich. Das Scheitern des Zollunionsplans von 1931*, Heidelberg 1947
- Curtius, Julius, *Sechs Jahre Minister der deutschen Republik*, Heidelberg 1948
- Daitz, Werner, *Der Weg zur Volkswirtschaft, Großraumwirtschaft und Großraumpolitik*, hrsg. vom Zentralforschungsinstitut für nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft, Dresden 1943
- Davies, Arthur, *Englands Stellung zur Abrüstung und zur deutsch-österreichischen Zollunion*, in: Vbd 4 (1931), S. 33
- Dederke, Karlheinz, *Reich und Republik. Deutschland 1917–1933*, Stuttgart 1969
- Delaisi, Francis, *Les deux Europes. Préface de Dannie Heineman*, Paris 1929
- Denkschrift über die wirtschaftlichen Probleme Mitteleuropas. Im Auftrag der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung für die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes ausgearbeitet von Elemér Hantos*, Wien 1927
- Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik*, hrsg. von Bernhard Harms u. a., Bde 1. 2. Erg. Teil, Berlin 1932
- Der deutsche Außenhandel unter Einwirkung volkswirtschaftlicher Strukturwandlungen*, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, Berlin 1932
- Deutschland und der Völkerbund*, hrsg. von der Deutschen Liga für Völkerbund, Berlin 1926
- Deutschlands Weg an der Zeitenwende*, hrsg. von Karl Haushofer und Kurt Trampler, München 1931
- Dittrich, Erich, *Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen der Nachkriegszeit. Veröffentlicht in Verbindung mit dem Institut für Mittel- und Südost-Europäische Wirtschaftsforschung*, Berlin/Leipzig 1931
- Dix, Arthur, *Politische Geographie*, Berlin 1928
- Dix, Arthur, *Schluß mit Europa*, Berlin 1928
- Döhn, Lothar, *Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei*, Meisenheim 1970
- Droz, Jacques, *L'Europe Centrale. L'évolution historique de l'idée de ‚Mitteleuropa‘*, Paris 1960
- Duisberg, Carl, *Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922–1933*, Berlin 1933

- Duisberg, Carl, *Meine Lebenserinnerungen*, hrsg. auf Grund von Aufzeichnungen, Briefen und Dokumenten von Jesco von Puttkamer, Leipzig 1933
- Elisha, Achille, Aristide Briand. Discours et écrits de politique étrangère. La paix, l'union européenne, la Société des Nations, Paris 1965
- Der energiewirtschaftliche Zusammenschluß Südostdeutschlands und Österreichs. Denkschrift des Fachausschusses für Energiewirtschaft, München 1926 (= Veröffentlichungen der DÖAG 1)
- Emile Mayrisch. Précurseur de la construction de l'Europe, Lausanne 1967
- Erdmann, Karl Dietrich, Der Europaplan Briands im Lichte der englischen Akten, in: GWU 1 (1950), S. 16–32
- Erste Tagung des Reichswirtschaftsausschusses der DÖAG am 18. 10. 1929 im Stahlhof zu Düsseldorf, hrsg. vom DÖAG-Reichswirtschaftsausschuß, Düsseldorf 1929
- Eulenburg, Franz, Außenhandel und Außenhandelspolitik. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Tübingen 1929
- Eulenburg, Franz, Probleme der deutschen Handelspolitik, Jena 1925
- Europäische Cooperation, hrsg. vom Deutschen Comité für europäische Cooperation, Berlin 1929
- Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung, hrsg. von Hanns Heiman, Berlin 1926
- Ewald, Josef Winfried, Die deutsche Außenpolitik und der Europaplan Briands, Diss. phil., Marburg 1961
- Feder, Ernst, Heute sprach ich mit . . . Tagebücher eines Berliner Publizisten. 1926 bis 1932, hrsg. von Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971
- Fimmen, Edo, Labour's alternative: The united states of Europe or Europe limited, London 1924
- Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1964
- Flechner, Hans-Joachim, Carl Duisberg. Vom Chemiker zum Wirtschaftsführer, Düsseldorf 1959
- Fougère, Etienne, Das europäische Weizenkartell, in: IntW 2 (1930), S. 334–336
- Fraenkel, Ernst, Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken, in: VfZ 16 (1968), S. 1–14
- François-Poncet, André, Die französisch-deutsche Wirtschaftsverständigung, in: ZfP 15 (1926), S. 514–518
- Fünfzig Jahre Bosch 1886–1936, Stuttgart 1936
- Für europäische Verständigung! Mit Beiträgen von Walther Schücking u. a., Hrsg. vom Verband für europäische Verständigung, Berlin 1927
- Gebhard, Ludwig, Deutsch-österreichische Gemeinschaft von heute, München 1929 (= Veröffentlichungen der DÖAG 5)
- Gehl, Jürgen, Austria, Germany, and the Anschluss. 1931–1938, London 1963
- Geigenmüller, Ernst, Botschafter von Hoesch und der deutsch-österreichische Zollunionsplan von 1931, in: HZ 195 (1962), S. 581–595
- Geiss, Imanuel/Wendt, Bernd-Jürgen (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973
- Gerlach, Hellmut von, Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922–1930, hrsg. von Karl Holl und Adolf Wild, Bremen 1973
- Geyer, Michael, Mitteleuropapläne (1918–1945). Wirtschaftliche Expansion und Verflechtung, in: SOWI 2 (1973), S. 136–139
- Giese, Joachim, Der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI). Eine Untersuchung

- über seinen Einfluß auf den Faschisierungsprozeß in Deutschland in der Zeit von 1929 bis 1933, MS, Potsdam 1968
- Gideonse, Harry D., Economic foundations of Pan-Europeanism, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 149 (1930), pp. 150–156
- Glück, Friedbert, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Beispiel organischer Entwicklungsarbeit, in: Zotschew, Theodor (Hrsg.), *Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung. Festschrift für Hermann Gross zum 60. Geburtstag*, München 1963, S. 109–116
- Göhre, Paul, *Deutschlands weltpolitische Zukunft*, Berlin 1925
- Gossweiler, Kurt, *Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932*, Berlin 1971
- Gothein, Georg, *Ist eine paneuropäische Zollunion durchführbar?* Berlin 1925 (= *SD der Deutschen Liga für Völkerbund* 22)
- Gothein, Georg, *Die klaffende Preisschere als Ursache der Weltwirtschaftskrise*, Berlin 1930 (= *Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik* 3)
- Grabowsky, Adolf, *Das Problem Paneuropa*, in: *ZfP* 17 (1928), S. 673–704
- Graml, Hermann, *Europa zwischen den Kriegen*, München 1969
- Gratz, Gustav/Schüller, Richard, *Der wirtschaftliche Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung*, Wien/New Haven 1930
- Gratz, Gustav/Schüller, Richard, *Die äußere Wirtschaftspolitik Oesterreich-Ungarns. Mitteleuropäische Pläne*, Wien/New Haven 1925
- Greiling, Walter, *Fünfundsiebzig Jahre Chemieverband. Ein Beitrag zur Industriegeschichte und wirtschaftspolitischen Meinungsbildung in einer erzählenden Darstellung mit ausgewählten Dokumentenzitaten*, hrsg. vom Verband der Chemischen Industrie, Bonn, zur Erinnerung an den 75. Jahrestag der Gründung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands, Frankfurt a. M. 1952
- Grieser, Helmut, *Die Sowjetpresse über Deutschland in Europa 1922–1932. Revision von Versailles und Rapallo-Politik in sowjetischer Sicht*, Stuttgart 1970
- Gross, Hermann, *Industriewirtschaftliche Wirkungen einer deutsch-österreichischen Zollunion*, in: *WWA* 34 (1931) I, S. 41–99
- Großraumwirtschaft. *Der Weg zur europäischen Einheit. Ein Grundriß*, hrsg. von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp. Mit einem Geleitwort von Reichsminister G. R. Treviranus, Berlin 1931
- Grotkopp, Wilhelm, *Amerikas Schutzzollpolitik und Europa*, Berlin 1929
- Grotkopp, Wilhelm, *Deutsch-österreichische Zollunion*, in: *Vbd* 4 (1931) Nr. 4/5, S. 20–22
- Grotkopp, Wilhelm, *Europäische Zollunion als Weg aus deutscher Wirtschaftsnot*, Berlin 1931
- Grotkopp, Wilhelm, *Die Zölle nieder! Wege zur europäischen Wirtschaftseinheit*, Berlin 1930
- Gruchmann, Lothar, *Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“*, Stuttgart 1962
- Gürge, Wilhelm, *Paneuropa und Mitteleuropa*, Berlin 1929
- Hagemann, Walter, *Deutschland am Scheideweg. Gedanken zur Außenpolitik*, Freiburg i. Br. 1931
- Hagemann, Walter, *Die Europa-Idee bei Briand und Coudenhove-Kalergi. Ein Vergleich*, in: *Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser*, Düsseldorf 1954, S. 153–166
- Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt a. M./Köln 1974

- Hantos, Elemér, Das Donauproblem, Wien 1928
- Hantos, Elemér, L'économie mondiale et la Société des Nations, Paris 1931
- Hantos, Elemér, Europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft. Mit einem Vorwort vom Internationalen Komitee des Europäischen Zollvereins, Berlin 1928
- Hantos, Elemér, L'Europe centrale. Une nouvelle organisation économique, Paris 1932
- Hantos, Elemér, Das Geldproblem in Mitteleuropa, Jena 1925
- Hantos, Elemér, Die Handelspolitik in Mitteleuropa, Jena 1925
- Hantos, Elemér, Die Kooperation der Notenbanken als Mittel zur Rationalisierung der Weltwirtschaft, Tübingen 1931
- Hantos, Elemér, Die Kulturpolitik in Mitteleuropa, Stuttgart 1926
- Hantos, Elemér, Das mitteleuropäische Agrarproblem und seine Lösung, Berlin 1931 (= Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen 4)
- Hantos, Elemér, Mitteleuropäische Eisenbahnpolitik. Zusammenschluß der Eisenbahnsysteme von Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Jugoslawien, Wien 1929 (= Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen 1)
- Hantos, Elemér, Mitteleuropäische Kartelle im Dienste des industriellen Zusammenschlusses, Berlin 1931 (= Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen 5)
- Hantos, Elemér, Mitteleuropäische Wasserstraßenpolitik. Referate und Beschlüsse der Wasserstraßenkonferenz, Leipzig 1929 (= Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen 2)
- Hantos, Elemér, Mitteleuropäischer Postverein, Leipzig 1929 (= Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen 3)
- Hantos, Elemér, La monnaie, ses systèmes et ses phénomènes en Europe centrale, Paris 1927
- Hantos, Elemér, Die Rationalisierung der Weltwirtschaft, Tübingen 1930
- Hantos, Elemér, Die Verkehrspolitik in Mitteleuropa, Jena 1927
- Harms, Bernhard (Hrsg.), Die Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, Bde 1. 2, Berlin 1928
- Harms, Bernhard (Hrsg.), Volk und Reich der Deutschen, Bde 1. 2. 3, Berlin 1929
- Harms, Bernhard, Vom Wirtschaftskrieg zur Weltwirtschaftskonferenz. Weltwirtschaftliche Gestaltungstendenzen im Spiegel gesammelter Vorträge, Jena 1927
- Harms, Bernhard, Die Zukunft der deutschen Handelspolitik im Rahmen des Neuaufbaues der deutschen Volkswirtschaft und ihrer weltwirtschaftlichen Beziehungen, Jena 1925
- Hauser, Oswald, Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation, in: HZ 179 (1955), S. 45–92
- Haushofer, Karl, Geopolitik der Pan-Ideen, Berlin 1931
- Helbich, Wolfgang, Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930–1932, Berlin 1962
- Heile, Wilhelm, Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung, Halberstadt 1926
- Henderson, W. O., Mitteleuropäische Zollvereinspläne, 1840–1940, in: ZGS 122 (1966), S. 130–162
- Hennig, Eike, Materialien zur Diskussion der Monopolgruppentheorie. Anmerkungen zu Kurt Gossweilers „Großbanken, Industriemonopole, Staat“, in: NPL 18 (1973), S. 170–193
- Henning, Friedrich-Wilhelm, Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1972, Paderborn 1974
- Hermans, Jules, L'évolution de la pensée politique d'Aristide Briand, Nancy 1965
- Herriot, Edouard, Erinnerungen eines Politikers und Staatsmannes, Dresden 1928

- Herriot, Edouard, Für die französisch-deutsche Verständigung. Rede gehalten in Zürich am 26. Mai 1929, Zürich 1929
- Herriot, Edouard, Vereinigte Staaten von Europa, Leipzig 1930
- Heß, Jürgen C., Theodor Heuss vor 1933, Stuttgart 1974
- Heuss, Theodor, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963
- Heuss, Theodor, Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart/Tübingen 1946
- Hildebrand, Klaus, Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971
- Hiller, Kurt, Leben gegen die Zeit, Bd 1 : Logos, Reinbek 1969
- Hiller, Kurt, Ratioaktiv. Reden 1914–1964. Ein Buch der Rechenschaft, Wiesbaden 1966
- Hillgruber, Andreas, Großmachtspolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. Drei Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974
- Hillgruber, Andreas, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf 1969
- Hoerisch-Ruppel, Edith, Die deutschen Monopolisten und ihre Gläubiger 1930/31. Eine Untersuchung über die Gestaltung der Deutschlandpolitik der USA, Englands und Frankreichs und die Außenpolitik des deutschen Imperialismus unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise, Habil. phil., MS, Berlin 1963
- Höltje, Christian, Die Weimarer Republik und das Ost-Locarno-Problem 1919–1934, Würzburg 1958
- Hoetzsch, Otto, Die weltpolitische Kräfteverteilung seit den Pariser Friedensschlüssen, Leipzig/Berlin 1933
- Hohfeld, Hans-Herbert, Zur Frage einer europäischen Zollunion. Eine Kritik, Leipzig 1928
- Holl, Karl, Die „Vereinigung Gleichgesinnter“. Ein Berliner Kreis pazifistischer Intellektueller im Ersten Weltkrieg, in: AKG 54 (1972), S. 364–384
- Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. 57 Beiträge internationaler Historiker, Nationalökonomien und Politologen. Vorträge, Berichte, Diskussionen, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974
- Italiaander, Rolf, Richard N. Coudenhove-Kalergi. Begründer der Paneuropa-Bewegung, Freudenstadt 1969
- Jäckh, Ernst/Schwarz, Wolfgang, Die Politik Deutschlands im Völkerbund, Genf 1932
- Jameson, Egon, Mein lebenslänglicher Nachbar. Ein Fernseh-Interview mit Edgar Stern-Rubarth, in: Publizistik 8 (1963) H. 4, S. 391–400
- Junghann, Otto, Die Deutsche Liga für Völkerbund, Berlin 1925 (= SD der Deutschen Liga für Völkerbund 21)
- Junker, Detlev, Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933 bis 1941, Stuttgart 1975
- Kerekes, Lajos, Zur Außenpolitik Otto Bauers 1918/19. Die „Alternative“ zwischen Anschlußpolitik und Donauföderation, in: VfZ 22 (1974), S. 18–45
- Kessler, Harry Graf, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt a. M. 1961
- Keynes, John Maynard, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München/Leipzig 1920
- Kindleberger, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise, München 1973
- Kluke, Paul, Deutschland und seine Mitteleuropapolitik, in: Bohemia 6 (1965), S. 373 bis 389
- Kniesche, Herbert, Die großdeutsche Wirtschaftseinheit. Geschichte und Gegenwartsprobleme der österreichisch-deutschen Wirtschaftsverflechtung, Leipzig 1929

- Koch-Weser, Erich, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919–1929, Berlin 1929
- Kohlross, Eberhard, Die französischen Kapitalanlagen in Südosteuropa im Rahmen der gesamten Auslandsverschuldung der südosteuropäischen Länder, Leipzig 1934
- Kollektiver Zollabbau und europäisches Wirtschaftsbündnis. Anträge der Österreichischen Gruppe der Internationalen Handelskammer zu den Beschlüssen der X. Völkerbundsversammlung, Wien 1929
- Kranold, Herman, Vereinigte Staaten von Europa, eine Aufgabe proletarischer Politik, Hannover 1924
- Krebs, Hans, Paneuropa oder Mitteleuropa, München 1931
- Krekeler, Norbert, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1939, Stuttgart 1973
- Krulis-Randa, Jan, Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931. Die Bemühungen um eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich, Zürich 1955
- Kühl, Joachim, Föderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa, München 1958
- Kühlmann, Richard von, Gedanken über Deutschland. Betrachtungen über Deutschlands Stellung in der Weltpolitik mit Rückblick auf das wilhelminische Deutschland, Leipzig 1931
- Lange, Kurt, Die Passivität der deutschen Handelsbilanz als wirtschaftspolitisches Problem, hrsg. vom VDMA, Berlin 1925
- Lauterbach, Albert, Die Ergebnisse der Paneuropa-Bewegung, in: ZfP 18 (1929), S. 797–799
- League of Nations: Report by the Stresa conference for the economic restoration of central and eastern Europe submitted to the Commission of Enquiry for European Union, Geneva 1932
- Lehmann-Russbüldt, Otto, Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden, 1914–1927, Berlin 1927
- Lendl, Egon, Mitteleuropa als geographisches und historisches Problem, in: Bohemia 6 (1965), S. 20–38
- Lenin, Wladimir I., Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Lenin, Werke, Bd 21, Berlin 1961, S. 342–346
- Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970
- Lipgens, Walter, Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in: HZ 203 (1966), S. 46–89, 316–363
- Lipgens, Walter, Die europäische Integration. Entwicklungsphasen und Stand, in: Ruperto-Carola 17 (1965), S. 23–43
- Lipgens, Walter, Das Konzept regionaler Friedensorganisation. Résistance und europäische Einigungsbewegung, in: VfZ 16 (1968), S. 150–164
- Löbe, Paul, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin 1949
- Löbe, Paul, Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Berlin 1954
- Lüke, Rolf E., Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958
- Lyons, F. S. L., Internationalism in Europe 1815–1914, Leyden 1963
- Mann, Heinrich, Sieben Jahre. Chronik der Gedanken und Vorgänge, Wien 1929
- Martin, Bernd, Friedens-Planungen der multinationalen Großindustrie (1932–1940) als politische Krisenstrategie, in: GG 2 (1976), S. 66–88
- Matthias, Erich, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945. Eine Übersicht, Tübingen 1954

- Maxelon, Michael-Olaf, Stresemann und Frankreich. 1914–1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972
- Meyer, Henry Cord, Mitteleuropa in German thought and action 1815–1945, The Hague 1955
- Das mitteleuropäische Bankwesen, Wien 1929 (= Mitteleuropa-Institut des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages Wien, Nr. 1 der Schriftenfolge)
- Mittel- und Südost-Europäische Wirtschaftsfragen. Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsbeziehungen. Herrn Geh. Leg.-Rat. Prof. Dr. Kurt Wiedefeld zum 60jährigen Geburtstag dargebracht vom Institut für Mittel- und Südost-Europäische Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig, hrsg. von Hermann Gross, Leipzig 1931
- Möller, Hans, Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wiesbaden 1960
- Naumann, Friedrich, Mitteleuropa, Berlin 1915
- Nelböck, Friedrich, Kleine Beiträge zum Kampf um den Völkerbund, Paneuropa, Mitteleuropa, Brünn 1930
- Nelböck, Friedrich, Paneuropa oder Mitteleuropa?, in: E-W 1 (1930), S. 523–526
- Neubert, Wolfram, „Europäische Integration“ contra Nation und Völkerverständigung. Die gegenwärtige „Europa“-Politik und -ideologie der SPD-Führung und ihre Alternative, Berlin 1964
- Nikuradse, Alexander, Zur Frage der Europa-Forschung. Aufgaben, Methoden, Organisation, München 1955
- Nitti, Francesco, Die Tragödie Europas – und Amerika, Frankfurt a. M. 1924
- Nötel, Rudolf, International capital movements and finance in eastern Europe 1919–1949, in: VSWG 61 (1974), S. 65–112
- Nolte, Ernst, Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, München 1966
- Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien. 23. bis 28. Oktober 1972, München 1973
- Ondraczek, Viktor, Der Anschluß Österreichs. Eisenbahnen und Schifffahrt, Wien 1926
- Opitz, Reinhard (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln 1977
- Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, hrsg. von Heinrich August Winkler, Göttingen 1974
- Ormesson, Wladimir d', Une tentative de rapprochement franco-allemand entre les deux guerres, in: Revue de Paris 69 (1962) 2, pp. 18–27
- Panzer, Arno, Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dezember 1928, Kiel 1970
- Pegg, Carl H., Der Gedanke der europäischen Einigung während des Ersten Weltkrieges und zu Beginn der zwanziger Jahre, in: E-A 17 (1962), S. 749–758
- Pegg, Carl H., Vorstellungen und Pläne der Befürworter eines europäischen Staatenbundes in den Jahren 1925–1930, in: E-A 17 (1962), S. 783–790
- Pegg, Carl H., Die wachsende Bedeutung der europäischen Einigungsbewegung in den zwanziger Jahren, in: E-A 17 (1962), S. 865–874
- Petzina, Dietmar, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932–1933, in: VfZ 15 (1967), S. 18–55
- Piper, Wolfgang, Grundprobleme des wirtschaftlichen Wachstums in einigen südosteuropäischen Ländern in der Zwischenweltkriegszeit, Berlin 1961
- Posse, Hans, Der gegenwärtige Stand der deutschen Handelspolitik, Münster 1930
- Les premiers Européens. 1931. Première année. Annuaire européen illustré. Publié sous la direction de Lucien Coquet, délégué général du Comité Français d'U.D.E., Paris 1931

- Preradovich, Nikolaus von, *Die Wilhelmstraße und der Anschluß Österreichs 1918 bis 1933*, Bern/Frankfurt a. M. 1971
- Pünder, Hermann, *Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929 bis 1932*, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961
- Radant, Hans, *Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938*, in: *JbW* 1966, S. 146–185
- Radkau, Joachim, *Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaftspolitik 1933–1940*, in: *GG* 2 (1976), S. 33–65
- Respondek, Erwin, *Grundzüge europäischer Handelspolitik zwischen den beiden Weltwirtschaftskonferenzen*, Berlin 1933
- Respondek, Erwin, *Handelspolitische Neuordnung Europas: Meistbegünstigung und Präferenzsystem*, Berlin 1931
- Respondek, Erwin, *Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich*, Berlin 1929
- Riedl, Richard, *Ausnahmen von der Meistbegünstigung*, Wien 1931
- Riedl, Richard, *Die Hauptfragen der geplanten deutsch-österreichischen Zollunion*, Berlin 1931
- Riedl, Richard, *Die Meistbegünstigung in den europäischen Handelsverträgen. Denkschrift, dem Wirtschaftlichen Ausschuß des Völkerbundes und der Internationalen Handelskammer überreicht von der Österreichischen Gruppe der Internationalen Handelskammer*, Wien 1928
- Rössler, Hellmuth (Hrsg.), *Die Folgen von Versailles 1919–1924*, Göttingen 1969
- Rössler, Hellmuth (Hrsg.), *Locarno und die Weltpolitik 1924–1932*, Göttingen 1969
- Ruge, Wolfgang, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik und das Problem der europäischen Sicherheit 1925–1932*, in: *ZfG* 22 (1974), S. 273–290
- Ruge, Wolfgang/Schumann, Wolfgang, *Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930*, in: *ZfG* 20 (1972), S. 40–70
- Rumpf, Helmut, *Mitteleuropa. Zur Geschichte und Deutung eines politischen Begriffs*, in: *HZ* 165 (1942), S. 510–527
- Salter, Sir Arthur, *The United States of Europe and other papers*, London 1933
- Schade, Dietrich Hermann, *Die Entwicklung des europäischen Einigungsgedankens von den Anfängen bis zum Briand-Memorandum*, Diss. jur., MS, Erlangen 1951
- Schäfer, Dieter, *Der Deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik. Eine historische Studie zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft*, Hamburg 1966
- Scheer, Friedrich-Karl, *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation – Ideologie – Politische Ziele. Ein Beitrag zur Entwicklung des Pazifismus in Deutschland*, Bochum 1974
- Schönfeld, Roland, *Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise*, in: *VSWG* 62 (1975), S. 179–213
- Schönfeld, Roland, *Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934–1944*, in: *VfZ* 24 (1976), S. 215–258
- Schröder, Hans-Jürgen, *Deutsche Südosteuropapolitik 1929–1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise*, in: *GG* 2 (1976), S. 5–32
- Schröder, Hans-Jürgen, *Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes*, Wiesbaden 1970
- Schröder, Hans-Jürgen, *Südosteuropa als ‚Informal Empire‘ Deutschlands 1933–1939. Das Beispiel Jugoslawien*, in: *JbGO, NF* 23 (1975), S. 70–96
- Schücking, Walther, *Die Organisation der Welt*, Leipzig 1909

- Schücking, Walther, Das paneuropäische Bureau im Lichte der Völkerrechtswissenschaft. Antwort auf eine Umfrage, in: FW 11 (1909), S. 224–225
- Schücking, Walther, Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges, Leipzig 1918
- Schmelzer, Janis, Unternehmen „Südost“. Südosteuropapläne der IG Farben, Wolfen 1966
- Seger, Gerhart, „Machiavellistischer Pazifismus?“ Eine Erwiderung an Graf Coudenhove-Kalergi, in: FW 24 (1924), S. 270–272
- Selbig, Klaus, Zur Entwicklung der Mitteleuropakonzeption Walther Rathenaus, MS, Berlin 1972
- Sering, Max, Die Weltkrise und die Neuordnung Europas. Tribute, Abrüstung, Donauraum, mit einem Anhang über die Höhe der deutschen Leistungen, Berlin 1932
- Silverberg, Paul, Reden und Schriften, hrsg. von Franz Mariaux, Köln 1951
- Société des Nations. Répertoire des organisations internationales (Associations, bureaux, commissions, etc.) Genève 1936
- Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, hrsg. von Johannes Agnoli u. a., Frankfurt a. M. 1973
- Sontag, Ernst, Historisches von Paneuropa, in: Schweizer Monatshefte 33 (1953/54), S. 211–214
- Spenz, Jürgen, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924–1926. Ein Beitrag zur Außenpolitik der Weimarer Republik, Göttingen 1966
- Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, hrsg. von Werner Conze und Hans Raupach, Stuttgart 1967
- Stambook, F. G., The German-Austrian customs union project of 1931: A study of German methods and motives, in: JCEA 21 (1961/62), S. 15–44
- Stegmann, Dirk, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1891–1918, Köln/Berlin 1970
- Stegmann, Dirk, Die Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift Hans Rosenberg, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 594–610
- Stegmann, Dirk, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: AfS 13 (1973), S. 399–482
- Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973
- Stern, Leo, Zur Geschichte der „Integrationspolitik“ des deutschen Imperialismus, in: DA 7 (1962), SH 2, S. 32–39
- Stern-Rubarth, Edgar, . . . aus zuverlässiger Quelle verlautet . . . Ein Leben für Presse und Politik, Stuttgart 1964
- Stern-Rubarth, Edgar, Drei Männer suchen Europa, München 1947
- Stern-Rubarth, Edgar, Europa – Großmacht oder Kleinstaaterei? Bielefeld 1951
- Sundhaussen, Holm, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft am Beispiel des „unabhängigen Staates Kroatien“, in: SOF 32 (1973), S. 233–266
- Sundhaussen, Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning, in: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 121–164
- Tänzler, Fritz, Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904–1929. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeitgeberbewegung, Berlin 1929
- Taube, Utz-Friedebert, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland, Kallmünz 1963

- Treue, Wilhelm, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933 bis 1939, in: VfZ 1 (1953), S. 45–64
- Trocquer, Yves le, Fünfjahresplan zur Tarifsenkung in Europa, in: IntW 4 (1932), H. 10, S. 8
- Trocquer, Yves le, Union douanière européenne, Paris 1929
- Truchy, Henri, L'Union douanière européenne, Paris 1935, in: Recueils des cours 48 (1934) II, pp. 575–629
- Tugendhat, Hans, Ein handelspolitischer Konsolidierungsplan, Brünn 1930 (= Schriftenreihe des Mitteleuropa-Instituts Brünn)
- Turner, Henry A., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972
- Turner, Henry A., Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin/Frankfurt a. M. 1968
- Ufermann, Paul, Die Internationale der Unternehmer. Überstaatliche Verbindungen der Industrie, des Handels und des Verkehrs. Ein erweiterter Vortrag, Lübeck 1926
- Vagts, Alfred, M. M. Warburg & Co. Ein Bankhaus in der deutschen Weltpolitik 1905 bis 1933, in: VSWG 45 (1958), S. 289–388
- Vierer, Rudolf, Der Föderalismus im Donaauraum, Graz/Köln 1964
- Vogelsang, Thilo, Papen und das außenpolitische Erbe Brünnings. Die Lausanner Konferenz 1932, in: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für H. Schäffer zum 80. Geb. Berlin 1966, S. 487–507
- Wagenführ, Horst, Kartelle in Deutschland, Nürnberg 1931
- Walters, Francis P., A history of the League of Nations, London 1965
- Warmbold, Hermann, Rückzug aus der Weltwirtschaft. Nach einem Vortrag in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft am 18. 11. 1932, Berlin 1932
- Der Weg zum industriellen Spitzenverband, hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Festschrift Herle, Darmstadt 1956
- Wehberg, Hans, Ideen und Projekte betreffend die Vereinigten Staaten von Europa in den letzten 100 Jahren, in: FW 41 (1941), S. 49–122
- Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969
- Weidenfeld, Werner, Gustav Stresemann – der Mythos vom engagierten Europäer, in: GWU 24 (1973), S. 740–750
- Das Werden in der Weltwirtschaft, hrsg. von der IHK zu Berlin, Berlin 1926
- Williams, Benjamin H., Economic foreign policy of the United States, New York 1929
- Wilmowsky, Tilo Frhr. von, Rückblickend möchte ich sagen . . . An der Schwelle des 150jährigen Krupp-Jubiläums, Oldenburg/Hamburg 1961
- Winschuh, Josef, Der Verein mit dem langen Namen. Geschichte eines Wirtschaftsverbandes, Berlin 1932
- Wirsing, Giseler, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932
- Wirtschafts-Jahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reiches und der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, hrsg. von Karl C. Thalheim, Leipzig Jg. 1928/29
- Wollstein, Günter, Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: MGM 13 (1973), S. 77–94
- Wollstein, Günter, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973
- Woytinsky, Wladimir, Tatsachen und Zahlen Europas, Wien 1930
- Woytinsky, Wladimir, Die Vereinigten Staaten von Europa, Berlin 1926
- Yalem, Ronald J., Regionalism and world order, Washington 1965

- Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, hrsg. von Anton Erkelenz, Berlin 1928
- Zimmermann, Horst, Die Schweiz und Österreich während der Zwischenkriegszeit. Eine Studie und Dokumentation internationaler Beziehungen im Schatten der Großmächte, Wiesbaden 1973
- Zusammenstellung der Verhandlungsgegenstände in den Vollversammlungen sowie den Sitzungen des Hauptausschusses und der Ständigen Ausschüsse in den Jahren 1922 bis 1930, hrsg. vom DIHT, Berlin 1930
- Zwanzig Jahre deutscher Wirtschaftspolitik. Die Arbeit des Hansa-Bundes von 1909 bis 1929, Berlin 1929

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AHR	American Historical Review
AKG	Archiv für Kulturgeschichte
AVI	Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie
BA	Bundesarchiv Koblenz
Bd	Band
Botsch	Botschaft
CEH	Central European History
DA	Deutsche Außenpolitik
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DÖAG	Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft
DÖV	Deutsch-Österreichischer Volksbund
dt	deutsch
E-A	Europa-Archiv
E-W	Europa-Wirtschaft
EZV	Europäischer Zoll-Verein
FW	Friedenswarte
Ges	Gesandtschaft
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HB	Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie
HK	Handelskammer
HZ	Historische Zeitschrift
IHK	Industrie- und Handelskammer
IntHK	Internationale Handelskammer
IntW	Internationale Wirtschaft
IRG	Internationale Rohstahlgemeinschaft
JbGO	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas
JbW	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JCEA	Journal of Central European Affairs
JCH	Journal of Contemporary History
JEH	Journal of Economic History
Kons	Konsulat
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MWT	Mitteuropäischer Wirtschaftstag
MS	maschinenschriftliches Exemplar
NF	Neue Folge
NL	Nachlaß
NPL	Neue Politische Literatur
ÖDAG	Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft
ÖDV	Österreichisch-Deutscher Volksbund

PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn
PE	Paneuropa
PU	Paneuropa-Union
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
Ref	Referat
RHMC	Revue d'histoire moderne et contemporaine
RM	Reichsminister
RT	Reichstag
SD	Sonderdruck
SH	Sonderheft
SOF	Südost-Forschungen
SOWI	Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium
StS	Staatssekretär
UDE	Union Douanière Européenne
Vbd	Völkerbund
VDESI	Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller
VDMA	Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten
VEV	Verband für europäische Verständigung
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WTB	Wolff'sches Telegraphen-Bureau
WWA	Weltwirtschaftliches Archiv
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZGS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZStA	Zentrales Staatsarchiv Potsdam

Personenregister

- Angell, Norman 25
Attila 14
- Bauer, Otto 83
Beckerath, Erwin von 56, 101
Bell, Johannes 28, 34
Beneš, Edvard 32, 66
Bergsträsser, Arnold 101
Bernstein, Eduard 34
Bernstorff, Johann Heinrich Graf von 28, 102
Blaustein, Arthur 42
Blüher, Bernhard 70
Borel, Emile 60, 61, 100
Bosch, Robert 37, 52, 54, 93
Breitscheid, Rudolf 28, 29
Brennecke, Rudolf 87
Brentano, Lujo 23
Briand, Aristide 49, 73, 75, 76, 80–84, 90, 93
Brockhausen, Carl 78
Brüning, Heinrich 76, 84, 91, 92
Bruhn, Bruno 55, 56, 101
Bücher, Hermann 34, 54, 56, 63, 64, 101
Bülow, Bernhard Wilhelm von 18, 20, 35, 37, 56, 59, 69, 70, 84, 91, 92, 95
- Caesar, Gaius Julius 12
Chamberlain, Sir Austen 47
Cohen-Reuss, Max 43
Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus Graf von 11–18, 21–23, 25, 26, 28, 29, 33–35, 42, 44, 46–50, 54, 61–65, 77, 89, 91–93, 97, 105
Cremer, Carl 26, 47
Cuno, Wilhelm 66
Curtius, Ernst Robert 56, 101
Curtius, Julius 71, 81, 83, 85, 88, 91, 92, 94
- Daladier, Edouard 93
Delaisi, Francis 73
Deutsch, Felix 34, 56, 69, 101
Diehn, August 101
- Dietrich, Hermann 21
Dirksen, Herbert von 65
Doumergue, Gaston 61
Dschingiskhan 14
Duchemin, Louis Charles 101
Düring, Arbogast von 59
Duisberg, Carl 34, 59, 64, 87
- Eggert, Walther 42, 44
Emminger, Erich 86
Erzberger, Matthias 102
Eulenburg, Franz 44
- Fischer, Hermann 19, 21, 34, 52
Fisher, Irving 106
Flandin, Pierre Etienne 80
François-Poncet, André 47
Frisch, Walter 22, 29
Fougère, Etienne 101
Frowein, Abraham 56, 101
Fürstenberg, Hans 47
- Geßler, Otto 46
Gide, Charles 25, 106
Giesberts, Johannes 21, 106
Goethe, Johann Wolfgang von 13
Gothein, Georg 23, 24, 37, 43, 48, 51, 62, 71, 86, 87, 89, 93, 94, 99, 104, 105
Grautoff, Otto 68, 69, 98
Grotkopp, Wilhelm 26, 80, 84, 93, 103, 106
Grund, Bernhard 87
Günther, Christian 90, 105
Gürge, Wilhelm 7, 77, 84, 105, 106
Gutmann, Herbert 47
- Hagen, Louis 56, 101
Hahn, Max 78, 85–89, 104, 105
Hamm, Eduard 87, 88
Haniel, Karl 56, 101
Hantos Elemér 24–26, 51, 69, 71, 85, 89, 95, 98, 104, 106
Heile, Wilhelm 21, 22, 35–37, 46–48, 51, 61, 65, 90, 100, 105, 107
Heilner, Richard 26, 37, 52, 62, 63, 80

- Hergt, Oskar 34
 Herkner, Heinrich 23
 Herriot, Edouard 47, 92
 Heuss, Theodor 42
 Hiller, Kurt 12, 49, 62
 Hindenburg, Paul von Beneckendorff und
 von 61, 66, 84
 Hitler, Adolf 93
 Hoesch, Leopold von 20, 48, 61, 80, 84,
 92
 Hoetzsch, Otto 22, 33, 47, 67, 105
 Hohlfeld, Hans-Herbert 44

 Jäckh, Ernst 102
 Jarres, Karl 32

 Kaas, Ludwig 26, 28, 51, 77
 Kahl, Wilhelm 50
 Kalckreuth, Eberhard Graf von 34, 43
 Kant, Immanuel 13
 Kardorff, Siegfried von 34
 Kastl, Ludwig 35, 39, 53, 59, 69, 80
 Kellogg, Frank B. 74
 Kerenski, Alexander 49
 Kessler, Harry Graf 34
 Kirchhoff, Hermann 90
 Koch-Weser, Erich 50
 Komensky, Johann Amon 13
 Konfuzius 13
 Köpke, Gerhard 17, 18, 64, 65, 90
 Krebs, Hans 7
 Krestinski, Nikolaj 65
 Krukenberg, Gustav 101
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav
 78, 86
 Külz, Wilhelm 26, 46

 Laurent, Charles 101
 Laurent, Théodore 63, 101
 Lerchenfeld, Hugo Graf von und zu 21,
 28, 29, 49, 50, 52, 85, 106
 Lichtenberger, Henri 56, 101
 Lindner, Ludwig 51
 Löbe, Paul 16, 17, 21, 34, 46, 47, 49, 50,
 61, 62, 91, 102, 105, 106
 Loucheur, Louis 64
 Lüders, Marie Elisabeth 26
 Lyautey, Pierre L. 101

 Marius, Gaius 12
 Marlio 101

 Martius, Georg Feodor Albert 90
 Marx, Wilhelm 34, 46
 Mayrisch, Emile 54–57, 63, 101
 Mazzini, Guiseppe 13
 Meinel, Julius 23, 51
 Melchior, Carl Joseh 22
 Mendelssohn, Franz von 56, 101, 103
 Meynen, Otto 78
 Miquel, Walther Philipp Franz von 78
 Mises, Ludwig von 23
 Moras, Otto Wilhelm Heinrich 59
 Müller-Oerlinghausen, Georg 80
 Murray, Gilbert 19
 Mussolini, Benito 12–14, 93
 Mutius, Gerhard von 66, 70

 Napoleon I. 13
 Naumann, Friedrich 7, 77
 Nelböck, Friedrich 7
 Nietzsche, Friedrich Wilhelm 13, 49
 Nitti, Francesco 32
 Nossig, Alfred 17–21, 34–36, 46, 47, 64,
 65, 106
 Nostitz-Wallwitz, Alfred von 56, 69, 101
 Nuschke, Otto 34

 Oheimb(-Kardorff), Katharina von 15
 Oncken, Hermann 101

 Painlevé, Paul 19, 20, 47, 106
 Papen, Franz von 92, 101
 Peter I. der Große 14
 Peyerimhoff de Fontenelle, Henri de 63,
 101, 103
 Pietrkowski, Edmund 79
 Poensgen, Ernst 56, 63, 101
 Poensgen, Helmuth 87
 Poensgen, Walter 65
 Prittwitz und Gaffron, Friedrich von 84

 Quaatz, Reinhold Georg 55
 Quidde, Ludwig 102

 Ravené, Louis 34
 Rechberg, Arnold 56
 Reichert, Jacob Wilhelm 41, 53, 55
 Reinhold, Peter 36, 46
 Remshard, Hans 67
 Reusch, Paul 56, 78, 104
 Rheinbaben, Werner Frhr. von 21, 28,
 29, 34, 106

- Riedberg, Gerhard 21
 Riedl, Richard 43, 94
 Riesser, Jakob 34
 Ritter, Karl 20, 35
 Rohan, Karl Anton Prinz 102
 Romier, Lucien 101
 Rothschild, Louis 15

 Samson 77
 Schacht, Hjalmar 59
 Schätzel, Georg 82
 Schlenker, Max Martin 57, 58, 71, 78,
 85–89, 101, 104, 105
 Schlitter, Oscar 47
 Schmidt, Paul 75
 Schmidt-Ott, Friedrich 101
 Schnee, Heinrich 34, 42–44
 Schneider, Oswald 66
 Schröder, Paul 29
 Schubert, Carl Theodor Conrad von 66
 Schücking, Walther 11, 16–18, 21, 23,
 34–37, 46, 48, 50, 51, 61, 65, 90, 97,
 100, 102, 106
 Seger, Gerhart 17
 Severing, Carl 46
 Seydoux, Jacques 57, 101
 Siegert, Robert 59, 68, 86
 Siegfried, André 56, 101
 Siemens, Carl Friedrich von 34
 Silverberg, Paul 7, 11, 53, 78, 79, 84
 Simons, Walther 35
 Simson, Ernst von 56, 101
 Sohn-Rethel, Alfred 104
 Sokrates 13
 Sorge, Kurt 31, 47, 59
 Springorum, Fritz 87, 104

 Stauss, Emil Georg von 56, 63, 101
 Stein, Ludwig 25, 106
 Stein, Moritz 25
 Stern-Rubarth, Edgar 25, 103
 Stinnes, Edmund Hugo 34
 Stoecker, Walter 33
 Stolper, Gustav 42
 Strencioch, Herbert 68, 85, 87, 89
 Stresemann, Gustav 18, 27–37, 46, 47,
 49, 58, 63–72, 74–76, 80–82, 90, 97,
 98, 105, 107

 Tardieu, André 95
 Thyssen, Fritz 56
 Tilgner, Friedrich 85, 94
 Toepffer, Helmuth 87, 89
 Trocquer, Yves Le 106

 Viénot, Pierre 101
 Vögler, Albert 83

 Warburg, Max M. 15, 22, 29, 52, 59, 101
 Warmbold, Hermann 79
 Weizsäcker, Ernst Frhr. von 92
 Wilmowsky, Tilo Frhr. von 56, 78, 79,
 86, 87, 89, 101, 104
 Wilson, Woodrow 92
 Windel, Joachim 71
 Winkler, Gustav 26
 Winterfeld, Ludwig Gustav Moritz von
 87
 Wirth, Josef 49
 Wolff, Ernst 59
 Woytinsky, Wladimir 44

 Zitzewitz-Kottow, Friedrich-Karl von 87

Sondernummer

»Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte«

Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert

Aufsätze

Hans Rothfels zum Gedächtnis

**Herausgegeben von Wolfgang Benz und
Hermann Graml**

304 Seiten, DM 30,-

Für Abonnenten der Schriftenreihe der VfZ DM 26,-

Der Sammelband, dessen Beiträge zeitlich von dem Verhältnis der deutschen Liberalen zu Versuchen französisch-deutscher Verständigung vor dem Ersten Weltkrieg bis zu den Anfängen der Brandtschen Außenpolitik der frühen Sechzigerjahre und räumlich von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum auf die Brüningssche Außenpolitik bis zu den Plänen einer nationalsozialistischen Kolonialherrschaft in Afrika reichen, ist dem Gedächtnis des großen Historikers Hans Rothfels (12.4.1891 bis 22.6.1976), dem Nestor der deutschen Zeitgeschichtsforschung gewidmet. Zu seinen wesentlichen Verdiensten gehört es, daß die Zeitgeschichte heute als eigenständige Wissenschaft anerkannt ist. Der Band enthält einen Essay von Hans Mommsen zu Leben und Werk von Hans Rothfels und ein Verzeichnis seiner Schriften.

Über alle weiteren Veröffentlichungen des

Instituts für Zeitgeschichte

informieren wir Sie gerne. Schreiben Sie uns!

Deutsche Verlags-Anstalt

Abteilung BI, Postfach 209, 7000 Stuttgart 1

Deutsche
Verlags-Anstalt

dva